



Wohlfahrt:
Was wir begehren von der Zukunft fernem:
Dah Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
Dah unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen
G. Herwegh

Telephon Nr. 2375, 10.526 n. 10.542.

Der

6Medianto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bräuhausgasse 84.

Redaktionszeitung: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr
vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags

Insertionspreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller.
Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—, Für das
übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Ersteht jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 36

Wien, den 20. Dezember 1913.

21. Jahrg.

Wir glauben an die Sonnenwende!

„In der Zukunft Ungewittern
Sich der Freiheit morgen tagt,
Wird auch einst das Kreuz zerpfiffen,
Das den Eichenbaum überragt!
Lobert hell, ihr Feuerbrände!
Sonnenwende! Sonnenwende!“
(Maurice von Stern.)

Man sollte meinen, es könne für einen Menschen, der die Hoffnung des Sozialismus im Herzen trägt, keine freudigere Stunde geben, als die Weihnachtsverheißung von einem Reich Gottes und des Menschen auf Erden. So jagt ein sozialistischer Pfarrer, der Genosse Magaz, in Zürich, in einer Weihnachtspredigt. Man sollte meinen — gewiß, sollte man das. Aber weshalb ist uns, weshalb ist den Arbeitern diese Verheißung keine freudige Kunde? Weil wir über den Widerspruch nicht hinauskommen, der darin liegt, daß zu Weihnachten in der ganzen christlichen Welt die Glocken läuten, um „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ zu verkünden, während sich die Völker mit Säbeln und Säbel zum Kriege rüsten, während in Klassenkämpfen Bourgeoisie und Proletariat einander unversöhnlich niederzuringen streben. Die Weihnachtsverheißung kommt ja zu einer Zeit, da das Elend der Hungernden den Menschen ebenso zum Mißfallen gereicht, wie der zum Ueberdruß gewordene maßlose Ueberfluß einiger, die manche beneiden, weil ihnen die Arbeit der Massen ohne eigene Mühe zufließt und denen doch die rechte Lebensfreude fehlt.

An jedem Weihnachten tritt uns dieser Widerspruch verstärkt in die Erscheinung, einerseits, ob nun Kriege wüten oder die Krise und die Teuerung die Vorkämpfer vom Proletariat erfordern. Damit ist nun nicht gesagt, daß wir an Weihnachten überhaupt nicht glauben! Im Gegenteil! Viele von uns sind, wie Goethe, „begeistert“, das heißt entschiedene Nichtchristen. Was aber die Weihnachtsstimmung bei Gläubigen und Ungläubigen ausmacht, ist die Hoffnung auf eine Entwicklung zu einem glücklicheren Leben, auf die Bervollkommnung der Menschheit.

Gewiß: Diese Hoffnung fehlt auch denen nicht, die sich die Dornenkrone zum Symbol erkoren. Doch sie verlegen die Erfüllung ihrer Sehnsuchtsstränge in das Jenseits, während sich unser Weihnachtsglaube auf das Diesseits erstreckt. Die Winterjohannisnacht hat, ehe es ein Christentum gab, die Menschen in hoffnungsfreudige Stimmung versetzt. Während der Äquator der Erde während ihrer Wanderung um die Sonne zum zweiten Male im Jahre eine Stelle erreicht, in der ihn die größtmögliche Entfernung von der Sonne trennt, haben die Tage ihre kürzeste Dauer. Dann weicht die Finsternis langsam wieder dem Licht. Winterfrost und Erstarrung werden schwinden, wenn einst wieder, wie es in Wagners „Walküre“, heißt, wieder die Winterstürme dem Bonnemond weichen.

Den liegenden Göttern feierten unsere Vorfahren den Sonnenwendtag, denn ihre „Götter“ waren nur die personifizierten Naturkräfte, die Fabelwesen, die als Ursachen hinter allem standen, was Bewegungen und Veränderungen in der Natur hervorruft. Es waren Barbaren, diese alten Germanen und Helveten, Kelten, Alamanen u. s. w., die von unserer überläuteten Kultur nichts wußten, so gut wie wir nichts wußten von der Verarbeitung der Stoffe, die sie durch ihre Arbeit dem Mutterboden, der Erde, abgewannen. Aber sie waren stark und voll freudiger Zuversicht: Jesus erschien ihnen, als sie mit rauher Hand das römische Reich zerstört hatten, als sie von italienischen Priestern befehrt wurden, als ein freundlicher Herr, der braven Menschen Freude zu bringen, einst auf die Welt gekommen war, just zu Weihnachten. Die Christusbilder aus der früheren Zeit des Mittelalters zeigen uns nämlich nicht das zermarterte Haupt voll Blut und Wunden, oder den vom Strahlenkranz der

Macht umflossenen Himmelskönig, sondern den liebevollen, sanften, barmherzigen Spender irdischen Freuden. (Unsere Modernen kommen seit einiger Zeit auf diese Darstellung zurück, zum Beispiel Freix v. Uhde und andere.)

Solange die Bauern in ihrer Gemeinde, ihrer „Markgenossenschaft“, solidarisch zusammenarbeiteten, verlor das Christentum seinen düsteren Charakter. Mit der Ausbeutung, der Hörigkeit, der Leibeigenschaft unter dem Joch der Pfaffen und Ritter, die sich aus gewählten Schützern in bewaffnete Reiter des Volkes verwandelten, wurde der Katholizismus erst wieder die Religion des Kreuzes. Die Ritter und die Heiligen brauchten eine Kirche, die das Idealbild eines Menschen in dem größten Dulder verwirklicht sah. Ein Christus, der die entsetzlichen Leiden geduldig ertrug, der sich ohne Murren von römischen Kriegsknechten die Dornenkrone aufsetzen ließ, dessen Haupt voll Blut und Wunden als ein Beweis, nicht für die Grausamkeit der Mächtigen, sondern für die Geduld des Gottmenschen dienen sollte, wurde den getretenen, mißhandelten Bauern und Bürgern als Vorbild empfohlen! Die, die feste Burgen im Lande errichteten, die den Bauern ihr Land nahmen und die Frelen zu Leibeigenen machten, ließen die Gequälten von genugsichtigen Priestern predigen: „Seid demütig und sucht Heil im Ertragen der Leiden gleichzuwerden; dann werdet ihr nach Jahrzehnten der Mühsal und der Not in die Freuden des Himmels ziehen!“

Die Unwissenheit der Massen und die Waffen der Krieger trübten Leibeigenschaft und Hörigkeit, und als der Kapitalismus diese Formen der Ausbeutung unzweckmäßig gemacht hatte, bis heute die Lohnsklaverei. Und deshalb das Nichtglauben an die Verheißung...

Denn: die den Hammer schwingen und die Maschine führen, sind erwacht. Allzuviel Kenntnisse haben ihnen die Machtgeber nicht übermittelt, aber in großen Städten und Fabriken preßten sie die Massen zusammen, bis diese sich bewußt wurden, daß sie vereint eine unüberstehliche Macht sind. Eure Ammenmärchen und Wundergeschichten, ihr Herren der kapitalistischen Welt, glauben auch die nicht mehr, die ihr zu betrügen sucht, wenn ihr sie nicht zu bezwingen vermöget. Wohl erkönt noch heute „das Ciapopeia vom Himmel“, mit dem man einflutet, wenn es greint, das Volk, den großen Himmel!“, wie Heine sagt. Die aufgewachten Massen aber erkennen „das Haupt voll Blut und Wunden“ nicht mehr als Ideal an: Ihnen ist der Sozialismus der Heiland der neuen Zeit! Und an ihn glauben wir. Wir glauben an die Sonnenwende, weil wir sehen, wie die Not im Proletariat den Willen zur Macht gebärt. Dieser Wille wird die Menschheit zur Höhe einer bisher ungekannten Kultur erheben; dann werden neue und immer neue Umwälzungen zu immer höheren Lebensformen der ganzen Menschheit erhabenes Adelsgeschlecht emporführen: durch Nacht zum Licht!

Träumt, Kinder, träumt und jündet bunte Kerzen
Den Kindern an! So will's der fromme Brand.
Träumt, Kinder, träumt und freut euch recht vom Herzen
Doch glaubt nicht, daß der Lichtlein zarter Hauch
Euch je erlöst aus Jammer, Not und Schmerzen!
Dort fern im Osten steigt blutroter Rauch
Zum Himmel auf; der Zukunft Morgenlicht —
Das wärmt, das fröhlt — und das betrügt euch nicht.

Wir müssen nicht nur Gewerkschafter, wir müssen auch Sozialisten sein.

Für die große Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner ist die Frage erledigt, ob sie auch der sozialdemokratischen Partei angehören sollen. Ihnen allen ist die Erkenntnis in Fleisch und Blut übergegangen, daß es nicht genügt, der Kampforganisation anzugehören, die die speziellen Interessen

der Eisenbahner vertritt, sondern daß auch die zwingende Notwendigkeit besteht, sich jener großen Kulturgenossenschaft beizugesellen, die über den Kampf des Tages die Umgestaltung der ganzen Wirtschaftsordnung anstrebt — der internationalen Sozialdemokratie. Immerhin gibt es noch erklecklich viele Mitglieder der Gewerkschaften — nicht nur der Eisenbahner, aber insbesondere der Eisenbahner — die zu dieser Erkenntnis noch nicht vorgedrungen sind, sondern glauben, daß sie mit der Einzahlung ihrer Monatsbeiträge an die Gewerkschaft ihrer Klassenpflicht sich und der Allgemeinheit gegenüber erfüllt haben. Ein Teil dieser Gewerkschafter negiert jede Verpflichtung gegen die Partei der Arbeiter, ein anderer Teil verweist darauf, daß er sozialdemokratisch — wählt. Es gibt noch andere Spielarten unter diesen politisch indifferenten Kollegen, doch im Schluffeffekt treffen sich alle in dem Schlagwort zusammen: Es sei nicht notwendig, der Partei des kämpfenden Proletariats anzugehören, es genüge die Teilnahme an den gewerkschaftlichen Bestrebungen, „die allein von Wert sind!“

Worweg sei dieser Standpunkt als der der Bequemlichkeit gekennzeichnet. Durch ängstliches Abschließen von jeder Teilnahme an der politischen Bewegung verbleibt der nur gewerkschaftlich organisierte Eisenbahner in einem geschlossenen Gedankenkreis, der jede Aktivität außerhalb der Sphäre des Gewerkschaftskampfes, wie er ihn versteht, ausschließt. Es kostet nicht viel Mühe, einmal im Monat zur Einzahlung zu kommen und dann sich wieder nach Hause zu trollen. Zu Erregung gerät man bei dieser — nur wahrlich nicht. Freilich ist dies bequemer, als an der „politischen Kammerfegerlei“ teilzunehmen, sich zu erhitzen ob des vielen Unrechts, das in dieser besten aller Welten geschieht, sich einzusetzen nicht nur fürs eigene Wohlergehen, sondern für Befreiung aller, die geknechtet sind, für Aufklärung aller, die noch arm im Geiste die Geschäfte ihrer eigenen Messer befragen, mit einem Wort: zu kämpfen! Ja, bequemer ist es, bildlich gesprochen, in der warmen Stube zu hocken, als im Sturm und Wetter des Klassenkampfes in Reich und Glied zu stehen...

Bequemer ist dieser Standpunkt, aber auch bis in die Knochen — egoistisch. Da draußen, jenseits der Grenzen des persönlichen Lebens und Erlebens, mühen sich Tausende, die Grundfesten des kapitalistischen Zwingers zu erschüttern. Steinchen um Steinchen des von Gott Mammon behüteten Baues muß abgetragen werden, bevor an den Neubau geschritten wird... Immer wieder durch Hindernisse der mannigfaltigsten Art aufgehalten, schreitet das Werk mühsam, aber konstant und sicher, weiter. Eine Arbeit, des Schweißes der Elen wert! Und Schweiß erfordert jeder Schritt, viel Schweiß, mancher — Blut. Und doch giebt es kein Erlahmen, kein Nachlassen. Die Trutzburg des Kapitalismus muß abgetragen werden, es muß Raum werden für die neue Welt, die „von Gottes Jern“, die Proletarier sind, wollen teilnehmen an allem, was Natur und Kultur in Fülle bieten. Sie wollen nicht mehr, daß Haupt der Erde zugeneigt, durch die Welt schleichen — sie wollen aufrecht gehen: Allen soll die Sonne lachen, allen die Blumen blühen! Und zu diesem Beginnen müssen, sollen alle mithelfen.

Bei diesem Kampfe, der geführt wird für das Wohl derer, die sind, wie für das Wohl derer, die kommen werden, steht noch so mancher abseits, den es wahrlich auch angeht. Gestritten wird für sein Recht, für das Recht seiner Kinder, er sitzt und sieht zu. Er stammelt, wenn ihm Kollegen strafend seine Untätigkeit vorhalten, daß er ja seine Gewerkschaftsbeiträge pünktlich leistet. Ist dies nicht kraiser Egoismus?

Wen Bequemlichkeit und Egoismus von der Teilnahme am sozialdemokratischen Kampfe gegen die kapitalistische Weltordnung abhalten, dem sei gesagt, daß er wohl ein Mitglied der Organisation, aber kein bewußter Gewerkschafter ist. Denn die Grundlage alles gewerkschaftlichen Denkens ist das Bekenntnis zum Sozialismus, zum blamäffigen Streit gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Der Kampf für bessere Lebensbedingungen des eigenen Berufes ist ja nur der Notbehelf für den Tag. Gerade die Eisenbahner konnten dies in den letzten Jahren so deutlich erkennen. Wurde nicht die ohnedies nicht große Besserung ihrer Bezüge, die sie dem Unternehmer Staat abzwängen, zum Teil wieder wettgemacht durch die

Leuerung der Lebensmittel? Die paar Groschen, die ihnen auf der einen Seite gegeben wurden, nahmen sie nicht die Agrarier auf der anderen Seite fort? Welch bittere, aber zwingende Lehre, daß über den Kampf der Angehörigen des Berufes hinaus, der Kampf aller Hungrigen gegen alle, die diesen Hunger verschulden, geführt werden muß! Täuschen wir uns nicht, der Kampf für höhere Löhne und geringere Arbeitszeit im einzelnen Beruf, schafft uns auch in seinen Erfolgen nur die Plattform für den großen Kampf der ganzen Klasse. Er stählt uns für diesen Kampf, er lehrt uns die Methode, mit der wir ungleich Größeres als das bisher Errungene erringen müssen. Als Gewerkschafter werden wir einzelne Bastionen des Kapitalismus nehmen können, nur als sozialistische Gewerkschafter die Festung selbst.

Hat der Gewerkschafter diese Lattache geistig absorbiert, dann weiß er auch, daß er sich der Partei des Proletariats anschließen muß. Sie muß ihm jene Waffen zur Verfügung stellen, die er selbst nicht besitzt. Vereinsrecht und Vereinigungszustimmung der Gewerkschaft die Kampfmittel ein. Bei den Eisenbahnern noch mehr als bei den anderen Gewerkschaften. Ihnen gegenüber funktiert der Staat nicht nur wie bei den anderen Gewerkschaften als Repräsentant der besitzenden Klasse, hier ist er der Unternehmer selbst. Wird er nicht bei allen Kämpfen sein Arsenal gebrauchen, wie er es eben gebräuchlich? Unnötig erst aufzuzählen, was ihm an Machtmitteln zur Verfügung steht. Wir kennen seinen Apparat, wir werden ihn immer genauer kennen lernen... Da geht es oft und immer öfter nicht mit dem Aufsatzen an Waffen, das einer Gewerkschaft zu Gebrauche steht. Da muß die Partei auf den Plan treten, die Partei, der alle denkenden Gewerkschafter bereits angehören — die Sozialdemokratie. Die Parteipresse muß der ganzen Öffentlichkeit klarmachen, daß die Ansprüche der Eisenbahner berechtigt, weil von der Art diktiert sind, daß die Sicherheit des Verkehrs durch ein menschenwürdig bezahltes Personal mehr garantiert ist als durch ein schlecht entlohntes, entkräftetes. Im Parlament ist es Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten, der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu beweisen, daß die Wünsche der Eisenbahner von der Gesamtheit des Proletariats gebilligt und von der Vertretung des Proletariats im Parlament in der kräftigsten Weise unterstützt werden. So sehen wir, daß der gewerkschaftliche Kampf von dem Streikfeld des Berufes sich auf alle Kampfstätten verpflanzt wo kapitalistischer Staat und Volk einander gegenüberstehen. Wo des Gewerkschafters Arm zu schwach ist, stellt sich ihm die Partei zur Seite, um seiner Sache zum Siege zu verhelfen.

Daher es eine Unmöglichkeit ist, organisierter Gewerkschafter zu sein und sich von der politischen Partei fernzuhalten. Wohl kann man Mitglied der Organisation sein, ohne sich zur Partei zu bekennen. Dann ist aber auch das Werk nur ein halbes. Wer für seine und seiner Angehörigen Wohl und Wehe in Aktion treten will — und der Beitritt zur Organisation ist der erste Schritt dazu — der muß den festen Willen haben, sich an allen Phasen des Kampfes und mit allen Machtmitteln, die im Kampfe zur Geltung kommen, zu beteiligen. Die Erfolge, die des Tages und die großen, weltverlösenden der Zukunft, sie können nur errungen werden, wenn jeder, der guten Willens ist, bereit ist, seinen Einsatz zu leisten, den die Gesamtheit von ihm zu verlangen berechtigt ist.

Die Gewerkschaften bilden den mächtigen Leib des kämpfenden Proletariats. Wejelt wird dieser Leib von dem sozialistischen Gedanken. Wer sich nicht der sozialdemokratischen Partei anschließt,

wird also nur ein Mitglied der Gewerkschaft sein — aber kein Kämpfer, er wird Schindner gegen seine Klassenbewußten Kollegen sein. Wer Mannesohre besitzt, wird nur genießen wollen, wo er mitgekämpft hat...

Ferdinand Ertl, der Bahlagitator für den Fabrikantenhäuptling.

Die Deutschgelben in gerichtlicher Beleuchtung.

Der Herr Ferdinand Ertl hat in der letzten Zeit entschieden Rech. Raum daß er aus dem Preßprozeß, den er gegen unser Blatt angestrengt hatte, als gerichtlich gebrandmarkter Lügner hervorging, ist er dieser Tage schon wieder im Gerichtssaal gründlich hergenommen worden. Es handelte sich nämlich um eine Verhandlung vor dem Obersten Gerichtshof, der ein Urteil eines Erkenntnisrenates zu überprüfen hatte, mit welchem eine Reihe von Leuten nach den letzten Reichsratswahlen wegen Wahlschwindel verurteilt worden waren. Den Fall, um den es sich handelt, haben wir damals in unserem Blatte besprochen. Für den Maschinenfabrikanten Friedmann, der zugleich Vizepräsident des Bundes österreichischer Industrieller ist und der im Jahre 1911 im Parkviertel gegen den Christlichsozialen Bielowlawek gewählt wurde, hatten damals einige Leute gewählt, für die im Parkviertel Zimmer gemietet worden waren, die also unter dem Schein, daß sie dort wohnhaft seien, das Wahlrecht für Herrn Friedmann ausübten. Arrangiert wurde dieser Wahlschwindel von der berühmten Deutschnationalen Geschäftsstelle, Wien, VI, Matrologengasse 9, wo auch der Reichsbund deutscher Eisenbahner seinen Sitz hat, und die Leiter des Wahlschwindels für den Schafmachershäuptling waren — wenn man von Herrn Friedmann absieht — ein Herr Otto Bauer, ein Sekretär des Bundes österreichischer Industrieller; weiter die drei bekanntesten Deutschgelben: der Herr Ferdinand Ertl, der Häuptling der Deutschnationalen Eisenbahner; ein Herr Alfred Nowak, der Sekretär der gelben Eisenbahner, und ein Herr Karl Ansforg, der Macher der Deutschgelben und Leiter der Deutschnationalen Geschäftsstelle ist. Nowak und Ansforg sind schon in der Anzeige des Magistrats genannt — denn Briefe von ihnen zur Gewinnung anderer Schwindler sind dem Magistrat in die Hände gespielt worden und er hat sie der Staatsanwaltschaft übermittelt — und dem Ertl hat man wie die Leiter des „Eisenbahner“ wissen, noch während der Wahlbewegung seine Beteiligung nachgewiesen. Doch alle diese Leute bekamen ebenso wenig wie der Mel'amant Fischer eine Vorladung. Der Friedmannsche Wahlschwindel ist eine Sache des Nationalverbandes geworden, der so viele Abgeordnete hat, die mit Hilfe eines Friedmannschen Fabrikantenwahlfonds gewählt wurden; außerdem haben doch Nowak und Ansforg für eine Unzahl nationalverbänderischer Kandidaten agitiert, und schließlich, was sehr wichtig ist, war doch Ertel selbst nationalverbänderischer Kandidat, bekanntermaßen gegen Genossen Renner. Die Deutschgelben blieben außer Verfolgung!

Die eigentlich harmlosen Angeklagten waren: Johann Suchn, Markus Benedikt, Samuel Friß Benedikt, Johann Wolfram Oppenheim, Ferdinand Zelen, Ferdinand Karl Hoffmann, Karl Helmert, Josef Knopf, Otto Fromm, Rudolf Scheu und Leopold Freiberg. Die ersten drei sind Angestellte des Bundes österreichischer Industrieller, die anderen acht Angestellte in der Maschinenfabrik des Abgeordneten Friedmann. Am 3. Juni war vor einem Erkenntnisrenat die Verhandlung. Die Angeklagten beriefen sich darauf, daß sie in einer Zwangslage gewesen seien, weil Friedmann in ihr Chef ist. Der Herr Otto Bauer, der Sekretär des Bundes österreichischer Industrieller, erschien als Zeuge, und er gab an, Friedmann habe von nichts gewußt.

Das Interessanteste an der Verhandlung war, was man über die Deutschgelben vernahm. Es wurde ein Brief des Nowak vorgelesen, der einem anderen Deutschgelben geschrieben hat, es handle sich um die Wahl des „deutschnationalen Kandidaten Max Friedmann“, und er fügte schwindelhafterweise hinzu, Friedmann sei ein „Arier“. Der Empfänger des Briefes möge für die Wahl des Gesinnungsgenossen das Opfer bringen, in eine der gemieteten Wohnungen einzuziehen und das Wahlrecht auszuüben. In einem Briefe, der namens des Ansforg geschrieben wurde, wird der Empfänger ersucht, einmal in der „Wohnung“ zu nächtigen.

Die deutschgelben Wahlschwindler waren zur Verhandlung nicht einmal als Zeugen geladen. In der Untersuchung hatten sich Ansforg und Ertl, ferner ein gewisser Josef Wild der Aussage entschlagen, weil sie ihnen Schande bringen könnte. Herr Ertl hat also doch auch selbst die Empfindung, daß es eine Schande ist, wenn man als deutschnationaler „Arbeitervertreter“ für den Vizepräsidenten der Unternehmerorganisation die Bahlagitation so intensiv besorgt, daß man dabei mit dem Strafgericht in Konflikt kommt. Nowak gab an, er sei damals Sekretär des Reichsbundes der Eisenbahner gewesen und der Obmann Ertl habe ihm gesagt, Ansforg habe ihn gebeten, ihm Leute zur Anmeldeung zu verschaffen. Ertl habe ihm dann den Auftrag dazu gegeben und er sei mit Eisenbahnern in Fühlung getreten, damit sie sich im Parkviertel anmelden lassen. Wirklich ein recht netter Herr dieser Ertl, der mit seinen Leuten für den Häuptling einer Schafmachersorganisation solche Opfer bringt! Begierig sind wir nur, ob die Leute im Reichsbund, die Herr Ertl nach seiner Kennzeichnung im Gerichtssaal als Lügner das Vertrauen aussprachen, auch jetzt noch von der Lauterkeit des Charakters ihres Führers überzeugt sein werden. Merkwürdige Begriffe, die über eine ehrliche Arbeitervertretung bei den Reichsbundlern herrschen, sind das jedenfalls!

Leset die „Arbeiter-Beituna“!

Feuilleton.

Ich kann nicht länger schweigen!

(Eine Weihnachtspredigt.)

Es war sehr viel Elend im Lande; denn diejenigen, die viel arbeiteten, hatten nichts zu essen, und die nicht arbeiteten, lebten in Herrlichkeit und in Freude dahin und kümmerten sich nicht um das Schicksal ihrer armen Menschenbrüder, sondern beherrschten und bedrückten sie. Einmal im Jahre jedoch wurden auch die Reichen und Mächtigen gerührt und sie teilten Almosen aus, gaben Geld für fromme Stiftungen und hörten es gern, wenn in kalter Christnacht der Priester die alte Leiter sang:

Friede auf Erden

Und den Menschen ein Wohlgefallen!

Aber die Not wurde grimmiger und Leuerung und Mangel rafften die Armen zu Hunderttausenden dahin, so daß sie sich endlich gegen den Uebermut der Mächtigen empörten.

Die Priester sagten, es sei der Teufel in die Menge gefahren, und suchten das Volk zur Demut zurückzuführen, und der Zar gab seinen Soldaten den Befehl, auf das arme Volk zu schießen und die Häufelführer zu fesseln. Lange widerstand das Volk, doch Macht und Geld warf es endlich nieder und es begann ein entsetzliches Morden, bis ein Großer des Geistes seine Stimme erhob und als wahrer Christ den Großen und Mächtigen die Scheußlichkeit ihres Mordsystems vorhielt, nachdem er seiner Anklage die Worte vorausgeschickt hatte:

Ich kann nicht länger schweigen!

Der Große starb, beweint von einem ganzen Volke und betrauert von der gesamten warmfühlenden Menschheit, und die Stimme des Volkes sagte: Mit ihm ist der letzte Christ dahingegangen! Größer und gewaltiger aber wurden die wilden Kämpfe zwischen denen, die da mühselig sind beladen, und ihren Unterdrückern. Und der arme Bauer und Weibermann und der Arbeitermann in Werkstatt und Flur, sie alle fragten sich, was noch kommen werde.

Diejenigen, so sich Christen nannten, waren von den Wegen des Christentums abgekommen und die Priester häuften Gold und Schätze auf und setzten gegen den neuen Geist, wie weiland die Schriftgelehrten und Pharisäer. In einer Gemeinde aber, in der in Werktagen viele Tausende Arbeiter in der Hölle heißer Gruben und in den mit Staub und giftigen Dämpfen geschwängerten Werkstätten schufen, war ein junger

Priester, der die große Kunst sah, welche eine verfehlte Ordnung zwischen Menschen und Menschen geschaffen, und dessen Geist nicht durch den Zwang einer falschen Erziehung getrübt war.

Und da es das Volk fühlte, daß er ihm nahe stand, ging es wieder zur Kirche und stand in der Christnacht Kopf an Kopf gedrängt im weiten Raum. Der junge Priester kam nicht gebückt und mit zusammengekniffenen Augen daher, wie die anderen, die immer an der Seite der Mächtigen stehen und immer nur gegen die Begehrlichkeit und die Genußsucht der Armen predigen; heute aber war er bleich und man sah es ihm an, daß er schwer mit einem Entschluß gerungen hatte. Als er aber vom Predigtstuhl herabsah in die Menge, da leuchtete es in seinen Augen und er begann also seine Predigt.

Liebe Brüder und Gemeindegensossen!

Lasset mich heute eine Christenpredigt halten, wie sie in diesem Raume noch nie vernommen wurde. Vor zweitausend Jahren ist unser Heiland geboren worden. So predigten sie alle mit mir, soweit die von ihm gegründete Lehre noch äußerlich vertreten wird. Sein Licht aber haben sie verdunkelt und die Erde ist wieder dem Müßigen zur Weite geworden und die Heuchler und Pharisäer sitzen in der Gewalt und beraten alle Tage, wie sie den Geist, der von ihm ausgegangen ist, ausrotten und den Tribut von den Arbeitenden steigern können, daß nichts als Elend und Jammer im Lande.

In einem großen, weiten Reiche ist einer auferstanden, der war wie er. Er lebte mit den Bauern, teilte mit ihnen all seine Habe und leuchtete ihnen mit der milden Flamme der Nächstenliebe ins Herz hinein, daß wieder neue Hoffnung einzog in sie. Als sie aber Freiheit und Land verlangten, warf sie die Gewalt daneber und begann ein stetes Morden an der Blüte und Kraft der Nation.

Da redete der im Christentum Wirkende seine Gestalt zur Höhe und rief den Mächtigen zu:

„Was ihr tut, ist ein unfühbares Verbrechen und seh' ich euer blutiges Handwerk an meinem armen, geknechteten Volke, so habe ich das Gefühl der Scham, daß man mir nicht als dem ersten die Schlinge um den Hals gelegt hat. Ich kann nicht länger schweigen zu eurem fluchwürdigen Tun.“

Seht, liebe Brüder und Gemeindegensossen, diese großherzige Tat hat mir die Frage in mein Gewissen gelegt, ob wir noch das Recht haben, uns Christen zu nennen, solange wir nicht zu diesem Christentum zurückgekehrt sind. Dieses heilige Reid, das meinen Körper bedeckt, soll ein äußerliches Zeichen für unsere Gemeinden sein, daß ein Retter und

Tröster und Befreier da ist, der entgegentritt der Gewalt und sie in die Klucht schlägt, die Heuchler und Pharisäer, wie es einst der Nazarener tat. Was aber beginnen wir?

Wir verteidigen ein System, das die Grenzen des Reiches sperrt, damit Millionen armer Menschen ohne Erwerb sind und alle Ernährung unterbunden wird. Wir stehen an der Seite derer, die das arme Volk bedrücken und den Arbeitern nicht Lohn und Freiheit gönnen. Wir hegen das Land gegen die Stadt, und anstatt Frieden und Gerechtigkeit zu predigen, jetern wir gegen den Geist, der sich gegen die Gewalttätigkeit der Großen empört. So einer aufsteht und eine neue Sprache redet, deren Inhalt das wahre Christentum ist, verdächtigen wir ihn als Ketzer und als Apostaten. Unduldsam wie die Hohepriester Judäas sind auch die Priester Roms geworden, deren Sinn und Trachten die geistige Unterjochung der Welt und die Erwerbung von Reichtum und Macht ist. Wo ist die Sendung, die uns der Heiland brachte, als er am Galiläischen Meer zum Volke sprach?

Er nannte das Volk das Salz der Erde und das Licht der Welt und gab ihm eine Lehre, die gegen die Gewalt der Großen und gegen das unter Herodes und den Pflegern der römischen Provinzen herrschende System der Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet war. Er predigte gegen die Zöllner und wies den reichen Jüngling, der nichts erfüllen wollte als die Gebote, mit den Worten fort: „Fürwahr, ich sage euch, durchs Nadelöhr geht eher ein Kamel, als daß ein solcher Reicher in die ewige Seligkeit eingeht!“

Frägt man sich, wie solch ein Wunderwerk von ewigen Wahrheiten in so früher Zeit möglich wurde, so muß man den Sozialisten recht geben, die da sagen: Er schöpfte aus dem Brunnen der Ueberlieferung, denn zur Zeit des jüdischen Reiches lebten noch die Vorstellungen von einer Gesellschaft weiter, die auf freien Geschlechtern aufgebaut war.

Noch in den Anfängen des griechischen und römischen Staates war das Volk die gesetzgebende und kriegerische Gewalt und alle Griechen und Römer galten als Freie. Die Sklaverei und die Gewalt der Krieger und heidnischen und jüdischen Priesterkasten brachten nach und nach viel Unheil in die Lande und ihre bösen Taten erzeugten fortwährend immer nur Böses, bis das Volk in Anechtshaft und Elend versank und die friedlichen Hirtenvölker ihres Lebens und Eigentums nicht mehr froh wurden. Christus starb den Kreuzestod und sein Blut wurde zur Saat für die neue Lehre, die so lange eine Lehre für die Armen blieb, solange sie verfolgt wurde. Als sie aber von den Heilenskaisern zu Staats-

Die österreichischen Staatsbahnwerkstätten.

(Schluß.)

Warum gibt man denn den Herren Beamten und dem übrigen Aufsichtspersonal Lantien? Weil man weiß, daß dieselben trotz des gewaltigen Lohn- und Gehaltsunterschiedes zwischen dem sogenannten geistigen und manuellen Arbeiter unzufrieden sind und in ihrem Streben nach Mehrleistung (welche die Arbeiter hervorbringen) gleichgültig werden. Es sei aber hier gleich gesagt, daß die Lantien trotz alledem hinausgeworfenes Geld sind, denn die Hungerpeitsche, als welche heute die Lebensmittelteuerung und der kleine Lohn oder Gehalt empfunden werden, macht gefühllos.

Auch der Beamte spürt die Teuerung und kommt mit seinem Gehalt nicht aus. Mehrleistung kann man von ihm nicht verlangen, da ja mit seiner Arbeit weder eine Maschine noch ein Wagen auch nur um einen Tag früher die Werkstättenräume verlassen kann. Aber das Ministerium denkt sich, „die Arbeiter sind unzufrieden, lassen in der Arbeitsleistung nach und das bringt dem Kapital Schaden. Das Antreiben der Arbeiter zu einer höheren Leistung ist eine sehr unangenehme Sache und müssen daher jene, welche dieses verrichten sollen, eine Extravergütung erhalten“ und tut dies unter dem Namen Lantien. „Antreiberprämie“ wäre hier der richtigere Ausdruck.

Von oben bis unten hat die Beamtenschaft kein Gefühl für die Verhältnisse der manuellen Arbeiter und auch nicht die Macht, um ausreichende Reformen zu schaffen. Dazu kommt noch, daß bei den meisten maßgebenden Faktoren auch der Wille dazu fehlt. Wenn jemand helfen kann, so sind es die Werkstättenarbeiter selbst. Daher seien hier einige ehrliche Worte an alle Bediensteten und Arbeiter gerichtet, in der Hoffnung, daß dieselben nicht nur lesen, sondern auch beherzigt werden.

Soll es in den k. k. Staatsbahnwerkstätten besser werden, dann muß ein neuer Geist einziehen. Schuld an der wirtschaftlichen und dienstlichen Mollage ist nicht die Verwaltung und das Aufsichtspersonal allein, sondern die Hauptschuld trifft die Bediensteten und Arbeiter selbst. Es ist ein altes und wahres Wort, wenn gesagt wird: „Jeder Arbeiter wird so behandelt, wie er es verdient.“ Würden die Werkstättenarbeiter einig im Willen und Handeln sein, würden sie ehrlich zusammenwirken, so wäre so manche Schande nicht möglich. Ist es nicht eine Schmach, wenn man sieht, wie der Werkmeister oder der Beamte mit verschränkten Armen hinter dem Arbeiter steht und durch seine Unwesenheit, eventuell auch in groben oder höhnischen Worten zur Arbeit antreibt? Wenn schon das Aufsichtspersonal dies nicht als Schmach empfindet, weil es ja dafür bezahlt wird, aber den Arbeiter selbst soll dies empören.

Ist es nicht entwürdigend, daß die Verwaltung und ihre Organe es heute noch wagen können, die Arbeiter wegen Kleinigkeiten und Bagatellden mit der Hungerpeitsche zu bedrohen und mit Geldstrafen zu belegen? Alles, was dem Aufsichtspersonal erlaubt ist, wird dem Arbeiter verboten. Es gibt kein gleiches Recht und trotzdem kein gemeinsames Handeln aller Gepeinigten.

Freilich darf niemand glauben, daß alles Schlechte so ruhig hingenommen wird. O nein, es wird kritisiert und geschimpft, wie nicht leicht wo in einem Betrieb. Jeder einzelne empfindet das Schlechte und spricht seine Kritik aus. Der eine läßt seinen Groll zu Hause in der Familie aus, der andere läßt seinen Arbeitskollegen dafür blißen, jeder ist in seiner Art unzufrieden. Freilich gibt es heute schon eine Anzahl von Arbeitern, welche nicht schuldlos dafür blißen lassen, sondern welche, wenn es

zwecken angenommen wurde, verblasste das Evangelium und die Staatskirche diente fortan weltlich-politischen Zwecken bis auf unsere Tage und wurde zum Herrschaftsmittel wie einst ihre Vorgängerin im jüdischen Land.

Deshalb klingen heute die Laute der Gerechtigkeit in diesen Räumen so fremd, deshalb erscheint es als kühne Wahrheit, was wir über das Verhältnis zwischen Staat und Volk in den Evangelien vernehmen, und geächtet wird derjenige und als Unwürdiger ausgehoben, der den hohen Mut aufbringt, die Wahrheit zu verkünden.

Ich weiß, meine lieben Mitgenossen, daß dies meine Abschiedsrede sein wird, denn sobald sie vernehmen, daß ich das wahre Evangelium gepredigt habe, werden sie ein Gezeiter erheben und mich mit dem Banne verfolgen, wie sie es jedem getan, der es wagte, an ihrem Schein zu rütteln und auszusprechen, was sein Innerstes bewegt. (In der Menge entstand eine Bewegung und viele Stimmen erhoben sich und riefen laut: „Nein, nein, sie werden dich nicht berühren, wir sind mit dir!“) Der Priester aber fuhr fort:

Auch ich konnte nicht länger schweigen, und wenn sie mich meiner Würde entkleiden, ich trage es leicht, denn ich bin ja mit dem Herrn, der da sagte: „Ihr sollt nicht wahren, daß ich gekommen sei, Friede zu senden auf Erden. Ich bin nicht gekommen, Friede zu senden, sondern das Schwert; denn ich bin gekommen, den Menschen zu erregen.“

Wo die Gewaltigen drücken, kann der Arme nicht ruhig sein, bis sein Leib der Last erliegt; wo die Zöllner Teuerung und Krankheit herbortufen, kann sich das Volk nicht freiwillig ergeben. Herz und Geist wurde dem Menschen gegeben, daß er in freier Entwicklung zu Glück und Wohlfinden gelange. Wer dem Volk den Weg hierzu versperrt, das ist ein Feind der Menschheit. Und so trete ich denn als Gleicher unter Gleiche, um mit euch zu kämpfen, zu streiten und zu leiden für das bessere Leben. Ihr seid arm, aber eure Seele ist unberohben, ihr seid bedrückt, doch kommt das Licht über euch, so werdet ihr stark genug sein, allen Jammer von euch zu nehmen und euch Freiheit und Glück zu erringen!

Damit schloß der junge Geistliche seine Rede und als er herabstieg, leuchteten ihm viel hundert freudig erregte Mienen entgegen und Freudenstränen vermischten sich mit dem stillen Jubel, der auf den bleichen, abgehärteten Gesichtern lag. Durch die Herzen der Bedrückten und Geuchler aber ging ein Leben...

Rob. Preußler.

notwendig ist, ihren Vorgesetzten, die durch ihr Verhalten den Arbeitern einen Schaden zufügen, ehrlich und offen ihre Meinung kundgeben und dadurch manch kleine Verbesserung schaffen. Leider ist dies nur der kleinere Teil, die große Masse ist indolent, gleichgültig oder irrgelübt.

Es gibt keinen Werkstättenbediensteten, ob Professionist oder Hilfsarbeiter, der nicht weiß oder doch wenigstens ahnt, daß eine irrationale Organisation helfen könnte. Wie kommt es nun, daß die Organisation noch nicht alle umfaßt? Das kommt daher, daß Unverständnis und Bosheit oder verwerflicher Egoismus bei den meisten Arbeitern vorherrscht. Dieses auszutreiben, hier Besserung zu schaffen, kann nicht Aufklärungsarbeit allein besorgen, sondern Not wird als Lehrmeister mitwirken müssen.

Ist heute schon die wirtschaftliche Lage der Werkstättenbediensteten traurig, so kann man voraussetzen, daß es noch jämlicher wird, wenn die Arbeiter ihren wahren Freunden nicht glauben und nach ihren gut gemeinten Ratschlägen handeln. Der beste Freund ist der Sozialismus, seine Lehren und Organisationsformen. Warum wird denn die sozialdemokratische Organisation von der Bahnverwaltung bekämpft? Weil dieselbe weiß, daß bei dem Vorwärtsschreiten dieser Organisation die Ausbeutung der Arbeiter schwinden muß. Freilich geschieht die Bekämpfung nicht mehr so offen wie früher, aber desto intensiver werden den einzelnen Vertrauensmännern Schwierigkeiten in den Weg gelegt, dieselben überall zurückgestellt und somit deren Tätigkeit als abschreckendes Beispiel hingestellt. Warum unterdrückt man denn nicht die nationalen oder die konfessionellen Organisationen oder die sogenannten Kategorienvereine? Diese werden nicht unterdrückt, sondern in jeder Art und Weise unterstellt. Muß es denn nicht auffallen, wenn für einzelne dieser Vereine die Bahnverwaltung das Einkassieren der Mitgliedsbeiträge besorgt, ihnen Vereinslokale samt Einrichtung unentgeltlich zur Verfügung stellt, Subventionen, Protektionen und dergleichen angedeihen läßt? Ja denken denn die Werkstättenbediensteten über so etwas gar nicht nach? Die Organisation hat für uns Werkstättenbedienstete noch nichts geleistet, hört man so oft sagen. Wenn ein junger Kollege dies ausdrückt, dann muß man es entschuldigen, denn er weiß ja nicht, wie es früher in den Werkstätten in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung ausgesehen hat. Wenn aber ein älterer Kollege dies ausdrückt, so muß man ihm im Gesicht genau betrachten: entweder haben ihn die langen Dienstjahre gedächtnisschwach gemacht oder er ist so boshaft und borniert, daß man solches begreiflich findet. Leider ist es nicht möglich, daß man die Erfolge der Organisation nur den Mitgliedern derselben aufkommen lassen kann; wäre dies möglich, so würde der Abstand der dienstlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern sogar dem allergrößtständigen Kollegen die Augen öffnen und er sich seine Vorwürfe überlegen.

„Die Organisation ist teuer, ich kann es nicht zahlen.“ Diese Ausrede gebrauchen alle jene, die es sehr gut verstehen, alle möglichen Forderungen zu stellen, aber nur ja kein Opfer bringen wollen. Nicht jene sind es, welche einen kleinen Lohn oder kleinen Gehalt und oft größere Familie haben, die sich vor einem Opfer scheuen, nein, jene, welche bereits in höheren Gehaltsstufen sind und auch sonst wirtschaftlich nicht so schlecht stehen. „Wenn die anderen etwas bekommen, so bekomme ich auch was.“ Sind solche Worte nicht ein Verbrechen? Ist ein solcher Kollege wert, daß man ihm ins Gesicht spuckt? Nein, hier muß man verachten!

Es ist ja richtig, daß die Organisation ein kleines finanzielles Opfer fordert, aber kann man denn überhaupt ohne Opfer Erfolge erreichen? Die Gegner der Organisation spekulieren damit, gründeten Gegenorganisationen oder Berufsvereine mit einem kleinen Mitgliedsbeitrag, stellten sich in Positur und riefen: „Kollegen, kommt zu uns, bei uns zahlt ihr weniger und erzieht mehr!“ Wirklich gibt es Kollegen, die sich damit verleiten lassen und in jene Vereine traten, die möglichst wenig Opfer forderten. Wenn man ruhig darüber nachdenkt, ob es richtig ist: „Biel fordern, aber Billig muß es sein“, so kommt man zu dem Schluß, daß dies nicht nur schwierig, sondern auch ein engherziger, verwerflicher Standpunkt ist. Für ganz kleine Lohnerhöhungen, minimale Arbeitszeitverkürzungen, ja sogar oft nur um die Anerkennung der Organisation mußten in Privatbetrieben Hunderte, ja Tausende Arbeiter ihre Existenz verlieren, unzählige schon das Leben lassen. Solche Opfer zu bringen, an das ist bei dem heutigen Menschennaterial in der k. k. Staatsbahnwerkstätten gar nicht zu denken. Es ist auch gar nicht notwendig, solche Opfer zu leisten, sondern ein im Verhältnis zu den dafür Gebotenen kleiner Monatsbeitrag, etwas Opfer an freier Zeit, Ehrlichkeit und treue Kameradschaft wird verlangt, aber auch zu dem kann sich die Masse nicht aufschwingen.

„Für uns in den Werkstätten geschieht nichts, alle Vorteile erreicht der Verfehr“, so und ähnlich hört man rufen. Fragt man einen Kollegen vom Verfehr, so bekommt man die gleiche Antwort. Es ist dies der beste Beweis, daß auch dieses nicht richtig ist, und zeigt, daß der Betreffende die Verhältnisse nicht kennt. Aber das macht nichts, irgendeine Ausrede muß herhalten, um die feige Charakterlosigkeit dieser Sorte Menschen zu decken.

Die Organisation, gemeint ist die Gewerkschaft, befaßt sich zuviel mit Politik und daher werden die wirtschaftlichen Verhältnisse vernachlässigt. Auch dieses ist ein Vorwurf, den insbesondere gern die Anhänger der Kategorienvereine gebrauchen und welcher nicht nur ungerecht ist, sondern auch zeigt, daß so ein vorlauter Kollege das Einmaleins in der Sozialpolitik noch nicht einmal versteht. Alle diese Vorwürfe, alles Schimpfen über die Sozialdemokraten und ihre Organisationen haben nur den einen Zweck, das eigene, schlechte Gewissen zu beschäftigen und um ja nur nicht ein kleines Opfer bringen zu müssen. Fest schimpfen über die Gewerkschaft und deren Vertrauensmänner, das liebt der Vorgesetzte, das sieht man oben gern. Sich feig duden und drücken, das machen so viele Menschen in den Werkstätten, welche Härte tragen. Männer kann man doch jene Kollegen nicht heißen, die,

wie oben geschildert, weder sich noch ihrer Familie und ihren Kollegen durch ihre Handlungsweise nützen. Wenn der Unternehmer über die Sozialdemokraten loszieht, offen oder versteckt, so kann man dies begreiflich finden, daß aber die eigenen Arbeitskollegen so zu behandeln, ist fast unbegreiflich. Schaut euch die Leute an in den Werkstätten, wenn ein unangenehmer Erlaß herauskommt, ein Arbeitskollege von einem Vorgesetzten eine Strafe bekommt oder irgend jemand ein Unglück zustoßt. Von den Gesichtern der Kritiker kann man Probität, Feigheit, Hinterlist aus jedem Zug herablefen. Hilfe kann von solchen Menschen niemand erwarten. Zum Glück ist es nur ein Bruchteil der Werkstättenarbeiter, die damit gezeichnet sind. Es ist daher Pflicht aller Kollegen, sich solche Leute gut anzusehen, sich nicht von ihren falschen Worten betören zu lassen und so zu handeln, wie es sich für Männer geziemt. Das Leben ist ein schwerer Kampf, der gekämpft werden muß. Will der Arbeiter nicht kämpfen, weicht er zurück, so ist sein Los besiegelt. Wenn man nun zugibt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Werkstätten traurig sind, dann muß auch konstatiert werden, daß die Interesslosigkeit an der Organisation eine Hauptschuld trägt.

Insbesondere sind es die Professionisten, die allen Grund und Ursache haben, die Organisation zu heben. Es nützt nichts, wenn man sich in Positur stellt und ruft: „Ich bin Professionist, ich will als Professionist behandelt und bezahlt werden.“ Auf solche Worte gibt die Bahnverwaltung gar nichts. Das Ständebewußtsein ist schon recht, kann aber nicht mit leeren Worten und Phrasen gehoben werden, sondern nur durch Taten. Das einzig richtige ist der Zusammenschluß im Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein. Damit befindet man einen ehrlichen Willen und Solidarität. Wenn die Organisation noch nicht voll ausgebaut ist, um allen Wünschen Rechnung zu tragen, so darf dies doch nicht ein Grund sein, ihr fernzubleiben. Wenn jeder seine Kräfte der Organisation zur Verfügung stellt, dann kann gearbeitet werden. Gehoben kann die wirtschaftliche Lage der Werkstättenarbeiter nur dann werden, wenn alle ehrlich zusammenwirken, ohne Rücksicht auf den persönlichen Vorteil, ohne Rücksicht auf die Gegner von oben und unten. Aber nicht nur in ideeller, sondern auch in finanzieller Hinsicht müssen Opfer gebracht werden.

Je geldkräftiger eine Organisation ist, desto gefürchteter ist sie den Unternehmern, desto segensreicher wird sie für die Arbeiter.

Wenn alle Kollegen dies alles ehrlich überdenken, dann kommt der Zeitpunkt rasch näher, wo die Klagen über die Zurücksetzung der Werkstättenbediensteten und Arbeiter verstummen werden. Nicht nur wirtschaftlich wird sich die Lage bessern, sondern auch die Beamtenschaft, das Aufsichtspersonal, wird sich bessern müssen. Nicht mehr von oben herab wird man die Arbeiter betrachten, sondern sie als gleichwertig und gleichberechtigt behandeln müssen. Die heutigen unwürdigen Zustände werden verschwinden, um besseren Platz zu machen.

Diese Aufgabe haben nicht nur die manuellen, sondern auch die geistigen Arbeiter. Dieses Streben muß auch die Beamtenschaft unterstützen, da ihre heutige Lage unvorwählisch ist.

Daher fort mit allen Geuchlern, fort mit den falschen Freunden, die bisher das Gemüß einer wirtschaftlichen Besserstellung waren. Jeder, der Grund zur Kritik hat, muß Hand anlegen an diesem gemeinsamen Streben. Nur ein Neigling verschanzte sich hinter leere Worte und Ausflüchte.

Werkstättenbedienstete und Arbeiter! Beherzigt die gut gemeinten Ratschläge in eurem Interesse. Stellt euch an die Spitze der ganzen Bewegung, zeigt, daß ihr Männer seid, die ihrem Stand, ihrer Zukunft keine Schande machen wollen, und der Sieg ist euer.

Klagen der Magazinsdiener.

Magazinsmeister, wie sie nicht sein sollen.

Es wird uns geschrieben: Wir sind gezwungen, dem Magazinsmeister Domanský öffentlich entgegenzutreten. Es handelt sich um folgendes: Der Herr äußerte sich, daß ein Magazinsdiener ihm nicht das Wasser reichen könne, und mit einer begleitenden Geste gab er es zu verstehen, daß er weiters sich mit einem Magazinsdiener einen bestimmten Körperteil nicht reinigen wolle. Daß Domanský eine Fierde des Magazinsmeisterstandes ist, zeigt dieses sein Verhalten zur Genüge. Aber auch sonst legt der Mann ein sonderbares Verhalten an den Tag. Die Stelle des ersten leitenden Magazinsmeisters vertrat in Abwesenheit desselben, bei Urlauben etc., stets ein Magazinsdiener, und zwar anstandslos und zur vollsten Zufriedenheit; das war dem Herrn nicht recht. Er setzte es durch, daß er diesen Posten bekam. Nun sind aber die Magazinsdiener die Wurzen. Wenn die Magazinsdiener nicht alles allein fertigmachen würden, so daß Domanský nur unterschreiben muß, wäre er schon lange unmöglich. Als Dank dafür werden die Magazinsdiener beschimpft.

Vor kurzem hat ein gleiches Geisteskind seinen Abschied von der Bahnverwaltung erhalten; da hatte das Fagen nach dem freigewordenen Posten keine Grenzen. Um gerecht zu sein, mußte das Bahnamt dem Domanský als Rangältesten den Posten verleihen. Der abgehende Magazinsmeister bleibt noch bis 1. Jänner 1914 zur Einführung und Abwicklung. Der dortige Magazinsdiener hat diese Dienste schon öfter monatlang besorgt, und trotzdem ist Herr Domanský am dritten Tag vom Felde seiner schönen Zukunftsräume wieder abgesetzt. Herr Domanský besitzt nämlich alle möglichen Fähigkeiten, nur die nicht, die seiner Kategorie Ansehen verschaffen können. Ein weiteres Eingehen auf seine Reden wollen wir unterlassen, so auch die Unterhaltung mit den Magazinsarbeitern, wo er sich sehr oft zum allgemeinen Gelächter bemerkbar macht.

In Bezug auf den Dienst der Magazinsdiener und Ladeinschreiber ist noch zu bemerken, daß dieselben auf diversen verantwortlichen Posten den Dienst versehen und noch immer versehen (wie Abgabe, Bretterplatz,

Holzplatz, Zollmagazin, Schenker-Magazin und Schubert u. Böhm, letzteren versteht schon zwei Jahre lang ununterbrochen ein Diener). Wir täuschen uns nicht. Würde dieser Herr auch auf einen anderen Posten berufen, es bliebe dasselbe. Solche Personen avancieren auhertourlich, weil sie gute Protektion hatten und noch haben. Die Schwester, die schon ein Vierteljahrhundert beim höheren Herrn so gut kochen kann, weiß schon, wie man das macht. Das, was der Bruder nicht weiß in dienstlicher Beziehung, da hilft halt die Schwester nach.

Es ist unglaublich, in welcher Art das Organ des Vereines der Magazinsmeister redigiert wird. In der Nummer 11 vom 1. November 1913 bringt dieses Käseblättchen einen Artikel, der von Reid gegen die Magazinsdiener erfüllt ist. In demselben wird über die jüngst abgehaltene Magazinsdienerversammlung, in welcher diese Kategorie ihren Titel in „Verladeaufseher“ abgeändert zu haben wünscht, losgezogen.

In der gleichen Nummer ist ein Artikel mit der Ueberschrift: „Intelligenz.“ Der Verfasser dieses Artikels scheint Intelligenz und Bildung für identisch zu halten! Intelligenz kann auch ein Stubstücker sein, ebenso wie sich ein Akademiker bisweilen sehr intelligent zeigen kann. Beweis hierfür ist wohl der neidische Angriff auf die Magazinsdiener. Die Titelforderung der Magazinsdiener ist sicher vernünftiger, als die in zitiertem Nummer über die Verzichtleistung der Beamtenernennung enthaltene zitierte Äußerung: „Wir wären schon glücklich, die Ueberstellung unserer Kategorie in die Gruppe B der Unterbeamtenkategorie zu erreichen.“ — Nach dem scheint dies die Hauptforderung der Magazinsmeister zu sein, deren größere Anzahl zumeist in den Gehaltsstufen von 1200 bis 1600 Kr. stehen. In der Nummer 12 vom 1. Juli 1912 tritt der „Magazinsmeister“ für die Auflassung der Gehaltskategorien von 1300 Kr. ein, in Nummer 4 vom 1. März 1913 zieht er seinen Antrag mit einer sehr merkwürdigen Begründung zurück! Es fehlt ihm eben an dem nötigen Verständnis, sonst müßte er doch zugeben, daß die Auflassung der 1300 Kr. nicht nur den jüngeren Meistern und Aufsehern sowie den Magazinsdienern, ja auch den älteren Meistern durch einen bedingten Härteausgleich zugute kommen muß.

Das Eisenbahnministerium ist der Ansicht, daß man die Lampisten, Ladescheinreiber und Magazinsdiener in eine Dienerkategorie zusammenwerfen kann, obwohl ihr Dienst grundverschieden ist. Die Magazinsdiener und Ladescheinreiber haben dieselbe Dienstleistung. Sie streben deshalb mit Recht die einheitliche Benennung als Verladeaufseher an.

Der Dienst eines Lampisten ist mit dem der Magazinsdiener und Ladescheinreiber nicht in Einklang zu bringen. Was würde man dazu sagen, wenn jemand behaupten würde, daß Magazins- und Belenchtungsmeister gleiche Dienstleistung haben. Die Magazinsdiener und Ladescheinreiber haben schon einigmal ihren Standpunkt bekundet, sie fühlen sich als vollwertig zur Gesamtheit gehörend. Sie haben aber keine Lust, sich mit einer Kategorie veräugeln zu lassen, die ihrer Dienstleistung vollständig fernsteht.

Die Staatsbahner über die Personalpolitik der Regierung.

Massenkundgebungen der Eisenbahner in Wien und Innsbruck.

Das Verhalten der Regierung gegenüber den Forderungen der Eisenbahner trägt immer mehr dazu bei, diese nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Tatsächlich folgt in der letzten Zeit ein Erlaß hinter dem andern, der eine Verschlechterung in den verschiedenen Dienstzweigen bringt, so daß mit diesen ganz eigenartigen „Verbesserungsmaßnahmen“ eher das Gegenteil von einer Beruhigung erzielt wird, wozu noch eine ganz seltsam anmutende Geheimnisfrämerei kommt, ein Versteckenspielen, das den Verdacht erweckt, daß die Regierung alle Ursache hat, mit dem, was sie plant, die Öffentlichkeit zu scheuen. Auf diese Taktik haben die Eisenbahner in den letzten acht Tagen in zwei wichtigen Eisenbahnerzentren, in Wien und Innsbruck, die richtige Antwort gegeben. In einer großen Massenversammlung, die am 11. Dezember beim Wimberger am Neubaugürtel in Wien tagte, kam die ganze Empörung, die auf solche Art unter dem Personal angehäuft wird, lebhaft zum Ausdruck. Der Saal konnte die Massen, die gekommen waren, nicht fassen und so sprach draußen auf der Straße zu den Hunderten, die nicht Einlaß finden konnten, Genosse Adolf Müller, bis die Polizei die Versammelten zerstreute. Die Versammlung im Saal nahm folgenden Verlauf:

Abgeordneter Genosse Tomshil eröffnete namens der Koalition um 8 Uhr abends die Versammlung mit folgender Tagesordnung:

1. Die Verteilung der 15 Millionen-Aufbesserung für die Eisenbahner. Referenten die Reichratsabgeordneten J. Tomshil und A. Müller.
 2. Bericht über die Vorgesprache der koalitierten Organisationen sowie der Arbeiterdeputation im Eisenbahnministerium.
 3. Anträge und Anfragen zu obigen Punkten.
- Ueber seinen Vorschlag wurden die ersten zwei Punkte zusammengezogen.
- In den Vorstich wurden gewählt: Schwab, Ruzicka, Tügel, Brandl und Steppert.

Abgeordneter Genosse Tomshil eröffnete einmündig das Zustandekommen des 38 Millionenbeschlusses, an dessen Durchführung das Gesamtpersonal absolut festzuhalten erklärt. Regierung und Eisenbahnministerium sind jedoch gesonnen, die Grundlagen dieses Beschlusses völlig zu mißachten. Die bürgerlichen Parteien leisteten der Regierung immer Vorstich, so bei der Anwendung der 21 Millionen Kronen, so in der dreimaligen Niederstimmung des 17 Millionen-Antrages, so bei den neuerlich zu bewilligenden 15 Millionen Kronen. Durch die eingeführten Verschlechterungen ist das bis jetzt angewendete Geld vollständig unwirksam geworden. Aber auch jetzt bei den in Aussicht genommenen 15 Millionen Kronen schwitzen Gerüchte von Verschlechterungen einschneidender Art in die Öffentlichkeit. Das Eisenbahnministerium erklärt diese Gerüchte für unwahr und behauptet, daß

es die Grundsätze des ersten Laborats ganz außer Betracht gesetzt hat. Hinsichtlich des zweiten Laborats erklärt es, daß es nur Vorläufe des Personalreferenten seien, die ohne Rücksicht einen Grund zur Verschlechterung des Personals geben. Aber das Meistmal beider Laborate sind die prinzipiellen Verschlechterungen, der Wille zur Tat ist also faktisch vorhanden, so daß man die Sache, von der man spricht, nicht uns zur Last legen kann. Das besorgt das Eisenbahnministerium so gründlich, daß wir gar nichts dazu tun brauchen. Die Versammlung brach in draufende, minutenlang anhaltende Zustimmungsrufe aus, als er sagte, daß die Taktik des Eisenbahnministeriums danach angeht sei, die hungernden Bediensteten zur Verzweiflung zu treiben. Es vergeht kein Monat, legt er dar, ohne daß ein Erlaß erscheint, der den Eisenbahnern Verschlechterungen bringt. Man will sich, da man sich um die Aufbesserungen nicht herumdrücken kann, auf Ratenzahlungen einrichten. (Große Erregung.) Wer aber wirklich geben will, muß angesichts der großen Notlage der Eisenbahner auf einmal geben, da sonst den Eisenbahnern die Aufbesserungen gar nicht zum Bewußtsein kommen. Die Geheimnisfrämerei, deren sich das Eisenbahnministerium bedient, kann nur Zündstoff in die Eisenbahner tragen. (Anhaltendes, laute Zustimmung.) Das Verschleißen wird wohl darin seine Ursache haben, daß man sich mit dem, was man für die Bediensteten vorgesehen hat, nicht heraustreibt. (So ist es! Sehr richtig!) Es muß aber dahin kommen, daß die Regierung ehestig über die Bewendungen Rechnung legt. (Anhaltender Beifall.) Einig werden die Eisenbahner zusammenzuziehen, um alle Verschlechterungen, die schon durchgeführt und noch geplant sind, abzuwehren; einig verlangen sie die ehestige Durchführung ihrer Forderungen, sie protestieren gegen jede Verschlechterung, Heimlichkeits- und Verschleppungstaktik. (Minutenlang andauernder Beifall.)

Genosse Schwab berichtete über die Vorgesprache, der man dadurch eine besondere Schwierigkeit bereiten wollte, weil sie aus sieben Mann bestand und man nur drei Mann vorlassen wollte. Später entschloß man sich, fünf Mann vorlassen zu lassen, und erst als die Vertreter der Koalition erklärten, falls nicht alle sieben Mann empfangen werden würden, müßten sie auf die Vorgesprache verzichten, war der Eisenbahnminister bereit, die Deputation zu empfangen. Genosse Schwab, der als Deputationsführer fungierte, erklärte dem Minister den Zweck der Vorgesprache, der vor allem darin besteht, daß die in der Koalition vereinigten Eisenbahner auf die vollständige Durchführung des 38 Millionen Kronen-Beschlusses beharren. Insbesondere sei die zweijährige Automatik bei den Dienern und auch bei den Arbeitern unbedingt notwendig. Die Eisenbahner legen auf die Erfüllung ihrer Hauptforderungen Nachdruck, und zwar auf die Endaltershöhe der Diener (2000 Kr.), der Unterbeamten (3000 Kr.); die Nacht- und Berufsurlauben; die Auflassung der 1300 Kr.-Stufe; die Erneuerung der Unterbeamten zu Beamten; den Härteausgleich der Unterbeamten; die Erhöhung der Quartiergehälter in die Pensionbemessung und für die weiblichen Bediensteten die Umwandlung der ordschaftsmäßigen Zulagen in Quartiergehälter sowie die Ergänzung des Härteausgleiches für die Beamten. Genosse Schwab sprach sodann noch die Antworten des Ministers und des Ministerialrates Dr. Voch, die in der letzten Nummer des „Eisenbahner“ veröffentlicht wurden, und schloß, daß die Deputation von dem Ergebnis der Audienz vollständig unzufrieden war.

Genosse Tomshil berichtete über die Forderungen der Arbeiter, die sich eine allgemeine Lohnaufbesserung erhoffen, nicht aber so erhoffen, wie sie eine solche aus den 21 Millionen Kronen erblicken, durch welche sie infolge Einführung verschiedener Verschlechterungen in ihrem Einkommen eine bedeutende Einbuße erleiden. Er erklärte die eingeführten Verschlechterungen, aus denen sich für die Staatsbahnverwaltung ein Riesengewinn ergeben müßte; aber das Entgegenhalten der Summen, welche das Eisenbahnministerium vorgibt, für die Arbeiter angewendet zu haben, zu den Summen, die die Arbeiter durch Verschlechterungen einbüßen und zur Zahl der Arbeiter überhaupt, ergebe einen Zweifel, ob das Eisenbahnministerium überhaupt die für die Arbeiter bestimmte Summe angewendet hat. Die Arbeiter fordern von der Organisation, daß ihre Vertreter im Parlament energisch Nachschuß vom Eisenbahnminister verlangen! Seine weiteren Ausführungen decken sich mit dem Bericht in der letzten Nummer des „Eisenbahner“.

Genosse Biegler berichtete von der Arbeiterdeputation, die am 20. November beim Ministerialrat Dr. Voch wegen der Maßnahmen für die Arbeiter vorgeprochen hat. Ministerialrat Dr. Voch erteilte folgende Antwort: Die Lohnaufbesserung können nicht allgemein, sondern nur nach örtlichen Verhältnissen vorgenommen werden; die Lohnvorläufe dürften wahrscheinlich mit je 20 %, und zwar für die Professionsisten mit zwei Jahren, für alle anderen Arbeiter mit drei Jahren festgelegt werden; dort, wo bereits bessere Vorläufe bestanden haben, werden diese durch die örtlichen Lohnaufbesserungen einen Ausgleich finden. Die früher bei den Magazins- und Stationsarbeitern bestehenden freien bezahlten Tage werden zum Teil weiter bestehen und zum Teil durch Lohnerhöhungen ausgeglichen. Die Regelung der Arbeitszeit, insbesondere der Bahnerhaltungsarbeiter, ferner die Bezahlung der Heberarbeit ist nach den Anträgen des Arbeiter-Zentralausschusses in Behandlung. Das lange Provisorium vor der Stabilisierung wird durch Mehrnormierung herabgesetzt und eine Erhöhung der Endgehälter wird vorgenommen. Eine Befestigung der Oberwerkmanneposten ist nicht geplant. Die Lohnerhöhungen werden nicht als Vorläufe betrachtet.

Die Deputation betonte unter anderem auch die Notwendigkeit, daß die Vorläufstermine derart festgelegt werden, daß sie dem Eintrittstag als nächstliegend erscheinen. Der Grundlohn, beziehungsweise Anfangslohn soll mit mindestens 1 Kr. über dem örtlichen Grundlohn und für die qualifizierten Hilfsarbeiter mit mindestens 60 % über dem Grundlohn festgesetzt werden.

Genosse Wagner, Bremser, fordert die Organisation und die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, sich insbesondere auch der Demoralisierung abzumachen, die einen verantwortungsvollen Dienst leisten müssen, sich aber nicht ausreichend nähren können, und weil sie keine oder eine nicht genügende Uniform ausstatten, auf der Bremse frieren müssen.

Abgeordneter Genosse Rudolf Müller brandmarkte unter lebhaftem Beifall die Ueberhebung, mit der sich die Regierung über Beschlüsse des Abgeordnetenhauses hinwegsetzen zu können glaube; er legte dar, daß sich das Eisenbahnministerium so gebärde, daß man glauben müsse, es wolle die Eisenbahner provozieren. Das Verlangen, die Regierung solle über die Veranschlagung der 21 Millionen Kronen genaue Rechnung legen, wurde bereits im Parlament gestellt, die Regierung komme aber dieser Aufforderung nicht nach. Wo immer man nur hinschaut, ist die Regierung und das Eisenbahnministerium den Eisenbahnern feindlich gesinnt, Wort- und Vertragsbrüche seien auf der Tagesordnung. Die Eisenbahner müssen ihre Geschlossenheit nach zwei Richtungen hin erweisen: erstens ihre erworbenen, in der Dienstpragmatik festgelegten Rechte mit aller Kraft zu schützen; zweitens durch die Kraft der Organisation die Durchführung des 38 Millionen-Beschlusses zu erzwingen! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Ruzicka unterbreitete der Versammlung folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die heute in Wimbergers Saalpalast tagende große Eisenbahnerversammlung billigt den Beschluß der Vertrauensmännerkonferenz vom 15. und 16. November 1913, sowie die von den koalitierten Organisationen dem Eisenbahnminister überreichten Forderungen, worunter die Veranlassung der Einführung der zweijährigen Automatik für die Diener und Festsetzung des Mindestalters mit 2000 Kr.; die Vorläufstermine bei den Arbeitern auf 2, 2½, und 3 Jahren mit 20 %; die Aufhebung aller Verschlechterungen, sowie die vollständige Durchführung aller im 38 Millionen-Antrag enthaltenen Aufbesserungen überhaupt als äußerst wichtig bezeichnet. Die Versammlung protestiert auf das energischste gegen die Verschleppungstaktik und Unaufrichtigkeit des Eisenbahnministeriums in der Aufbesserungsfrage und fordert das Eisenbahnministerium auf, endlich das Personal vollständig klar und unambigüen über seine Pläne aufzuklären, damit die Eisenbahner wissen, wie sie daran sind und was sie zu erwarten haben. Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die bereits vorgenommenen und noch geplanten Verschlechterungen. Sollte diese Ausbeutungspolitik nicht sofort eingestellt werden, dann trägt das Eisenbahnministerium einzig und allein an dem Abwehrkampf der Eisenbahner, der mit den schärfsten Mitteln einsetzten müßte, die Schuld und Verantwortung. Die organisierten Eisenbahner werden die Bevölkerung über das frivole Spiel, das mit den Eisenbahnerinteressen getrieben wird, aufklären und wird sicherlich jeder rechtlich denkende Mensch auf Seite der kämpfenden Eisenbahner stehen!“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Genossin Pot, die im Interesse der Frauen an alle Eisenbahner die Bitte zu richten gedachte, sei im Kampf um eine bessere Existenz alle Kräfte anzupanseln, weil es nicht mehr angehe, die Hauslichkeit und die Kinder zu vernachlässigen. Denn die Taktik des Eisenbahnministeriums zwingt die Eisenbahnerfrauen zum Miterwerb, der aber durch die eingeführten Verschlechterungen längst nicht mehr ausreicht, ausgleichend zu wirken. Die Eisenbahnerfrauen verfallen deshalb der Unterernährung und Degeneration. Um 11 Uhr nachts wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung der Staatsbahner in Innsbruck.

Auch die Versammlung im Adamsbräu in Innsbruck, die am 6. Dezember stattfand, war massenhaft besucht und nahm einen imposanten Verlauf. Ins Präsidium wurden die Genossen Scheibin, Driner und Potow gewählt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Verteilung der 15 Millionen für die Eisenbahner,

sprach Abgeordneter Tomshil in sehr ausführlicher Weise. Zurückgehend auf die Entstehung des 38 Millionen-Antrages und dessen einstimmige Annahme im Dezember 1911, schilderte er den weiteren Verlauf über die Behandlung der Forderungen der Eisenbahner seitens der Regierung und der bürgerlichen sogenannten „arbeitswilligen“ Parteien des Abgeordnetenhauses. Er verwies auf seine Ausführungen im November 1912 in der Stadtsaal-Versammlung und zeigte unter Anführung der Abstimmungsergebnisse im Budgetauschuss, wie verlogen diese Regierungsmamuladen handeln. Die in Versammlungen seinen Antrag auf Einstellung von 17 Millionen in das Budget als einen demagogischen Antrag verächteln, hinterher denselben Antrag im Hause einbringen, aber bei der entscheidenden Abstimmung entweder davonlaufen oder direkt gegen ihren eigenen Antrag stimmen, wie dies insbesondere der Reichsbändler seine getan hat. Unter lautem Beifall ironisierte er das Verhalten jener bürgerlichen Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes und der christlich-sozialen Partei, die zu jenen „arbeitswilligen“ Parteien gehören, die unter dem Namen „arbeitswilligen“ Parteien unter den Eisenbahnern und Staatsangestellten unruhigst bekannt sind. Diese Abgeordneten, die einen losloffenen Arbeitswillen und Eifer an den Tag legen, wenn es gilt, der Regierung Hunderte von Millionen für Militär und Kriegsschiffe, viele Tausende neuer Rekruten zu bewilligen, deren Arbeitswillen aber sofort aufhört, wenn Volksnotwendigkeiten — in unserem Fall die 17 Millionen für Eisenbahner und die Dienstpragmatik für die Staatsangestellten — bewilligt werden sollen. Unter lebhafter Zustimmung deckte er dann mit scharfen Worten den Schwanz dieser bürgerlichen Abgeordneten und ihrer aus dem Dispositionsfonds der Regierung bestochenen Presse auf, der dem Volk mit diesem berüchtigten § 14 vorgegaukelt wird. Dieser § 14, mit welchem die Regierung fortwährend das Abgeordnetenhause einschüchtern, wäre gar nicht zu fürchten, da doch bekanntlich jede § 14-Verordnung dem Parlament zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden muß.

Schluß ist aber auch die Eisenbahnerschaft, die nicht zur Erkenntnis kommen will, daß eine geschlossene einheitliche Organisation notwendig ist, um die Regierung zur Erfüllung der Forderungen zu zwingen, und andererseits erzwungene Vorteile halten zu können, wobei er als Beispiel auf die vielen Erlasse und Amtsblätter hinweist, die in jüngster Zeit vom Eisenbahnministerium ergangen sind, worin Verschlechterungen betreffend die Lohnautomatik für die Arbeiter enthalten sind und worin das bisher in der Dienstpragmatik garantierte Recht, in einer Kategorie verbleiben zu können, zukünftig für alle Diener beseitigt werden soll. Zum Schluß erklärte Genosse Tomshil, daß die Eisenbahner noch lange auf die Verteilung der 15 Millionen warten müssen, da man beim Eisenbahnministerium bis heute selbst noch nicht zu wissen scheint, wie diese Verteilung vorgenommen werden soll, wie die verschiedenen Laborate, die bis heute herausgegeben und dann als unrichtig wieder zurückgezogen wurden, zur Genüge beweisen. Er verwies auf die Beschlüsse der Reichskonferenz der Vertrauensmänner am 15. November d. J. und bat, daß sie von den Eisenbahnern auch der verdienten Beachtung gewürdigt werden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Dienstpragmatik und die Finanzpläne der Regierung,

führte Abgeordneter Abram aus: Die großen Massenkundgebungen der Staatsangestellten in ganz Oesterreich kurz vor Zusammentritt des Parlamentes nötigen die Regierung und die bürgerlichen Mehrheitsparteien, energischer die Erledigung des kleinen Finanzplanes und der Dienstpragmatik zu betreiben. Der Deutsche Nationalverband und die Christlichsozialen, die ohne äußeren Zwang, nur aus bloßer Ergebenheit für die Regierung und wegen der Landesverweigerungen das verwerfliche Junktim zwischen den berechtigten Beamtenforderungen und dem Finanzplan geschaffen hatten, mußten nun ohnmächtig zusehen, wie die Aushen wegen ihres Landesstrettes mit den Polen schon wiederholt die Vratsungen des Parlamentes unterbrochen hatten, und so die Gefahr einer neuerlichen Verschleppung entstand. Bisher gelang es zwar, die Aushen zur mehrmaligen Unterbrechung der Obstruktion zu veranlassen, so daß die Totalsteuervermehrung, die Schaumwein- und Automobilsteuer beschlossen werden konnten. Die Erledigung des ganzen kleinen

Finanzplanes sollte nun in den nächsten Sitzungen erfolgen — wenn es gelingt, die fünf polnischen Bischöfe zur Anerkennung einer die Katholiken befriedigenden Wahlreform zu bringen. Diese Tatsache, daß die Erlösung der Staatsangehörigen mit ihrem berechtigten Hoffen und Harren abhängig ist von einem galizischen Landesfürst, zeigt so recht deutlich, wie verhängnisvoll das von uns bekämpfte Junktim ist und wie recht die Sozialdemokraten mit ihrer Forderung hatten, am 8. Juli die Parlamentsverhandlungen wieder fortzusetzen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil angeblich im September schon der Reichsrat einberufen werden sollte. Unter der Duldung der bürgerlichen Parteien hat die Regierung erst nach dem Sturm der Staatsangestellten das Parlament gegen Ende Oktober einberufen und dadurch die heutige Situation verschuldet. Mit einem Appell an die Einigkeit der Staatsangestellten schloß Abgeordneter Abram seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Genosse Ertl beschäftigte sich mit den verzweifeltsten Verhältnissen, die durch die ungeliebte Regierungspolitik herbeigeführt wurden und übte scharfste Kritik an der verdammtsten Interesslosigkeit der österreichischen Bevölkerung, die sich so etwas gefallen lasse.

Mit einem kräftigen Schlusswort seitens des Vorsitzenden Genossen Scheibin wurde um 1/2 12 Uhr die großartig verlaufene Versammlung geschlossen.

Der vorchriftsmäßige Dienst.

Eine Blamage der k. k. Direktion der Staatseisenbahngesellschaft.

Zwischen der Direktion der St. E. G. und den Bediensteten der Linie Brud (Marbegg) ist es zu ernstlichen Mißverständnissen gekommen. Der Grund zu denselben kann natürlicherweise nur bei der Direktion zu suchen sein, denn die Bediensteten der genannten Linie sind wie überall höchst pflichtbewußt und dienstfertig. Und gerade auf dieser Linie sind die Eigenschaften, die die Eisenbahner im Besonderen auszeichnen, auch gerade im besonderen Maße notwendig, soll der Verkehr so aufrecht erhalten werden, wie er vorgeschrieben ist und der nur darum so eingeteilt ist, weil auf die Eigenschaften der Bediensteten im Uebermaß spekuliert worden war. Um so mehr sollten nun eigentlich diese Eigenschaften von Seiten der Direktion anerkannt und geschätzt werden, zwar nicht derart, als ob die Bediensteten eine besondere Anerkennung ansprechen würden, aber in Hinsicht des Einvernehmens mit ihnen erwarteten sie stets eine objektive Regelung ihrer Verhältnisse, und in den Dienstangelegenheiten bei Erledigung von Mängeln der verschiedensten Art die Gerechtigkeit, die allerdings nur von sachmännlicher und sozialer Einsicht betätigt werden kann. Und in der Aufhebung des letzten Umstandes liegt der Konflikt. Das weist die k. k. Direktion der St. E. G. sogar amtlich selbst in nachfolgendem Dienstbefehl nach:

Dienstbefehl Nr. 277.

Anstände beim Verschubdienst in den Zwischenstationen.

An die k. k. Verkehrs- und Zugförderungsbüros in Wien, Brünn und Prag, an die k. k. Betriebsleitung Saar i. M., an alle Dienststellen des Zugförderungs- und Verkehrsamtes und an die Herren Verkehrs-kontrolloren.

In jüngster Zeit sind auf einzelnen Linien des hierortigen Direktionsbereiches größere Verspätungen der Güterzüge eingetreten, welche in ihrer Hauptsache darauf zurückzuführen sind, daß in manchen Zwischenstationen das beim Verschubdienst beteiligte Stations- und Zugbegleitungs-personal nicht im Geiste der Anordnungen vorzugehen, sondern anscheinend nicht gerade in gutem Willen an dem toten Buchstaben der bestehenden Vorschriften, das heißt an einzelnen lose herumgegriffenen Bestimmungen Starr festhält, ja sogar, wie in einzelnen Fällen festgestellt wurde, wesentlich gerades gegen den Sinn der Vorschriften handelt.

An dieser Unzulässigkeit sind auch zum Teil die unzureichende Einschulung des Personals im praktischen Verschubdienst, die mangelhafte Ueberwachung desselben sowie die unterlassene gegenseitige Verständigung des beteiligten Personals über die Art der vorzunehmenden Arbeiten, schuldtragend.

In den meisten Fällen wird nicht gleich nach dem Eintreffen des Zuges in der Station mit dem Verschub begonnen, vielmehr pflegt eine geraume Zeit zu verstreichen, bevor die nötigen Anordnungen des Verschubleiters für die Verschubmanipulation getroffen werden.

Zur Einhaltung einer derartigen Zeitvergeudung haben die Zugbegleitenden den Zug stets rechtzeitig am Platze zu erwarten und nach der Einfahrt desselben ununterbrochen mit dem Zugsführer die für den Verschub nötige Ausprüche zu pflegen und ihre Dispositionen zu erteilen.

Auch wird bei Verschubarbeiten vielfach mit einer so geringen Geschwindigkeit gefahren, daß selbst die einfachsten und geringsten Verschubmanipulationen einen zur geleisteten Arbeit in seinem Verhältnis stehenden langen Zeitaufwand beanspruchen.

In manchen Stationen werden die zur raschen Durchführung der Verschubarbeiten nötigen Hilfsmittel, wie Brems-schuhe, Bremsknüttel und Unterlagskeile, vielfach entweder in einer unzulänglichen Anzahl bereitgehalten oder befinden sich dieselben in einem beschädigten oder unbrauchbaren Zustand, wodurch die rasche Abwicklung des Wagenverschubes ungünstig beeinflusst und dadurch auch selbstverständlich verzögert wird.

Weiters wurde festgestellt, daß zum Auffangen der abgerollten Wagen anstatt der Bremschuhe und Bremsknüttel die gekuppelten Unterlagskeile verwendet werden, welche lediglich zur Versicherung stehender Fahrzeuge gegen das Entrollen zu dienen haben.

Die seitens der Stationen in einzelnen Fällen wegen Aufenthaltüberschreitung ins Treffen geführten Rechtfertigungen, die Aufenthalte der Manipulationszüge seien zu gering bemessen, muß schon deshalb als unzutreffend bezeichnet werden, weil alle jene Züge, welche durch Direktionsorgane begleitet werden, fahrplanmäßig ohne Verspätung verkehren und die Verspätungen erst dann einzutreten pflegen, wenn sich keine kontrollierenden Organe beim Zug befinden.

Aus diesen Tatsachen ist zu ersehen, daß den Verschubarbeiten der Güterzüge in den Zwischenstationen nicht jene Wichtigkeit beigemessen wird, welche zur Erhaltung des fahrplanmäßigen Zugverkehrs unter allen Umständen erforderlich erscheint.

Die Herren Dienstvorstände der k. k. Seilhausleitungen, der k. k. Bahnbetriebe und Bahnhofsämter werden daher strikte angewiesen, das gesamte unterstehende, beim Verschubdienst beschäftigte Personal nicht nur über die praktische Anwendung der Vorschrift über den Verschubdienst eingehend zu belehren, sondern auch diesen Dienst zu über-

nehmen und dem Personal bei jeder sich darbietenden Gelegenheit belehrend an die Hand zu gehen.

Schließlich haben die Herren Dienstvorstände der k. k. Bahnbetriebs- und Bahnhofsämter vorzuführen, daß die für die rasche Abwicklung des Verschubdienstes notwendige Anzahl Bremschuhe, Bremsknüttel und Unterlagskeile stets auf den hierzu bestimmten Plätzen vorrätig gehalten werden.

Wien, am 11. Dezember 1913.

Z. 52.425/L

Der k. k. Direktor:
Stoda m. p.

Aus diesem Dienstbefehl ist klar zu ersehen, welcher Geist nun in dieser Direktion zur Herrschaft gelangt ist. Alle Sachkenntnisse sind zerstoßen vor der politischen Spekulation, der es einzig darauf ankommt, durch brutale Maßnahmen unter allen Umständen aus den geplagtesten Bediensteten Ersparnisse herauszuschinden. Es ist das Regime Fortier, das sich hier vollständig entkleidet allen Bediensteten zeigt, das hier von dem „toten Buchstaben der Instruktionen“ ebenso skrupellos spricht, wie es anderwärts die geheiligten Rechte des Personals auf einen „toten Buchstaben der Dienstpragmatik“ herabreduziert, vergewaltigt und aus der Welt zu schaffen sich anschickt!

Nun steht es ja einerseits sogar gerichtssordnungsmäßig fest, daß die Befolgung der Vorschriften nur ein Mittel zum Verkehrshemmnis wird, daß sich aber die Bediensteten in einer von Mann zu Mann künstlerisch entfalteten und todesverachtenden Praxis mit ganzer Kraft einsetzen, den Geist der Instruktion in lebensfähige Beziehung zum Verkehre zu bringen. Wenn dies aber andererseits von den „maßgebenden Faktoren“, also von den in der Direktion befindlichen höheren Vorgesetzten, nicht anerkannt und bei allen möglichen und unmöglichen Momenten der nichterfüllte tote Buchstabe der Vorschriften zum Strafausmaß genommen wird, die Bediensteten nicht nur finanziell zu schädigen, sondern sie auch noch dienstlich zu drangsalieren, so ist es nicht zu verwundern, wenn sich die Bediensteten einmal entschließen, zu erweisen, daß sie auch vorchriftsmäßig arbeiten können!

Hier handelt es sich um mehr als um die Frage des Könnens: es handelt sich auch um den Charakter, der bei Eisenbahnern eine gewisse Festigkeit zum Ausdruck bringen soll. Wenn der Direktor der k. k. St. E. G. zu den Bediensteten einmal so und in einer Stunde darauf wieder anders spricht, wenn er in der ersten Stunde das oder jenes verspricht und in der nächsten das gerade Gegenteil davon anordnet und, ungeachtet schwerwiegender Folgen, auch durchführt, so erblicken darin die Bediensteten der St. E. G. eine vollständige Verwirrung der Verhältnisse, in welchen sie zu bestehen nicht imstande sind. Und sie erkennen, daß sie den Folgen von Drangsalierung und Strafe nur dann ausweichen können, wenn sie allen Vorschriften Genüge leisten!

Es muß daher hier öffentlich gesagt werden, daß es nicht wahr ist, daß sie gegen die bestehenden Vorschriften handeln. Es muß ferner festgestellt werden, daß die Ueberwachung des Verschubdienstes absolut keine mangelhafte ist. Die Wahrheit ist vielmehr, daß die Direktion die Zugspartien mit neuen und daher unge-schulten Leuten komplettiert, daß jede Zugspartie mindestens einen neuen Mann aufweist, der mit einem von der Direktion ausgestellten Zettel ausgestattet ist, laut welchem derselbe zu keiner Arbeit anzuhalten ist und der, weil er eben ein Neuling ist, tatsächlich zu keiner Arbeit angehalten werden kann. Aber die Parteien, die aus fünf tüchtigen, geschulten Männern bestehen soll, besteht demnach nur in der Wirklichkeit aus vier, und als ein Schwindel muß es gekennzeichnet werden, wenn der fünfte Mann, der ein Neuling ist, im Stundenlohn ebenso zur Deckung der Bremsprozent figurieren muß, als ob er schon ein tüchtiger Zugbegleiter wäre, der die Streckenverhältnisse kennt und weiß, wo, wann und wie er bremsen soll.

In diesem famosen Dienstbefehl wird weiter den Dienststellen auch zum Vorwurf gemacht, daß zur Durchführung der Verschubarbeiten die nötigen Hilfsmittel, wie Bremschuhe, Bremsknüttel und Unterlagskeile, nicht in-stand gehalten worden seien. Demgegenüber muß hier betont werden, daß die Dienststellen unzählige Male diese Hilfsmittel von der Direktion schriftlich in dringender Weise angefordert wurden, daß diese aber von der Direktion niemals geliefert worden sind. Daß nun die wenigen Hilfsmittel durch den fortwährenden Gebrauch tatsächlich sich bereits in einem beschädigten Zustand befinden müssen, ist selbstverständlich und gereicht die Erkenntnis dieses Umstandes nur der Direktion selbst zur Schande, weil sie es weiß und trotzdem keine Abhilfe traf.

Endlich ist es auch vollkommen unrichtig, daß Züge, welche von Kontrollorganen begleitet waren, keine Verspätung aufweisen; derart können die Kontrollorgane an die Direktion nicht berichtet haben, sonst müßten wir die Daten Zug um Zug feststellen. Uebrigens hat die Direktion die betreffenden Nachweise selbst in den Stundenbüchern.

Schon aus dieser Darlegung ergibt sich, daß der oben wortgetreu wiedergegebene Dienstbefehl 277 den Tatsachen vollständig widerspricht, daß die in demselben veruchten „Feststellungen“ vollständig auf Un-wahrheit beruhen. Mit ihm hat sich die Direktion nicht nur eine Blöße hinsichtlich der Sachkenntnisse selbst gegeben, sondern durch die zum Ausdruck gebrachte Lüge gegen das Personal, das sich dagegen mannhaft wehrt, auch eine Blamage zugezogen. Aber nicht nur dem Verfasser, auch dem Unterzeichner des Dienstbefehls ist es zu danken, daß ein Ausgleich nicht mehr wahrscheinlich, daß im Gegenteil eine Verschärfung durch Ausdehnung der vorchriftsmäßigen Arbeit zu erwarten ist.

Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Inland.

Die Kosten für den Militarismus.

Die Verhandlungen in den Delegationen.

Die Delegationen haben dieser Tage ihre Arbeiten beendet. Nachdem sie die übliche Thronrede des Kaisers angehört hatten und nachdem ihnen Graf Berchtold als „Exposé“ eine Aufzählung der Ereignisse des Balkan-krieges vorgelesen hatte, wurde ihnen der gemeinsame Voranschlag vorgelegt, der in Worten und Ziffern eine traurige Vergangenheit, eine traurige Zukunft mehr zu verhüllen als zu enthüllen sich bestrahlte. Die Verschleierung der Wahrheit ist in den Budgets der gemeinsamen Regierung zu einer wirklichen Kunst gebracht: da gibt es einen ordentlichen und einen außerordentlichen Voranschlag, richtiger zwei außerordentliche Erfordernisse, fünf außerordentliche Kredite, zwei Nachtragskredite, ein „Additionalerfordernis“, außerordentliche Aufwendungen, Rüstungskosten u. s. w. Von allen den Außerordentlichkeiten und Nachträgen wird einem so dumm, als ginge einem ein Mühlrad im Kopf herum. Diesmal wird der Bierwarr noch dadurch vergrößert, daß das Budgetjahr fortan seinen Anfang nicht mehr am 1. Jänner, sondern am 1. Juli nehmen soll — wie es nach ausländischen Muster auch im österreichischen Budget sein wird — daß also, um den Uebergang zu ermöglichen, diesmal bloß ein Budget für ein halbes Jahr vorgelegt wird. Natürlich sind die Ausgaben in den beiden Jahreshälften nicht gleich und so ist eine Vergleichung des vorliegenden Budgets mit früheren schon von vornherein ausge-schlossen.

Zimmerhin ergibt schon die einfachste Neben-einanderstellung, daß die Ziffern für die militärischen Anordnungen in erschreckender Weise in die Höhe geschneit sind. Während im vorigen Jahr die Ausgaben aller drei gemeinsamen Minister mit 598 Millionen Kronen veranschlagt waren, werden jetzt für das Kriegs-ministerium allein für das halbe Jahr 767 Millionen verlangt.

Betrachten wir diese Ziffern nun etwas genauer: Das ordentliche Erfordernis des Heeres beträgt 234 Millionen Kronen, mit den „außerordentlichen“, dem „Ergänzungs-“ und einem „Nachtrags“erfordernis 241.7 Millionen, wozu noch Erfordernisse für die Truppen in Bosnien im Betrag von 8.7 Millionen, ferner verschiedene Kredite für „Ausgestaltung des Heeres“ und „für die Artillerie und für Kriegsmaterial“ und dergleichen im Betrag von zusammen 65 Millionen kommen. Diese Auslagen für das Heer machen also zusammen 315 Millionen aus; für die Flotte werden verlangt: als ordentliches Erfordernis 37.8 Millionen, außerdem ein außerordentlicher Kredit für den Ausbau der Flotte von 47.5 und noch ein außerordentlicher Kredit zur Beschaffung besonderer Marineerfordernisse von 7.7 Millionen; zusammen also für Heer und Flotte 408 Millionen Kronen, das ist um 140 Millionen mehr als die Hälfte des Gesamterfordernisses für das Jahr 1913.

Aber selbst damit kennt man noch nicht die volle Wahrheit. Denn alles, was bis jetzt unter den verschiedensten Titeln angeführt wurde, sind nur die ordentlichen Ausgaben. Zu ihnen kommen aber jetzt erst die Mobilisierungskosten, die sich aus folgenden Posten zusammenziehen: 316,678,000 Kr. als außerordentlicher Rüstungskredit des Heeres, 800,000 Kr. für die auf österreichisches Gebiet geflohenen türkischen Soldaten, ferner 40,443,860 Kr. als außerordentlicher Rüstungskredit der Marine und schließlich noch 3,390,000 Kr. Nachtragskredit des Ministeriums des Auswärtigen, so daß die Balkan-politik Berchtolds 361 Millionen Kronen gekostet hat.

Auch damit ist die Bilanz der Berchtold'schen Politik noch nicht erschöpft. Wenige Tage vor dem Zusammentritt der Delegationen wurde in beiden Parlamenten eine Vor-lage über den Bau von Eisenbahnen in Bosnien und der Herzegowina eingebracht, deren Kosten mit 270 Millionen Kronen beziffert sind, von denen Oesterreich-Ungarn etwa zwei Drittel, den Rest Bosnien aufbringen sollen; diese Bahnen werden ausdrücklich als strategische Bahnen, ihr Bau als dringlich bezeichnet, so daß der Zusammenhang mit den Ereignissen des letzten Jahres offenkundig ist. Wer aber glauben wollte, daß der Moloch damit gesättigt ist, würde sich sehr täuschen. Die Kriegsverwaltung hat schon vor Wochen angekündigt, daß sie eine Erhöhung des Rekrutenkontingents, das erst im vorigen Jahr um 50,000 Mann erhöht wurde, um weitere 40,000 wünsche, so daß Oesterreich dann innerhalb zweier Jahre seine Rekrutenzahl beinahe verdoppelt haben wird. Die Vorlage ist schon ausgearbeitet und wird im Frühjahr den Parlamenten unterbreitet werden. Die Kosten werden mit 150 Millionen Kronen berechnet. Dazu kommen die Kosten der vier Ueberdreadnoughts, die jetzt an die Reihe kommen, und schließlich soll auch die Um-bildung der Artillerie schon fällig sein.

Rechnet man alles das zusammen, so kommt eine runde Milliarde heraus, die Berchtold'sche Politik kostet. Und als einziges Aktivum in dieser Rechnung erscheint — die Gründung Albanien! Die ist aber mit der Arbeitslosigkeit und dem Hunger von Zehntausenden österreichischer Arbeiter, mit der Berrüttung des ganzen Wirtschaftslebens wahrlich zu teuer bezahlt. Wobei auch diese Ergründung der Diplomatie nur auf dem Papier leuchtet, denn daß aus diesem Chaos einander bekriegender wilder Stämme ein Staat wird, werden unsere Enkel noch nicht erleben, wohl aber werden sie noch an den Folgen der wahnsinnigen österreichischen Politik des letzten Jahres zu tragen und zu zahlen haben.

Ein volksfreundlicher Beschluß aus Vesehen.

Im Parlament ist vor einigen Tagen ein Antrag des Abgeordneten Winarsky, das steuerfreie Existenz-minimum von 1200 Kr. auf 1600 Kr. hinaufzusetzen, mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden. Gegen den Antrag hatten wie immer die Christlichsozialen und die Nationalverbändler gestimmt, und nur die deutschgelbe Dreimännerpartei stimmte dafür. Da jetzt aber die Regierung erklärte, sie könne diesen Beschluß nicht zur Sanktion unterbreiten, sind die Herren

samt und besonders nicht wenig erschrocken, daß ihnen dieser Beschluß aus Versehen durchgerutscht ist. Am liebsten führen sich bei der Gelegenheit die Deutschgelben auf. Ihre drei Nationalverbandsanhänger haben von ihren Befehlshabern die Erlaubnis gefriert, in diesem Falle vollständig zu sein und für den Antrag Binarsky zu stimmen. Die deutschgelben Schriftleiter haben aber von dieser Erlaubnis nichts gewußt und sie schreiben wader gegen den Beschluß, der mit den Stimmen ihrer Dreimännervertretung gefaßt wurde. Zu dem Parlamentsbericht der Gablonzer „Volkswehr“ heißt es über die Abstimmung unter anderem:

In der Abstimmung des Abgeordnetenhauses, welche den Ruthenen bekanntlich mühsam abgerungen wurde, um die Abstimmung über die Personalsteuervorlage durchzuführen, hat sich ein Zwischenfall ereignet, der das ganze Gesetz und damit den Finanzplan neuerlich in Frage stellt. . . . Die Annahme dieses scheinbar sehr volkfreundlichen Antrages wurde von der sehr reichen Opposition mit lautem Beifall und Handclatschen begrüßt, während die Arbeitsparteien den Siegern zuriefen: Die wahren Beamten- und Lehrcründe sind wir! . . . Die Regierung hat bereits im Ausschuss erklärt, daß eine Erhöhung des steuerfreien Mindestbetrags auf 1600 Kr. im Erträgnis der neuen Personaleinkommensteuer einen Ausfall von fünf Millionen Kronen mit sich bringen müßte, was für die Regierung unannehmbar sei. Auch nach der heutigen Abstimmung im Plenum beharrt sie auf ihrem Standpunkt. . . . Ein Mitglied der Regierung erklärte ihrem Korrespondenten, daß die Annahme des Antrages Stübbsmann (richtig: Binarsky, D. Red.) eine für die Regierung unannehmbar Situation schaffe, und daß die Aktivierung der Dienstpragmatik in diesem Jahr unmöglich sei, da die Regierung unbedingt darauf bestehen müsse, daß das Herrenhaus das Gesetz in geänderter Form an das Abgeordnetenhause wieder zurücksende. Verharrt die Regierung auf diesem Standpunkt, dann ist tatsächlich wieder einmal wie so oft das Bessere der Feind des Guten gewesen.

Die „Volkswehr“, die das Organ einer Arbeiterpartei sein will, erblickt also in dem eifrigen Durchdringen einer volkfreundlichen Steuerreform nur einen — Zwischenfall. Sie bezeichnet den Antrag, für den ihre Abgeordneten gestimmt haben, als „scheinbar volkstämmlich“ und wenn sie schreibt, daß die „Arbeitsparteien“ gegen den Antrag gestimmt haben, so richtet sich hier die beliebte Schriftleitermanier, die Opposition als nicht arbeitend hinzustellen, einmal gegen die Deutschgelben selbst.

Noch schärfer als das Fahrner-Blatt seinen Fahrner blamiert das Blatt des Anrich, die Durer „Deutsche Volksstimme“, seinen Anrich. Es schreibt:

Die Vorlage wird deshalb jedenfalls vom Herrenhaus an das Abgeordnetenhause zurückgelangen, wenn es nicht, was zu wünschen ist, den Arbeitsparteien gelingt, noch in dritter Lesung die Schwierigkeiten zu beseitigen und die Erhöhung rückgängig zu machen. Die Beamtenfreundschaft der Sozi erscheint jedenfalls im schönsten Licht!

Man kann neugierig sein, wie sich die deutschgelben Demagogen aus diesem Konflikt mit ihren Leibblättern herausziehen werden. Das wird Purzelbäume geben!

Die christlichen Arbeitervereine ausschließlich im Dienste der Unternehmer.

Der bekannte Wind trägt dem „Arbeiterwille“ ein Schriftstück zu, das unwiderleglich erweist, welche Aufgabe den christlichen Arbeitervereinen zufällt. Das Schreiben lautet:

Christlicher Arbeiterbildungsverein „Einigkeit“, Zentrale St. Pölten, Ortsgruppe Annaberg.

Hochgeehrter Herr

Der Arbeiter August Pilzwieser, welcher in Ihrer Oekonomie in Göding bedienstet war, wurde am 22. November l. J. von Ihrem Dienste entlassen. Die Pilzwieser angibt, hat sich derselbe in seiner Arbeit nichts zuschulden kommen lassen, sondern ist der Grund seiner Entlassung infolge seiner agitatorischen Tätigkeit für den christlichen Arbeiterverein darin zu suchen!

Da jedoch diese Organisation als Gegengewicht der herrschenden sozialdemokratischen Strömung zu betrachten ist und diese nur für die Interessen des Arbeitgebers arbeitet, daher die von sozialdemokratischer Seite unzureichendsten Lohnansprüche und Teuerungszuschüsse einzuschranken anstrebt, so ersucht der gefertigte christliche Arbeiterverein. Euer Hochwohlgeboren höflichst mit der Bitte um Wiederaufnahme des Arbeiters August Pilzwieser in Ihre Dienste und seine frühere Stellung.

Ferner sei noch aufmerksam zu machen, daß diese christlichen Arbeiter monatlich ihre Vereinsversammlungen im Gasthaus Obergöding abhalten, was auch für den dortigen Pächter von großem Vorteil ist. In der Hoffnung, Euer Hochwohlgeboren werden unsere Bitte für unser Mitglie Pilzwieser nicht unberücksichtigt vorübergehen lassen, bitte ergebenst der christliche Arbeiterbildungsverein „Einigkeit“, Annaberg, Niederösterreich.

Annaberg, 2. Dezember 1913.

Johann Tesar, Schriftführer; Anton Hochmuth, Obmann; Peter Pfasser, Kassier; Dr. Lambert Studeny, Präses.

So drastisch wird wohl selten der eigentliche Charakter der christlichen Arbeitervereine dargelegt worden sein. Die christlichen Arbeitervereine „arbeiten“ nur für die Interessen der Arbeitgeber“, bekennt der christliche Arbeiterverein, Annaberg. Diese Selbsteinschätzung als unbedingte Trabanten des Unternehmers verdient in den weitesten Arbeiterkreisen bekannt zu werden.

Eine hübsche Charakterisierung der deutschbürgerlichen Abgeordneten finden wir in der deutschnationalen „Reichenberger Zeitung“. In einem Leitartikel, in dem sie über die Ablehnung der Einberufung des Zweiteilungsausschusses durch die deutschböhmisches Reichsratsabgeordneten spricht, sagt sie von den deutschbürgerlichen Abgeordneten: „Sie wußten bisher niemals, was sie wollten, wann immer eine für unser Volk entscheidende Stunde schlug; warum sollte deshalb jetzt diesmal auch nur ein Finger gerührt werden, um etwa Vorzüge zu treffen, daß sie durch die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht

abermals überrascht werden!“ . . . Sie wollen allein sein, die Herren, allein mit sich selbst und mit ihrer erleuchteten Weisheit und politischen Unfehlbarkeit, die sie — wie sie glauben — mit dem Mandat empfangen haben. Nach der Wahl brauchen sie „das Volk“ nicht mehr: das Volk hat zu schweigen und ruhig Steuern zu zahlen, die die Herren ihm aufbürden. Nur liegt die Gefahr nahe, daß sie dabei doch einen nicht unwesentlichen Rechenfehler übersehen. Denn gerade während der letzten Ausgleichsverhandlungen hatte unter Volk Gelegenheit, die Unfähigkeit seiner Vertreter zu bewundern. Damals haben es die Herren bewiesen, daß der Wahltag, der ihnen wohl das Mandat gab, für sie alles weniger war denn ein Pfingsttag. Ständen sie nicht unter so unheilvollem Einfluß, schon die Erinnerung an jene Tage müßte ihnen Anlaß sein, den Zweiteilungsausschuss einzuberufen. . . .“ Es wird schon so richtig sein!

Lokomotiv- und Wagenbestellung der österreichischen Staatsbahnen. Im Rahmen des für die Beschaffung von Fahrzeugen im ersten Halbjahr 1914 präliminierten Betrages von 19 Millionen Kronen beabsichtigt das Eisenbahnministerium die Anschaffung von 94 Lokomotiven, 82 Tendern, 242 Personen-, 68 Dienst- und 354 Güterwagen. Bei der Auswahl der Lokomotiven wird in erster Linie auf die Beschaffung großer, leistungsfähiger Schnellzugs- und Güterzuglokomotiven neuester Type Rücksicht genommen werden, um eine ökonomische Ausnutzung des Fahrzeuges zu erzielen und hierdurch trotz der steigenden Personalauslagen und Materialpreise die Aufrechterhaltung der dormaligen Kosten für die Beförderungseinheit zu ermöglichen. Die neu zu beschaffenden Personenwagen werden insbesondere zur Ergänzung des Bestandes an vierachsigen Schnellzugswagen und zur Vermeidung der Wagen dritter Klasse bestimmt sein. Bei der Anschaffung der Güterwagen wird zunächst auf jene Wagengattungen Bedacht genommen werden, bei deren Bestellung sich im Vorjahr eine häufigere Unterdeckung gegenüber den Ansprüchen der Verfrachter ergeben hat.

Der Lohnkampf der Buchdrucker. Die Buchdrucker stehen zurzeit in einem ersten Lohnkampf, da die Unternehmer sich weigern, neue Tarifbedingungen — die alten laufen Ende dieses Jahres ab — zu akzeptieren. Die Unternehmer haben sich unter die Führung einiger vom tiefsten Arbeiterhaß geleiteten Scharfmacher begeben und tun alles, um den Konflikt bis aufs äußerste zuzuspitzen. Während verschiedene Betriebe die neuen Tarifforderungen anerkannt, ist die Mehrzahl der Unternehmer dem Diktat der Scharfmacher gefolgt und hat die Aussperrung der Gehilfenschaft beschlossen. Auf diesen provokierenden Vorstoß der Unternehmerorganisation sah sich natürlich die Gehilfenschaft gezwungen, mit einer energischen Abwehraktion zu antworten, und sie beschloß, mit einer allgemeinen Kündigung vorzugehen, die am Samstag den 13. d. M. in allen Betrieben erfolgte, welche die Forderungen nicht anerkannt haben. Die Kündigungsdauer ist eine 14tägige, so daß, wenn nicht bis dahin eine entscheidende Wendung eintritt, der allgemeine Ausstand der Gehilfenschaft am 27. Dezember perfekt ist. Mit welchem Terror die Unternehmer bereits jetzt arbeiten, beweist die Tatsache, daß jene Versammlung der Prinzipale, die den Beschluß faßte, mit der allgemeinen Aussperrung vorzugehen, zugleich auch den Beschluß faßte, alle jene Offizinen, die den Gehilfentarif anerkannt, auszumieten sowie auch sie durch Preisunterbietungen wirtschaftlich zu ruinieren. Eine derartige Expreiserpolitik, hinter der, wenn sie von den Arbeitergewerkschaften geübt würde, sofort der Staatsanwalt steht, darf sich natürlich die Unternehmerschaft straflos erlauben! In Prag, Brünn und anderen Provinzorten konnten bereits viele Zeitungen nicht erscheinen, andere wieder erscheinen verspätet und in bedeutend verringertem Umfang. Auch die Solidarität der Unternehmer wird bereits jetzt in einem Schreiben dokumentiert, das der Bund österreichischer Unternehmer an seine Mitglieder versendet, in dem aufgefordert wird, „Rücksicht zu nehmen, wenn Druckaufträge nicht zur bedingten Zeit geliefert werden können, ebenso wenn die Ausstattung technisch mangelhaft ist“. Besonders aber werden die Mitglieder gebeten, „keine Druckaufträge an sozialdemokratische Betriebe oder an solche, die die Forderungen der Gehilfen demüßigen, zu vergeben“. Für die übrige Arbeiterschaft wird es jedenfalls ein Ansporn sein, den Buchdruckern in ihrem Kampf beizustehen, um so eine Kraftprobe der Unternehmer, auf die die Scharfmachertreibereien schließen lassen, mit Erfolg abzuwehren!

Ausland.

Deutsches Reich.

Strafmaßnahmen im preussischen Eisenbahnbetrieb. Da der preussische Staat in seiner Herrlichkeit nur zu existieren vermag, wenn die Untertanen und namentlich die Beamten und Staatsarbeiter von der richtigen Subordination beseelt, hat das preussische Eisenbahnministerium eine Verfügung erlassen, die das Strammstehen vor Hofzügen nach den Befehlen preussischer Manneszucht regelt. In der Verfügung heißt es:

Die Bahnwärter, Schrankenwärter und Hilfswärter, sofern letztere Dienstmühe tragen, haben bei der Vorbeifahrt kaiserlicher Sonderzüge mit der Front nach letzteren eine Stellung einzunehmen wie bei dem militärischen Kommando „Stillgestanden“. Bei Tag ist im rechten Arm die Fahne mit Ueberzug zu tragen. Ein Grüßen mit der Hand an der Kopfbedeckung findet nicht statt. Werden bei diesen Reisen zur Verstärkung der Bewachung Hilfsbedienstete oder Arbeiter ohne Dienstmühe eingestellt, so haben diese bei Vorbeifahrt des Zuges ebenfalls die Kommandostellung „Stillgestanden“ einzunehmen und während der Dunkelheit die brennende Laterne, bei Tag die abgenommene Kopfbedeckung in der rechten Hand zu halten. Die Weichensteller auf den Bahnhöfen, sowohl diejenigen, die im Freien stehen, als auch die in den Stellwerken, haben sich ebenso wie die Bahnwärter zu verhalten.

Eine eßt preussische Verfügung. Leider ist in ihr vergessen worden anzugeben, was nun so ein Strammstehender

zu tun hat, wenn etwa ein Amentäterich während der Vorbeifahrt eines Hofzuges seinen Gruß in einer Form entbieten will, die der königlichen Kutschpartie ein vorzeitiges Ende setzen würde. Darf da der Mann mit den Händen an den Hosennähten in Verziehung der dienlichen Verfügung den Amentäterich pöden oder geht die Subordination über alles?

Die Verfügung hat aber noch eine sehr schlimme Seite. Sie bestimmt, daß zum Beispiel die Weichensteller, auch die in den Stellwerken, für die Zeit der Vorbeifahrt eines Hofzuges gewissermaßen ihren Dienst außer Augen lassen müssen. Sie sollen stramm stehen, mit der Front nach dem Hofzug, wie wir wohl nicht mit Unrecht annehmen dürfen. Dann aber können sie unmöglich ihr Augenmerk auf die Apparate in dem Stellwert richten, auf die Signale, die Weichen- und Fahrsignale, die Telegraphen u. s. w. Und bei der Kompliziertheit des Eisenbahnsignalwesens und des Eisenbahndienstes, die die unausgesetzte Beobachtung und Aufmerksamkeit aller Angestellten erfordert, ist eine solche eisenbahnamtlich verfügte Außerachtlassung des Betriebes eine Gefahr, die gar nicht stark genug betont werden kann. Da sich in letzter Zeit mehrfach die Eisenbahnunfälle in fast unheimlicher Weise gesteigert haben, hätten die verantwortlichen Stellen dringend Veranlassung, statt solche Verfügungen herauszugeben, für die Sicherheit auf den Eisenbahnen zu sorgen.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin. Mehr als 80.000 Arbeitslose befanden sich nach einer Zählung der Berliner Gewerkschaftskommission Mitte November in Groß-Berlin. Viele von ihnen waren zwei, drei Monate, ja ein halbes Jahr hindurch bereits ohne Beschäftigung. Inzwischen haben sich die Scharen der Arbeitsuchenden noch vermehrt. Dazu bricht der Winter an, der erfahrungsgemäß dem Unternehmern weitere Arbeiter entbehrlieh macht; im Jänner ist stets der Andrang bei den Arbeitsnachweisstellen am größten. Aber diese 80.000 bis 85.000 Menschen sind es nicht allein, die unter ihrem erzwungenen Nichtstun leiden. Ihre Angehörigen fühlen die Not nicht minder stark. Nimmt man an, daß nur 50.000 von den Arbeitsuchenden noch für drei weitere Familienmitglieder, Frau und Kinder, zu sorgen haben, so wächst die Zahl der unschuldig unter ungewollter Arbeitslosigkeit Leidenden auf 230.000 Personen an. In der Stadt des Luxus und des Überflusses haben eine Viertelmillion Menschen nicht ein Stück Brot und Fleisch, um ihren Hunger zu stillen, nicht ein Scheit Holz, um ihr Zimmer zu wärmen. Schon der beschäftigte Arbeiter vermag oft kaum mit seinem fargen Lohn die notwendigen Lebensbedürfnisse seiner Familie zu befriedigen. Seine Frau muß durch Heimarbeit oder Fabrikron mithelfen, um die zunehmende Teuerung aller Existenzmittel für den eigenen Unterhalt einigermaßen auszugleichen. Aber wie viele Hunderte oder Tausende Fälle mögen sich unter den 83.000 Arbeitslosen finden, wo Vater und Mutter feiern müssen, weil der Kapitalismus es will.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Betrügereien eines deutschgelben Eisenbahners.

Wir haben seinerzeit über die betrügerischen Manipulationen berichtet, die sich der Magazinaufseher und Hauptbedienter der Buchsieder Eisenbahn, Snaetel in Weipert, zuschulden kommen ließ. Der edle Herr Snaetel ist zwar ein Tscheche, was ihn aber nicht hinderte, ein führender Mann des deutschgelben Reichsbundes in Weipert zu sein. Nebenbei hat er seit gestoben. Am Freitag stand er vor dem Schwurgericht Prüt. Die Anklage lautete auf Fälschung öffentlicher Urkunden und auf Betrug, begangen durch Unterschlagung von Zollgebühren im Gesamtbetrage von 7226 Kr., die er teils zum Schaden der Buchsieder Eisenbahn, teils zum Schaden des Zollarsars verübt hat. Ueber die Art, wie Snaetel die Betrügereien ausübte, führte die Anklage das folgende aus: Snaetel benützte die Einrichtung, daß die Buchsieder Eisenbahn bei dem Zollamt in Weipert die auf den Frachtsendungen lastenden Zollgebühren auf Grund eines summarischen Ausweises allmonatlich im nachhinein bezahlt, dazu, um sich bei dem Weipert Stationamt mit der lügenhaften Angabe, daß bei gewissen Sendungen der Zoll sofort entrichtet werden müsse, unter Vorlage gefälschter Zolliquitungen die entfallenden Beträge angeblich zur sofortigen Abfuhr an das Zollamt ausfolgen zu lassen. Diese Beträge, welche für die Zeit vom Mai 1912 bis Juli 1913 eine Gesamtsumme von 2020 Kr. ausmachten, verwendete Snaetel für sich. Snaetel verhielte seine Unterschlagungen dadurch, daß er am Ende des Monats eine aus dem Ausland kommende zollfreie Ware als verzollbar behandelte und in den Büchern sowie im Register mit einer Gebühr in der Höhe der von ihm der Bahnkasse entlasteten Beträge belastete. Dieses als zollpflichtig behandelte, zollfreie Gut hielt er samt den Papieren in Weipert zurück, schickte den Parteien gegenüber Zollformalitäten vor und übermittelte schließlich dem Adressaten, ohne daß dieser reklamieren hätte, den zu Unrecht als Zoll nachzunehmenden Betrag, mit welchem der Empfänger die inzwischen abgefandene Ware auslösen konnte. Das Geld hierfür verschaffte sich Snaetel durch ein anderes betrügerisches Verfahren, indem er Glückaufsendungen nach Vornahme einer, ohne Wissen des Zollamtes durch Fälschung der Zollurkunden vorgenommenen Scheinvervollung mit Umgehung der Zollbeschriften aus dem Magazin hinweg brachte. Die Zollgebühren ließ er sich an der Bahnkasse bar entrichten, indem er fälschlich vorgab, daß sofort bezahlt werden müsse, führte diese Gelder nicht ab und die Zollbehörde erhielt von dem auf diese Weise zugunsten von Snaetels eigener Tasche verzollten Sendungen überhaupt keine Kenntnis. Auf diese Weise gelang es Snaetel, in der Zeit vom Juli 1912 bis Juli 1913 der Buchsieder Bahn 4866 Kr. zu entlasten, von welchem Betrag seitens der Bahnverwaltung 2662 Kr. dem Zollarsar erstet werden mußten, weil der Schaden durch das Verschulden eines Bediensteten entstanden war. Mit dem Rest erscheint das Zollarsar geschädigt. Endlich hat der raffinierte Gauner eine aus Annaberg zur Verzoellung in Tries angewiesene Sendung auch in Weipert zum Schein verzollt und die Gebühr von 241 Kr. eingestrichen.

Für den angerichteten Schaden hat der Angeklagte bereits teilweisen Ersatz in der Höhe von 2020 Kr. geleistet. Als Grund seiner betrügerischen Handlungen gab er an, in schlechte Gesellschaft geraten zu sein und mit dieser das Geld durchgebracht zu haben (!!). Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer schweren Kerkerstrafe in der Dauer von sieben Monaten, von welcher mehr als die Hälfte in der Unterjuchungshaft abgebüßt erscheint. Die Geschworenen hatten in

ihrem Verdict eine Schadenssumme unter 2000 Kr. angenommen.

Eine Verleumdung aus Spas. Der in der Werkstätte des Heizhauses Würzschlag beschäftigte Schlosser Franz Woldran hatte am 9. Oktober d. J. mit dem Kesselschmied Josef Aigner bei der Arbeit eine Unterredung, in welcher er Aigner zum Beitritt in den „Deutschen Verein“ der Eisenbahnbediensteten auffordern wollte. Da Aigner sich ablehnend verhielt, bemerkte Woldran, daß man in den deutschnationalen Blättern nie etwas davon lese, wenn ein Sozialist mit der Klasse abfahre; wenn aber bei einer deutschen Organisation sich ähnliches ereigne, dann sehe es immer in den sozialistischen Blättern. Hierauf fragte er Aigner, was denn die Zeichen zu bedeuten hätten, welche die Lokomotivführer am Kopf tragen. Aigner erwiderte darauf, daß jenes Zeichen ein Vereinsabzeichen sei, wie das Flugrad seiner Organisation. Darauf erwiderte Woldran: „Das ist nicht wahr, sondern der Lokomotivführerverein hat es herausgegeben, damit er wieder Kronen bekommen kann, denn der Kassier dieses Vereines ist durchgebrannt!“

Da Aigner diese Äußerung interessiert, meldete er sie seinem Ortsgruppenobmann, Lokomotivführer Beer, welcher von dem Vorfalle dem Lokomotivführerverein Mitteilung machte.

Der Kassier dieses Vereines, Josef Kucera, erhob nun wegen dieses Vorfalles durch den Anwalt Dr. Leopold Raß die Ehrenbeleidigungssache, über welche die Hauptverhandlung am 4. Dezember stattfand.

Bei der Verhandlung verantwortete sich nun der Beschuldigte Woldran, daß er den Kesselschmied Aigner nur aufziehen wollte und daß es ihm nur um einen „Spas“ zu tun war. Er habe damals allerdings die Äußerung getan, daß im „Deutschen Eisenbahner“ etwas von Vorgängen bei der Lokomotivführerklasse geandert sei und daß aus diesem Anlaß die Abzeichen herausgegeben worden seien.

Der Bezirksrichter hielt dem Angeklagten vor, daß man auch aus Spas derartige Verdächtigungen nicht vorbringen darf.

Der Anwalt Dr. Raß erklärte, daß der Lokomotivführerverein gegenüber diesem Vorfalle einen strengen Standpunkt einnehmen müsse, denn in letzter Zeit haben viele Elemente, insbesondere Angehörige der deutschelben Organisation, auch den Lokomotivführerverein, der ein ganz unpolitischer Verein ist und nur die Förderung wirtschaftlicher und dienstlicher Interessen seiner Mitglieder verfolgt, zum Gegenstand einer verleumderischen Agitation gemacht. Dem müsse mit aller Strenge entgegengetreten werden.

Der Richter schritt sodann zur Zeugenvernehmung. Zeuge Josef Aigner sagte aus, daß Woldran damals bestimmt die Äußerung getan habe, der Lokomotivführerverein habe die Abzeichen nur herausgegeben, um Kronen zu bekommen, weil der Kassier mit der Kasse abgefahren ist.

Nach Vernehmung zweier weiterer Zeugen entschloß sich der Angeklagte zur Abgabe einer umfassenden Ehrenerklärung, in welcher er betonte, daß er für seine unüberlegte Äußerung nicht den geringsten Anhaltspunkt hatte und sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehe. Gleichzeitig hat er den Kassier Herrn Josef Kucera um Entschuldigung und Verpöchtigung auch seine Erklärung im „Lokomotivführer“ und „Eisenbahner“ auf seine Kosten veröffentlichen zu lassen.

Anschließend dieser Erklärung trat der Anwalt von der Anklage zurück, demzufolge der Bezirksrichter ein freisprechendes Erkenntnis fällte.

Witwenrente. (Schiedsgericht) Johann Zahn war als Torwächter beim Frachtenmagazin der Westbahn beschäftigt. Am 2. April 1912 verwehrte Zahn instruktionsgemäß nach 6 Uhr abends einem Scherfuhrerwerk die Einfahrt in das Magazin. Daraus wurde Zahn von dem Aufsicht des Scherfuhrerwerks und dem begleitenden Rader zu Boden geworfen, mit den Füßen getreten und mißhandelt. Zahn, der zur Zeit des Vorfalles 68 Jahre alt war, kränkelte seit dieser Zeit andauernd, vermochte seinen Dienst nicht mehr zu verrichten und starb am 31. Juni 1912 im Spital. Der Obduktionsbefund ergab eine schwere Blasenentzündung als Todesursache.

Das Begehren der Witwe Martha Zahn um Zuerkennung der gesetzlichen Witwenrente wurde von der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt abgewiesen. Gegen diese Entscheidung brachte Martha Zahn durch Doktor Leopold Christian Raß die Klage beim Schiedsgericht der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt ein.

Bei der am 5. November 1913 vor dem Schiedsgericht unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Cap durchgeführten Verhandlung wurde zunächst über Antrag des Klagevertreters ein Augenzeuge des Vorfalles, Franz Risch, vernommen, der bestätigte, gesehen zu haben, daß der Rutscher des Scherfuhrerwerks dem alten Mann einen Fußtritt gegen den Unterleib versetzte, worauf Zahn rücklings auf den gepflasterten Hof stürzte. Die als Zeugen vernommenen behandelnden Ärzte, der Bahnarzt Dr. Sachs und der Spitalarzt Dr. Kupperl, bestätigten, daß Zahn nach dem Vorfalle eine Blutgeschwulst am Rücken aufwies, und gaben Aufklärungen über den Verlauf der anschließenden Erkrankung. Die Sachverständigen Professor Dr. v. Stejskal und Professor Dr. Meuter führten dann in ihrem Gutachten aus, daß auf Grund des in der Verhandlung vorgeführten Materials es sehr wohl möglich sei, daß der schwere Stoß in den Leib und der Sturz nach rückwärts bei dem alten, schon kranken Mann eine Nierenoperation zum beschleunigten Ausbruch geführt haben, die dann zum raschen tödlichen Ende führte. Auf Grund dieses Sachverhaltes beantragte der Klagevertreter, der Klage stattzugeben, da der Unfall durch Zeugen erweislich und der Zusammenhang des Unfalles mit dem Tode durch die Sachverständigen glaubhaft gemacht worden sei.

Das Schiedsgericht verurteilte tatsächlich die besagte Anstalt, der Klägerin eine 20prozentige Witwenrente monatlicher Kr. 2145 sowie eine Nachzahlung von Kr. 34365 und die Prozeskosten zu bezahlen.

Rentenerhöhung. Anton Wela erlitt am 20. März 1912 in der Station Kerasovic der k. l. Staatsbahnen einen Unfall. Er war am genannten Tag mit dem Reintigen einer Grube, die unter der Drehscheibe lag, beschäftigt. Beim Verschieben rollten nun zwei Kohlenwagen auf die aus Brettern bestehende Decke der Grube, in welcher Wela arbeitete, so daß die morsche Decke entzwei brach und der Kohlenwagen sich mit seinen Rädern tief in die Grube hinein senkte. Wela erlitt zwar keine äußeren Verletzungen, doch war die schwere Lebensgefahr, in der er schwebte, von schwerer Einwirkung auf das Nervensystem, so daß er von diesem Tag an wegen schwerer nervöser Beschwerden, die sich mit Rücksicht auf sein hohes Alter doppelt fühlbar machten, feinerlei Dienst mehr leisten konnte.

Die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt hatte den Unfall anerkannt und Herrn Wela nach Einstellung des Heilverfahrens unter der Annahme von 20 Prozent Einbuße an Erwerbsfähigkeit eine 18prozentige Rente, monatlich Kr. 875, zuerkannt. Gegen diese Bemessung brachte Wela durch Dr. Anton Raß Klage beim Schiedsgericht ein.

Bei der am 16. Oktober 1913 vor dem Schiedsgericht durchgeführten Verhandlung, wies der Klagevertreter insbesondere darauf hin, daß Wela, der 70 Jahre alt sei, bis zum Tag des Unfalles trotz seines Alters andauernd Dienst gemacht habe und von diesem Tag an arbeitsunfähig wurde, was gewiß für die besondere Einwirkung des Unfalles auf den Kläger spreche. Auch der Sachverständige Professor Dr. Meuter räumte angesichts dieses Sachverhaltes ein, daß die Einwirkung des Unfalles auf den bejahrten Kläger eine doppelt fühlbare sei und schätzte die Einbuße mit 30 bis 33 Prozent.

Der Klagevertreter beantragte hierauf, dem Kläger eine Rente von 30 Prozent zuzusprechen. Das Schiedsgericht verurteilte hierauf die besagte Anstalt, dem Kläger eine 30prozentige Rente monatlicher Kr. 1457 sowie an Nachzahlung einen Betrag von Kr. 8402 und die Prozeskosten zu bezahlen.

Streiflichter.

Arbeiter, ernährt euch von Krautköpfen! Das „Deutsche Agrarblatt“ brachte kürzlich folgende Notiz:

Hundert Krautköpfe um eine Krone — ist das auch ein Zeichen der Teuerung? In der Umgebung von Peltau in Steiermark ist heuer infolge der wiederholten Regengüsse eine derartige Ueberproduktion an Krautköpfen eingetreten, daß sie zur Nachfrage in gar keinem Verhältnis stehen. Die Bauern bringen jeden Mittwoch und Freitag eine Unmenge Frühen von Krautköpfen, die trotz des niedrigen Preises wieder zurückkehren müssen, weil sie keinen Käufer finden. Hundert prächtige Krautköpfe bekommt man um eine Krone.

Da haben wir's! Da schreien die Sozialdemokraten immer über die Lebensmittelerzeugung und in Steiermark bringen die Bauern ihre Krautköpfe nicht an den Mann. Also hinweg mit der „Hrasede“ von der Lebensmittelerzeugung, laßt den steirischen Bauern ihre Krautköpfe ab und ihr seid die Nahrungsorgen los. Hoffentlich gibt es auch in Oesterreich bald einmal eine Ueberproduktion an Vieh, damit auch das Fleisch billiger wird, denn mit Krautköpfen allein dürfte uns kaum gehalten sein!

Vom Telegraphenkontrolldienst der k. l. privilegierten Südbahngesellschaft. Ueber den vor Jahresfrist von der Vaudirektion der Südbahn wieder übernommenen Dienstzweig wurde in den letzten Nummern des Organs des Südbahnerverbandes „Der Südbahner“ eine Artikelserie eröffnet, in welchem sich gewisse „Verkehrsleute“ in sehr durchsichtiger und weltfremder Art bemühen, über diese von fast allen nennenswerten Eisenbahnverkehrsanstalten des In- und Auslandes schon längst durchgeführte Vereinfachung möglichst abfällig zu urteilen.

Abgesehen von der Unfähigkeit jener Artikelschreiber, über diese rein technische Dienstabteilung ein Urteil überhaupt fällen zu können, muß dieses nur persönlichen Motiven entsprungene Vorgehen um so mehr zurückgewiesen werden, als die darin ins Treffen geführten Argumente teils den Tatsachen widersprechen und andererseits die Telegraphenmeister, als die einzigen Sachorgane, welche in dieser Sache ein wirklich maßgebendes Urteil abzugeben berechtigt wären, ungerechtfertigt angegriffen erscheinen.

Vor allem sei festgestellt, daß die in den letzteren Jahren auf allen Strecken und Stationen der Südbahn größtenteils durchgeführte Ausgestaltung, respektive Vermehrung der Sicherungsanlagen, Blockwerke, Streckentelephone und sonstigen der erhöhten Sicherheit des steigenden Zugverkehrs von der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen vorgeschriebenen technischen Einrichtungen nunmehr einer wirklich fachtechnischen, zielbewußten Leitung erfahrener Techniker, wozu zweifellos Ingenieure berufen sind, dringend bedurft, um auch mit dem bisher gekühten Dilletantentum im Telegraphen- und Telephonwesen zu brechen und endlich schon aus ökonomischen Rücksichten auf eine einheitliche Grundlage zu stellen.

Obgejagte Vermehrung von elektrischen Einrichtungen erforderte im gleichen Maße eine weitere Erhöhung der Anzahl jener stillen Stromquellen (Batterien), deren gewissenhafteste und wirklich ökonomische Instandhaltung nur durch geübtes, ständig damit handierendes Personal die notwendigste Bedingung für die einwandfreie Funktion auch der Telegraphen- und Signallinien sowie der Streckentelephone ist.

Die Einführung von Batteriepußern, welche teils dem für den Getriebedienst untauglich gewordenen, teils dem durch Kostenverminderung ersparten Wächterpersonal entnommen sind, bedeutet den ersten Erfolg der neuen Ära, welcher fast von allen Herren Stationsvorständen rückhaltlos anerkannt wurde, weil sie jetzt der Verantwortung für die früher viel häufigeren Störungen durch unsachgemäße Behandlung der Batterien enthoben sind.

Von einer Verdrossenheit der Telegraphenmeister von der Strecke kann jetzt (von unnötigen Differenzen in der Zentrale abgesehen) um so weniger die Rede sein, als die selben durch Zuteilung von längst benötigten ständigen Hilfskräften, den Batteriepußern, sowie durch ihre Zugehörigkeit zu den Bahnerhaltungsektionen, von deren Einvernehmen die rasche und zielbewußte Abwicklung größerer Arbeiten von jeher abhängig war, in der Ausübung ihres schwierigen Dienstes nur gewonnen haben.

Außerdem können sich die Ingenieure des Sicherungswesens mindestens ebenso sachlich in diesen eigenartigen Dienstzweig hineinfinden wie feinerzeit jene Organe, deren heutiges Sachwissen — nicht aber die untereinander grundverschiedenen Auffassungen und Anordnungen derselben — sie zu nicht geringem Teil den Telegraphenmeistern verdanken.

Eine von den Artikelschreibern angeragte, auch uns sehr willkommen unparteiische Kommission würde sich nicht nur von der Berechtigung des bisher Gesagten überzeugen, sondern auch der Direktion über diesen allgemein viel zu wenig gewürdigten Dienstzweig, dessen Verantwortung allein der damit betraute Telegraphenmeister trägt, ein für denselben nur anerkanntes Urteil abgeben.

Von der k. l. Nordbahn. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß den leitenden Herren bei der Nordbahn bereits jedes Verantwortlichkeitsgefühl abhanden gekommen ist. Der erste Grundsaß für eine sichere Verkehrsabwicklung ist die Expedition der Züge nach der Fahrordnung und die Einhaltung der Fahrzeiten. Führt ein

Zug schlecht, so können nockgebrungen die hinter ihm fahrenden Züge die vorgeschriebenen Fahrzeiten nicht mehr einhalten, die Verspätungen können vor den Vorrangzügen nicht erreicht werden, und das Ende vom Lied ist immer eine Verkehrsstörung. Es bedarf dann immer einer längeren Zugspause, um halbwegs wieder Ordnung in das Werkel zu bringen.

Nun sind wir auf der Nordbahn mit einem Herrn beglückt worden, der noch vor Torschlöß seine Unentbehrlichkeit zeigen will, indem er durch hohe Belastungen der Züge ohne Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs und des reisenden Publikums das letzte Tröpfchen Kraft aus dem Personal herauspressen will. Es wurde von seiten der Lokomotivführer des öfteren dagegen Protest erhoben; bei der Lokomotivführerkonferenz in Krems wurde sogar ein Protest an die berufene Hüterin der Sicherheit und Ordnung, an die Generalinspektion, beschloßen und abgesendet, aber leider ohne jeden Erfolg, ja es scheint sogar ein Anreiz zu sein, diesen einmal eingeschlagenen Weg noch weiter zu gehen. Daß man wirklich nicht früher aufhören will, mit den Belastungen ins Unmögliche zu gehen, bis nicht früher oder später Unheil angeht, zeigt ein Zirkular, mit welchem die Lokomotivführer der Heizhausleitung Mährisch-Odrau dieser Tage überlastet wurden. Mittels dieses Zirkulars werden die Lokomotivführer direkt zur Verletzung der Instruktion aufgefordert und — wie großmütig! — ihnen sogar Straflosigkeit zugesichert. Der Kuriosität halber wollen wir das Zirkular im Wortlaut hier wiedergeben:

Zirkular Nr. 163.

Mit der Lokomotive der Serie 170 müssen Sie bestrebt sein, möglichst lange die Maximalbelastung zu führen und wird als untere Temperaturgrenze, bei welcher diese Maximalbelastung geführt werden soll — 4 Grad Celsius angesetzt. (Bei sonst entsprechender Witterung.)

Sie können auch ohneweiters die von Ihnen geforderte Erklärung im Stundenpaß der Führung der Maximallast abgeben, denn Sie werden für eine sich hieraus ergebende Fahrzeitüberschreitung nicht belangt werden; selbstredend werden Sie bei schlechtem Fahren nicht Sitzzüge aufhalten, sondern in einer Vorfahrtstation warten.

Bezüglich der Strecke Oberberg-Odrau gilt für die Lokomotive der Serie 429 dasselbe bis zu einer Temperatur von 0 Grad Celsius. Für tiefere Temperaturen ist dann Vorspann für die Strecke Oberberg-Odrau zu verlangen.

..... am 20. November 1913.

Unterschrift: Schwarz.

Ein gewisses Schamgefühl scheint den Herren bei der Direktion doch noch nicht abhanden gekommen zu sein. Das ersieht man schon daraus, daß sie nicht selbst dazu auffordern und bei — 4 Grad Celsius nicht ihren bewährten Pöster zum Anschauungsunterricht auf die Strecke jendel, sondern ganz einfach durch die Heizhausleitung das Personal auffordern läßt, sich gegen die Tabelle 5 des Anhanges zu verhalten. Verantwortlich müssen wir, daß wir mit der Belastung einverstanden sind. Wir waren bisher immer der Meinung, daß wir mit der Bestätigung auch die Verantwortung für die anstandslose Beförderung des Zuges übernehmen, nun sehen wir, daß es auch ohne Bestätigung geht, natürlich wenn wir von unseren Vorgesetzten zur Instruktionswidrigkeit aufgefordert werden. Den Widerspruch daraus zu finden, überlassen wir gerne der Öffentlichkeit.

Es ist einer der größten Nachteile für die Sicherheit im Bahnverkehr, daß sich einzelne höhere Beamte nicht selbst als Bedienstete fühlen, sondern alles vom Herrenstandpunkt aus betrachten und nur ihre Einsätze als die richtigen betrachten und auch durchsetzen, wenngleich des öfteren daraus der größte Stiefel herauskommt.

Wir ehemaligen Privatbahner haben den unregelmäßigen Verkehr, der des öfteren bei der privaten Nordbahn im Winter eingetreten ist, zum Teufel gewünscht und ein jeder tröstete sich mit dem Gedanken: daß der Staatsbahn wird es besser werden. Nun sehen wir, daß auch bei der Staatsbahn Ordnung ein unbekannter Begriff ist, das heißt nur dann, wenn es der heilige Profit fordert. Daß so manche Herren in der Tintenbüchse nicht wissen, womit sie die Zeit totschlagen sollen, ersieht man nebst vielem anderen auch an diesem Zirkular; und es würde uns sehr interessieren, zu erfahren, was vorzuziehen ist, ob ein Transitzug mit einer um 200 Tonnen kleineren Belastung 18 bis 20 Stunden von Oberberg oder Odrau nach Wien rollt oder er fährt 30 Stunden und länger mit 1450 Tonnen und dabei in jeder Dispositionstation infolge der Verpätungen die Zugnummer wechseln muß.

Der Zweck dieser Zeilen ist nicht, die maßgebenden Faktoren auf dieses freibeiwillige Spiel mit Menschenleben und Gütern aufmerksam zu machen und von ihnen Einhalt zu erwarten, denn gegen die Dickschichtigkeit mancher Herren kann man nicht mit papierernen Argumenten kommen, sondern die Lokomotivführer als die vernünftigeren und durch langjährige Praxis erprobten Leute aufzufordern, sich strikt nach dem Anhang zu halten. Sollte der Herr Pöster trotzdem darauf drängen, so steht es ihm frei, eine Korrektur der Tabelle 5 des Anhanges vornehmen zu lassen.

Eisenbahnkatastrophen. Auf eine eigenartige Ursache ist ein schweres Eisenbahnunglück zurückzuführen, das sich Dienstag früh unweit der Ortschaft Biadolino in Galizien zutrug. In einem Waggon eines aus Krems in Niedergalizien kommenden Personenzuges, der mit heimkehrenden Saisonarbeitern gefüllt war, explodierte durch Unvorsichtigkeit eine Benzinflasche und setzte den Waggon in Brand. Die Passagiere zogen die Notleine und brachten den Zug zum Stehen. Die Arbeiter eilten aus dem Zug, als auf einem anderen Geleise der Krakau-Wiener Schnellzug heranbraute und in eine Schar von Arbeitern hineinfuhr. Acht Arbeiter wurden dabei getötet und zahlreiche andere schwer verletzt. Den zu Hilfe Eilenden bot sich ein furchtbarer Anblick; weit umhergestreut lagen zerstückte Leichen und Schwerverwundete.

Eine weitere Katastrophe ereignete sich auf der sächsischen Staatsbahn. Als am Sonntagabend der von Rochwitz nach Chemnitz fahrende Personenzug zwischen Gundersdorf und Braunsdorf den Tunnel des Garzarsfeldens passierte, stürzte die Stirnseite an der Ausfahrt des Tunnels infolge einer erdbebenartigen Erschütterung ein. Die herabfallende Lokomotive fuhr auf die Trümmer auf und blieb in den Steinmassen stecken. Die sechs nachfolgenden Wagen wurden ineinandergeschoben.

Auf telefonische und telegraphische Meldung wurden unbenutzte zwei Hilfszüge von Chemnitz und Leipzig sowie vier Arzttaxen von Döbeln abgelassen, so daß das Rettungswerk in kurzer Zeit begonnen werden konnte. Als schwer verletzt waren sieben Reisende zu betrachten. Die Anzahl der Leichtverletzten beträgt 27. Tot im Zuge aufgefunden wurden vier Personen. Im Laufe des Monats wurden noch zwei Tote gefunden. Ob noch weitere Todesopfer unter den Trümmern liegen, konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Felssturz, der nach vorläufiger Schätzung mehr als 100 Kubikmeter Massen umfaßt, dürfte nach den bisherigen Ermittlungen außerordentlichen elementaren Ereignissen zugeschrieben sein.

Aus den Amtsblättern.

K. k. Staatsbahndirektion Prag.
Betreff: Blaue Leinenkleider für Lokomotivbeizer.
3. 1300—II/I.
Dienstbefehl an alle k. k. Heizhausleitungen.
Das k. k. Eisenbahnministerium hat mit Erlaß vom 8. August l. J., Z. 27.230/10, verfügt, die Beteiligung der Lokomotivbeizer und der auf solchen Posten verwendeten Arbeiter mit blauen Leinenanzügen und blauen Leinenkleidern im Sinne des § 24 der Instruktionen XIV, und zwar vom Oktobertermin an, anzuordnen.
Die ad personam zu beteiligten Bediensteten haben ihr Jahre der ersten Beteiligung und in jedem zweifolgenden Jahre je zwei Leinenanzüge, in den dazwischen liegenden Jahren je einen Leinenanzug zu erhalten.
Die Tragzeit der Leinenanzüge wird mit einem Jahre festgesetzt. Sämtliche Heizhausleitungen haben die Nachtragsbeteiligungslisten auf die fraglichen Leinenanzüge mit Gültigkeit vom 1. Oktober d. J. umgehend anher vorzulegen. Die Position 28 a des Anhanges E zur Instruktion XIV ist handschriftlich richtigzustellen.
Der k. k. Staatsbahndirektor:
Brejcha m. p.

K. k. Nordbahndirektion.
Wien, am 11. November 1913.
Erlaß an alle Organe.

Inhalt: Preisunterschiede in den Regiepreisen der Bahnhofsrestaurationen (Büffets).
Seitens des k. k. Eisenbahnministeriums ist unterm 4. November 1913, Z. 39.942/10 allen Direktionen folgender Erlaß zugekommen:

„Aus einem im Zentralauschuß (Sektion Beamte) gebrachten Antrag geht hervor, daß entgegen den Bestimmungen der diesbezüglichen Verträge den Bediensteten der k. k. Staatsbahnen und deren Angehörigen seitens der Bahnhofsrestauration nicht einheitlich eine 25prozentige Ermäßigung von dem genehmigten Speisentarif eingeräumt wird.“

Die k. k. Nordbahn wird angewiesen, Erhebungen im Gegenstand zu pflegen, gegebenenfalls auf die genaue Einhaltung dieser Bestimmungen zu dringen und insbesondere deren Anwendung nicht allein in den geschlossenen Restaurationslokalitäten, sondern auch bei den offenen Buffets zur Befolgung zu bringen.“

Die Vorstände der k. k. Bahnbetriebs- (Stations-)ämter werden angewiesen, diesen Erlaß den Bahnhofsrestaurationen (Buffet-)pächtern zur strikten Darnachachtung zur Kenntnis zu bringen und über etwa vorkommende Unzulänglichkeiten anher Anzeige zu machen.

Für den k. k. Direktor:
Unterschrift unleserlich.

Amtsblatt der Südbahn.

550. Nr. 2920/Kr. K.
Krankenversicherung der Aushilfsbremser.
(Krankenkasse.)

An alle Herren Dienstabteilungs- und Betriebsinspektorsvorstände, sowie an alle österreichischen Stationen der Südbahn samt Nebenlinien.

Der Ausschuß hat in seiner Sitzung vom 5. Juli 1913 beschlossen, die Krankenversicherung der aushilfsweise zum Bremserdienst verwendeten Arbeiter, sofern sie in ihrem früheren Stand (als Magazinsarbeiter u.) weitergeführt werden, von jenem Taglohn durchzuführen, welcher vor der aushilfsweisen Verwendung der betreffenden Arbeiter im Fahrdienst die Basis für die Krankenversicherung gebildet hat.

Dieser Beschluß tritt mit 1. Jänner 1914 in Kraft und hat zur Folge:

1. Daß die Berechnung des Krankengeldbeitrages dieser Aushilfsbremser auf Grund jenes Taglohnes zu erfolgen hat, den sie vor ihrer Verwendung im Fahrdienst bezogen haben, sofern natürlich dieser Taglohn nicht durch den ordentlichen Taglohn überboten wird und den Betrag von 4 Kr. nicht übersteigt.

2. Daß das Krankengeld für jene Aushilfsbremser, welche nach dem 1. Jänner 1914 erkranken, und der Vererdigungsbeitrag auf Grund des nach Punkt 1 für die Beitragsleistung maßgebenden Lohnbeitrages zu berechnen sind.

Bezüglich der Verrechnung der Krankengeldbeiträge wird im Einvernehmen mit der Verkehrsverwaltung verfügt, daß in der Lohnzahlungsliste (Form. V Nr. 152) die Rubrik 4 (Lohn per Tag) durch einen Querstrich zu teilen ist und oberhalb dieses Striches der Betrag des Arbeiters im Fahrdienst bezogene Taglohn einzustellen ist.

Bei Verrechnung des Krankengeldes ist die Rubrik 9 (Taglohn) der Krankengeldzahlungsliste (Form. Nr. 8 Nr. 7 und 7a) dem Vordruck entsprechend auszufüllen, in Rubrik 14 (Anmerkung) jedoch der von dem betreffenden Arbeiter vor seiner aushilfsweisen Verwendung im Fahrdienst bezogene Taglohn einzutragen.

Dieses Zirkular ist den in Betracht kommenden Kassennmitgliedern in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.
Wien, am 5. Dezember 1913.

Für den Ausschuß der Krankenkasse:
Der Obmann:
Krachnitzer m. p.

Amtsblatt der Südbahn.

551. Nr. 2928 Kr. K.
Krankenversicherung der Aushilfsbeizer.
(Krankenkasse.)

An alle Herren Dienstabteilungs- und Betriebsinspektorsvorstände sowie an alle Heizhäuser und Werkstätten der österreichischen Linien der Südbahn samt Nebenlinien.

Der Ausschuß der Krankenkasse hat in seiner Sitzung vom 5. Juli 1913 beschlossen, die Krankenversicherung der aushilfsweise zum Heizhausdienst verwendeten Arbeiter, sofern sie in ihrem früheren Stand (als Schlosser u.) weitergeführt werden, von jenem Taglohn durchzuführen, welcher vor der aushilfsweisen Verwendung der betreffenden Arbeiter im Heizhausdienst die Basis für die Krankenversicherung gebildet hat.

Dieser Beschluß tritt mit 1. Jänner 1914 in Kraft und hat zur Folge:

1. Daß die Berechnung des Krankengeldbeitrages dieser Aushilfsbeizer auf Grund jenes Taglohnes zu erfolgen hat, den sie vor ihrer Verwendung im Heizhausdienst bezogen haben, sofern natürlich dieser Taglohn nicht durch den ordentlichen Taglohn überboten wird und den Betrag von 4 Kr. nicht übersteigt.

2. Daß das Krankengeld für jene Aushilfsbeizer, welche nach dem 1. Jänner 1914 erkranken, und der Vererdigungsbeitrag auf Grund des nach Punkt 1 für die Beitragsleistung maßgebenden Lohnbeitrages zu berechnen sind.

Bei Verrechnung des Krankengeldes ist die Rubrik 9 (Taglohn) der Krankengeldzahlungsliste (Form. Nr. 8 Nr. 7 und 7a) dem Vordruck entsprechend auszufüllen, in Rubrik 14 (Anmerkung) jedoch der von dem betreffenden Arbeiter vor seiner aushilfsweisen Verwendung im Heizhausdienst bezogene Taglohn einzutragen.

Dieses Zirkular ist den in Betracht kommenden Kassennmitgliedern in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.
Wien, am 5. Dezember 1913.

Für den Ausschuß der Krankenkasse:
Der Obmann:
Krachnitzer m. p.

Korrespondenzen.

Amstetten. Es hatte in der letzten Zeit den Anschein, daß sowohl der Bahnrichter in Amstetten, Herr S e p l e r, als auch Herr Bahnmeister T i c h y sich die Ermahnungen, die vor geraumer Zeit im „Eisenbahner“ an ihre Adresse gerichtet waren, zu Herzen genommen und sich danach verhalten haben. Jedoch des Menschen Leben ist eine Kette von Enttäuschungen, und wir müssen mit Bedauern konstatieren, daß auch wir uns einer Täuschung hingeben haben. In jüngster Zeit schwilt dem Herrn S e p l e r wieder der Kamm und er versällt wieder in den gewohnten Ton den Arbeitern gegenüber. Und wo der Herr Bahnrichter noch zu wenig Rohheit und Brutalität an den Tag legt, dort hilft Herr Bahnmeister T i c h y nach. Er scheint durchaus nicht zu begreifen, daß er durch seine Ausdrücke, wie „Schwindsler“ u. s. w. nicht nur seiner Kategorie keine Ehre macht, sondern er scheint auch zu glauben, daß es zu den Pflichten eines Bahnhauptmanns gehört, einen Alkoholiker von der Sorte eines S e p l e r unter allen Umständen in Schach zu nehmen und den Arbeitern jedes Recht auf anständige Behandlung streitig zu machen. Herr Bahnmeister T i c h y wird es noch so weit kommen lassen, daß ihm die Arbeiter vor Gericht beweisen werden, daß auch Arbeiter Anspruch auf menschliche Behandlung erheben können. Wir wollen heute die Sache nicht weiter behandeln, denn wir hoffen, daß solche Schimpfereien sich nicht wiederholen. Sollten aber diese Zeilen wirkungslos bleiben, so möchten wir vielleicht mit etwas größerem Geschick auffahren.

Falkenau. (Todesfall.) Am 6. Dezember starb nach langem und schwerem Leiden unser treues Mitglied Josef K o h l e r. Das Leiden begann mit dem allgemeinen Befiehltheit des Verstorbenen. Mehr als hundert Kollegen in Uniform folgten dem mit prachtvollen Kränzen gezierten Leichenwagen. Außerdem eine große Anzahl von Freunden und Leidtragenden. Wir werden dem Verstorbenen jederzeit ein treues Andenken bewahren.

Floridsdorf II. (Jubiläumsspektakel dreier Eisenbahner.) Anlässlich der Beendigung der 40jährigen Dienstzeit der Genossen Salvatore M a d e o, Franz A m o n und Josef T u k a t s c h veranstaltete die Ortsgruppe Floridsdorf II, Vereiner, am 6. Dezember 1913 im großen Saal des Arbeitervereins in Floridsdorf ein Jubiläumsspektakel, welches einen überaus würdigen Verlauf nahm. Die ungewöhnlich große Anzahl der Festgäste zeigte in überwältigender Weise die Sympathien und Achtung, welcher sich die Genossen nicht allein im Kreise ihrer engeren Berufskollegen, sondern auch der Bevölkerung erfreuen.

Eingeleitet wurde dieses schöne Fest vom Donaufelder Gesangsverein mit zwei wunderhübschen Vorträgen. Nach der Begrüßung der Festgäste durch den Obmann trat Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Genosse Karl S e i t z die Tribüne als Festredner und würdigte in eindringlichen zum Gemüt führenden Worten die Bedeutung dieses Augenblicks. In halb-ständiger Rede behandelte Genosse S e i t z die Bedeutung einer 40jährigen Arbeit im Dienste der Eisenbahn unter jeglicher Berücksichtigung der Dienstverhältnisse dieser Jubilare. Nach der Festrede betrat der kleine Ferdinand E b e r t, ein Enkel eines der Jubilare, das Podium und deklamirte kurzgefaßt einen Festprolog, für welche Leistung dem Kleinen reichlicher Beifall gezollt wurde. Diesem Festprolog folgte der Glückwunsch der Zentrale durch den Obmann der Gewerkschaft, Genossen S c h w a b, sodann die Ueberreichung von Geschenken an jeden der Jubilare mit besonderer Berücksichtigung der Eigenart jedes einzelnen, und auch der tapferste von allen, der kleine Ebert, wurde nicht vergessen. Einen Teller voll Süßigkeiten nahm er freudigst entgegen. Nach einem zweiten Gesangsbeitrag fand der erste Teil des Festes seinen Abschluß, und es folgte sodann der zweite Teil, das Gemütsstück.

Die Ortsgruppe scheute keine Mühe, ihren Gästen den Aufenthalt in ihren Räumen so angenehm als nur möglich zu gestalten. In diesem Behuf wurde auch das Programm reichhaltig ausgestattet. Dem Arbeiter-Zitherspieler, unter persönlicher Leitung des Dirigenten B u r g h a r d t, folgten nach mehreren Vorträgen solche zweier Komiker, u. s. w. zur Auflockerung der Gäste nichts unterließen.

Wir beglückwünschen unsere Jubilare an dieser Stelle in besonderer Weise und wünschen auf ein noch recht langes Mitarbeiten in unserer Mitte zum Wohl der Allgemeinheit.

Wärzschlitz. (Wieder ein eingegangener Feld.) In welcher eigentümlicher Art unsere Kollegen für ihren ungenügenden Unterhaltungsverein Agitation betreiben, wollen wir unseren Genossen einmal vor Augen führen. Der allerdeutlichste von diesen Agitatoren scheint außer dem Lokomotivführer F r i e d r i c h D e n n e und den Beamten L a c h m a n n, der Lokomotivführer Johann B e r j o b zu sein. Der Mann, welcher besser tun würde, ordentlich Deutsch schreiben zu lernen, geht unter unseren Kollegen für einen Rechtschreibverein, in welchem sich alle Feinde der organisierten Eisenbahner, wie Maschinenmeister Kreitschi, diverse Schreiberjungen, vielleicht auch der Bürgermeister, zum Kampf gegen unsere Organisation damit häufieren, daß er herumkolportiert, unsere Genossen bekommen ohnehin keine Unterstützung, wenn der eine oder andere in Notlage gerät.

So zum Beispiel hat B e r j o b gesagt, daß der Zugbegleiter Jakob K r a m e r trotz seiner Kollage von uns keine Unterstützung erhalten habe, obwohl derselbe von seinen Kollegen 72 Kr. Unterstützung erhielt. Auf Grund dieser falschen Behauptung haben die Zugbegleiter in einer Versammlung den Beschluß gefaßt, den B e r j o b so lange einen Lügner zu nennen, bis derselbe den Beweis erbringt, daß K r a m e r diese Unterstützung nicht erhalten habe.

Weshalb wird diese Falschheit und zeigt so recht deutlich den niederen Charakter eines B e r j o b, daß derselbe bei seiner Verarbeitung den Jakob K r a m e r anempfohlen hat, er solle noch warten, bis er eine Unterstützung bekommen habe, dann soll er aus dem Verein austreten. B e r j o b ist somit der Lüge bezichtigt, bis der-

selbe den Beweis erbracht hat, eventuell den Kramer zur Rechenschaft zieht. Also vorwärts, B e r j o b!

Selzthal. Ein ungebildeter Patron ist jedenfalls der Platzmeister E d e r in Selzthal, sonst würde er nicht bei jeder Gelegenheit die Verschieber und Wächter mit Schimpfwörtern, wie Trottel, Affen und Faulenzer u. s. w. beleidigen.

Vor kurzem wurde ein Dienstbefehl herausgegeben, in dem angeordnet wird, daß die eselische Verfaßbarkeit zur jähnelieren Abwicklung des Verkehrs bei der Peronpartie mitzubehalten hat. Die Verfaßbarkeit stand am Peron zur Entgegennahme der diesbezüglichen Befehle bereit, als Platzmeister E d e r herankam und sagte: „Da schauen Sie da stehen Sie da, die Esel.“ Daß derartige Reden nicht am Platze sind und in Zukunft sich nicht wiederholen, ist Sache der vorgesetzten Dienststelle der E d e r. Hossentlich dürfte der junge Mann noch zu befehlen sein.

Marchegg. (Ein Skandal in der Kaserne der Staatsbahngesellschaft.) Der Zustand der Kaserne in Marchegg (St. E. G.) ist schon oft Gegenstand von Beschwerden der Bediensteten, die dort übernachten müssen, gewesen. Alle Beschwerden haben nichts gebracht, im Gegenteil, gerade weil Beschwerden vorlagen, stellte sich die „personalfreundliche“ k. k. Staatsbahndirektion auf den Justizstandpunkt, die gräßlichen Zustände erst recht zu belassen oder durch verschiedene Erschwernisse noch zu verschlechtern. Wir vermuten, daß die k. k. Sanitätsbehörde schon längst in dieser Kaserne Nachschau gehalten hätte, daß es ihr aber das k. k. Eisenbahnministerium verwehrt hat. Folgender Fall, der nun die Öffentlichkeit beschäftigt, wird nun die Sünden der Staatsbahndirektion und der Sanitätsbehörde aufdecken müssen, denn wir denken, daß es diese beiden Behörden noch zuwege bringen werden, die Angelegenheit im Gerichtssaal austragen zu lassen.

Am 5. d. M. übernachtete dort dienstlich der Lokomotivführer V i k t o r i n. Als er den Abort benützte, stürzte dieser und die beiden nebenan befindlichen Aborte ein und V i k t o r i n fiel samt dem Sitzbrett in die Tiefe, sich dabei schwere Verletzungen (Rippenbruch u.) zuziehend. V i k t o r i n mußte aus dem Irrat, der ihm bald zum Verhängnis geworden wäre, schleunigst gerettet werden und nur der raschen Hilfeleistung seiner Kollegen verdankt er sein Leben.

So das Vorkommnis, das wir heute ohne jeden Kommentar zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen. Nur eine Frage wollen wir uns erlauben: Warum läßt es die Sanitätsbehörde immer auf ein Unglück ankommen, bis sie sich zu einem Eingreifen entschließt?

Falkenau a. d. Eger. Seitdem den Dienstvorständen bei der B. E. B. das Strafrecht eingeräumt worden ist, machen diese von demselben den weitestgehenden Gebrauch. Nicht nur daß auf jeder Kundmachung auch gleich die Androhung der Strafe ersichtlich ist, gehen sie in vielen Dingen noch weiter, als selbst die Generaldirektion. Da haben wir in erster Linie das Heizhaus, das fast einem Strafhaus gleichkommt. Einige Beispiele mögen das erklären. Wenn einer ein Zirkular zu unterschreiben verzieht, hat er seine 50 Heller Strafe; rapportiert er nicht nach jeder Ankunft die Dienstfähigkeit der Maschine, 50 Heller Strafe. Nun sind hier infolge der Schichtzüge so kurze Touren, daß oft täglich dreimal die Maschine zu Hause abgestellt wird, und da sollen die Führer jedesmal rapportieren. Nach folgender ist es mit dem Unterfuchen der Maschinen. Der Führer untersucht abends nach der Ankunft seine Maschine und findet keinen Fehler. Der Herr Maschinenmeister T r u g findet aber früh einen Federbruch, was dann dem Führer eine Strafe von 50 Hellern bis zu 1 Krone einträgt. Nun sind in Falkenau einige 30 Maschinen, doch können bloß 22 Maschinen im Heizhaus untergestellt werden, die anderen stehen draußen. Will nun ein Führer in der Nacht aus dem Heizhaus fahren, so muß er sich erst die Maschinen, die ihm im Wege stehen, wegräumen. Dadurch kommt es vor, daß eine Maschine in der Nacht zwei bis dreimal umgestellt werden muß. Daß bei dem Ueberfahren der Drehscheibe leicht der Bruch eines Federblattes vorkommen kann, von dem der Führer abends selbstverständlich nichts sehen konnte, ist begreiflich, doch nicht für den Maschinenmeister T r u g.

Ebenso herrscht eine schauerhafte Wirtschaft bei den Kohlen. Da kommen einmal so viel Wagen, daß sie im ganzen Heizhausraum nicht untergebracht werden können, und die Kohlenlager werden beim Deponieren dieser Kohle förmlich geschwunden. Dann kommen wieder keine Wagen mehr, und die schon ausgeladene Kohle muß wieder aufgeladen werden. Reservereife und Kohlenlager werden das zweifelhafte gesunden. Der Herr Maschinenmeister ist stets hinter ihnen her, so daß den armen Teufeln nicht Zeit bleibt, sich den Schweiß abzuwischen, und trotzdem verhöhet er noch die armen Kerle. Die Sache könnte ja ganz gut derart geregelt werden, daß die Kohle direkt von den Wagen auf die Maschine verladen wird, dadurch dürfte auch das Lokomotivpersonal nicht stundenlang auf Kohle warten.

Auch in der Station leidet das Personal unter einzelnen Herren Beamten. Da ist in erster Linie der Herr Adjunkt K ä r b i e r. Obwohl er selber fast den Anschlag zum Adjunkten verfaßt hätte und sich sein Avancement fast erbetteln mußte, ist dieser Herr heute gegenüber dem Personal recht großzügig und dänkelhaft. Seine Kenntnisse als auch sein unüberfelles Wissen befähigen ihn gewiß nicht, das Personal zu verpöhlen und zu verhöhnen. Den Gruß eines Bediensteten zu erwidern, fällt diesem Herrchen gar nicht ein. Daß sich durch solches Benehmen das Dienstverhältnis bedeutend erschweren ist selbstverständlich.

Da wäre nun für unseren gegenwärtigen Dienstvorstand ein Feld, auf dem er Remedur schaffen könnte. Bisher war ja ein leidliches Auskommen mit ihm noch möglich, doch raten wir ihm, falls er wirklich dauernd in seiner Funktion bleibt, er möge das „System Simon“ nicht wieder zur Geltung gelangen lassen. Aber auch an den Personal liegt es, daß das früher bekannte System nicht wieder eingeführt und andere Unannehmlichkeiten beseitigt werden. Ein jeder erfülle gewissenhaft seine Pflicht im Dienste, gewöhne sich in allen Dingen an ein männliches, korrektes Auftreten, vor allem eines gebildeten Umganges mit seinen Vorgesetzten, und jeder einzelne wird dann imstande sein, selbst seine Vorgesetzten in die gebührenden Schranken des Anstandes zurückzuführen.

Wien, De. A. B. B. (Frachtenaufgabe.) Die Firmen Schenker u. Komp., Bäumel und Bed genießen im Frachtenmagazin den Vorzug, daß sie Güter, die sie an Wochentagen nicht zur Auslieferung bringen, an Sonn- und Feiertagen ausgeben können.

Durch diese Begünstigungen werden jedoch die Arbeiter in den Magazinen geschädigt, da die Verladungen dieser Firmen oft bis spät in die Nacht hinein dauern, somit für das Personal eine Verlängerung der Arbeitszeit bedingt wird. Der allgemeine Schluß für die Güteraufnahme und Abgabe ist an Samstagen um 5 Uhr nachmittags. Da nun in dieser Angelegenheit von Seite der Direktion dem Personal die Zusage gegeben wurde, daß diese Ausnahmen eingeschränkt werden, die Firmen jedoch das Bestreben zeigen, an Samstagen bis 7 Uhr abends aufzuliefern, eventuell es zur Regel machen werden, an Sonn- und Feiertagen aufzuliefern, so eruchen die Betroffenen im Frachtenmagazin, einen derartigen Antrag dieser Firmen entschieden abzulehnen.

Sordernberg. (Die deutschgelben Eisenbahner als Verleumdeter.) Mit einem wahren Zornesgeschrei wurde im „Deutschen Eisenbahner“ vom 10. November

Beschwerde geführt, warum die Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Eisenbahner in Bordenberg nicht vorwärts kommt. Wundert man sich über den mifflischen Geschäftsgang in ihrem Verein, und daß trotz zweijährigen Bestandes kein Gimpel auf ihren Leim geht, werden alle Sozialdemokraten zur Verantwortung gezogen. Mit den gemeinsten Mitteln — welche schon alle Grenzen der Unfähigkeit übersteigen — ziehen die Nazi gegen unsere Mitglieder sowie auch gegen die unmittelbaren Vorgesetzten, die gewiß in jeder Hinsicht objektiv sind, ins Feld. Anstatt sich um die Interessen der Arbeiterschaft zu kümmern, ziehen es diese Feinde vor, mit Lügen und Verleumdungen unseren Mitgliedern und Vertrauensmännern sowie auch jenen, die nicht dem deutschgebliebenen Demozentriertenverein angehören, auf die gemeinste Weise die Ehre zu rauben. Auch scheuen diese anonymen Schabracken nicht zurück, in die Privat- und Familienverhältnisse unserer Genossen einzugreifen.

Wir haben bisher in lokaler Weise keine Notiz genommen über das Tun und Treiben gewisser Personen des Deutschen Reichsbundes, obwohl über so manche Vorkommnisse — nicht gar netter Art — in ihren Reihen für uns Gelegenheiten geboten gewesen wäre, in die Öffentlichkeit zu treten. Aber es scheint, daß einigen Nachbarn der Stamm geschwollen, und diese wollen es unbedingt haben, daß wir die Spalten unserer Presse für sie eröffnen. Uns kann's recht sein, Stoff ist in Hülle und Fülle vorhanden. Wir wollen für diesmal nicht persönlich werden, weil wir mit solchen gemeinen Mitteln — wie Schrabacke, Verleumdungen u. s. w. — nicht reagieren wollen. Das Eine aber können wir den hinterlistigen Artikel-schreibern sagen, daß uns das — von der ersten bis zur letzten Zeile — erlogene und von Verleumdungen strotzende Geschreibsel, welches sogar seine eigenen Gesinnungsgenossen empört, nicht im mindesten aus der Fassung bringt, sondern nur Abscheu einflößt. Gleich nach Erscheinen dieses verleumdenden Artikels im „Deutschen Eisenbahner“ fühlen sich selbst die Einsender so betroffen, daß sie ganz verlegen wurden. Sie liefen in die Kanäle zu ihren Vorgesetzten — die sie in ihrer Fachpresse so verrissen haben — und erklärten schweiß-wedend mit schlitternden Knien und tränenden Augen, daß sie nicht die Verfasser dieses Artikels seien und auch nicht begreifen konnten, wie so etwas geschrieben werden konnte; weiters erklärten sie, daß sie keine Ursache hätten, sich über etwas zu beschweren, daher die Beschwerden im „Deutschen Eisenbahner“ vollständig unwahr seien. Auch der jeweilige Obmann sowie auch der „Gosobumpfepp“ sollen ganz unschuldig sein an dieser Sache? Sie erklärten weiters, veranlassen zu wollen, daß diese lügenhaften Angaben in ihrer Presse widerrufen werden müssen und sandten eigens zu diesem Zweck einen Kameraden nach Wien zur Redaktion.

Uns interessiert es gar nicht, wach Geisteskind dieses Geschreibsel in ihr Käseplättchen lancierte. Obwohl sich der Schreiber unter dem pseudonymen Namen „Gagen“ verborgen hält, ist uns allen dieses arbeitscheue Individuum sehr bekannt. Dieses Subjekt, welches Jahr und Tag stellenlos herumlungert, hält sich während des Tages in seinem Versteck verborgen und macht nur im Dunkeln seine Schleißwege. Und ein solches Individuum wird bei der Redaktion des „Deutschen Eisenbahner“ als Vertrauensmann angesehen. Sehr traurig!

In ihrem Artikel wird weiters den verhassten Sozi-Terrorismus und Angeberei vorgeworfen, wofür sie aber die Beweise fein säuberlich schuldig bleibt. Wir erwidern, daß es eben nur „Reichsbündler“ sind, welche solche Eigenschaften besitzen und mit Vandalen, Zuträgen und Verleumdungen (siehe letzte Artikel) am besten umgehen können. Und bei jeder Gelegenheit, wenn ihnen etwas über die Leber läuft, drohen — „das werde ich dem Herrn Inspektor sagen“ — aber nicht in der Kasse, sondern bei der Musikprobe.

Durch solche Angeberei bei den Vorgesetzten und gestützt auf ihre nationale Begeisterung — was sie ja in jedem Absatz ihres Artikels mit einem wahren Brustton hervorheben — möchten sie begreifen, ihre mindere Leistungsfähigkeit und sonstigen schlechten Eigenschaften zu verschleiern und durch solche Verleumdungen den anderen die persönliche Ehre herunterzureißen und um die Ehrentags zu bringen.

Für diesmal wollen wir vorläufig abbrechen. Sollten aber diese Sumpfwörter noch weiter provozieren, so sind wir gezwungen, jeden einzelnen dieser Schweißwedler aufs Korn zu nehmen und aufzuzeigen, welche Charaktere sich in ihren Reihen befinden, was für manchen sehr unangenehm sein dürfte.

Obit. (Todesfall.) Am 28. November wurde unser Mitglied Genosse Thomas Dostal zu Grabe getragen. Dostal war jahrelang Mitglied des Arbeiterausschusses und der Lokal-kommission. Er erreichte ein Alter von 40 Jahren und hinterläßt eine Witwe mit zwei unversorgten Kindern. An seinem Leichenbegängnis beteiligte sich eine große Anzahl von Kollegen und Freunden, welchen wir auf diesem Wege den herzlichsten Dank aussprechen. Möge dem Verstorbenen die Erde leicht sein.

Schwarzach-St. Veit. Von dort wird uns geschrieben: Herr Bahnmeister Puz ist ein origineller Mann, reich an Einfällen und bis tief ins Herz hinein eingenommen für seine Untergebenen. Es sind deren nicht allzu viele. Um so leichter ist es Herrn Puz, seine Vorgesetztenfürsorge in ausgedehntem Maße denselben angedeihen zu lassen. Lange mochte der gute Mann sich darüber den Kopf zerbrechen haben, wann und auf welche Weise er seinen zum Großteil schon älteren Arbeitern eine Freude bereiten könnte. Denn diese sind einer solchen zweifelslos würdig, haben sich unter seinem Regime im Dienst der Bahn jahrelang abgeplagt, und wenn schon die Verwaltung sich ihrer so wenig kümmert, so sollten sie doch wenigstens den Trost für sich haben, daß ihr unmittelbarer Vorgesetzter, Herr Bahnmeister Puz, über ihr Wohl und Ruhe sich eine Gewissenfrage daraus macht. Viel kann Herr Puz freilich nicht tun, dazu reicht sein eng gezogenes Kompetenzkreis nicht aus. Doch Arbeiter sind bescheiden und wissen auch Kleinigkeiten zu schätzen. Was aber Herr Bahnmeister Puz jüngst seinen Arbeitern zuteil werden ließ, das war gar nicht mehr so ohne und ging über den Rahmen der Kleinigkeit beträchtlich hinaus. Herr Bahnmeister Puz wollte damit jedenfalls beweisen, daß bei einem „guten“ Willen selbst ein niedriger Vorgesetzter imstande ist, zum „Wohle“ seiner Arbeiter „Großes“ zu leisten. Und wie gewissenhaft Herr Puz allen Eventualitäten vorgebaut hat: Kein gegenfälliger Reiz sollte unter den Arbeitern aufkommen und keiner dem anderen vorgezogen werden, sondern jeder sollte dasselbe und auch gleich viel erhalten, denn sie sind ja auch alle gleich brav, und Gerechtigkeitssinn und Unparteilichkeit waren ja immer Puz's stärkste Seiten. Bei der Bereitung einer Freude allein ließ es Herr Puz aber gar nicht bewenden — überrascht sollten die ahnungslosen Arbeiter obendrein noch werden; das erhöht den Effekt und steigert die Wirkung. Und erfindertisch, wie Herr Puz schon ist, kam ihm der heilige „Nikolo“ hierzu wie gewöhnlich. Die armen Kaiser der Oberbauarbeiter sollten davon auch einmal etwas zu erzählen wissen. Seit ihren Kindesjahren hat sich dieser Tag von den anderen nicht unterschieden, und ereignis- und freudlos ward er Jahr für Jahr an ihnen vorübergegangen. In die Schuhe konnte Herr Bahnmeister Puz seinen Arbeitern allerdings nichts hineinlegen, denn diese mußten sie ja mit nach Hause nehmen, aber die Scheibtruben — ja, das war etwa! Diese mußten sie am Vorabend zurücklassen, und Herr Bahnmeister Puz konnte daran in der Nikolausnacht seinen „Gokus-pokus“ zur Ausführung

bringen. Mit einem Gefühl, das nichts zu verlieren weiß und nichts zu erhoffen gibt, kamen die Oberbauarbeiter am Morgen des Nikolaustages zur Stelle, legten ihr in ein Täschl gebundenes langes Mittagessen beiseite, spuckten sich bedächtig in die Hände und schickten sich an, die unermesslichen Scheibtruben aus ihrem Versteck zu holen. Als sie aber derselben ansichtig wurden, offenbarte sich ihren Augen ein großes Ereignis. Die Leber werden glauben, daß die Scheibtruben mit allerlei Sachen, wie sie „Nikolo“ den Kindern in die Schuhe zu legen pflegt, gefüllt waren. — Nichts von dem! Der Herr Bahnmeister Puz kennt, der weiß, daß man seinem „Gokus-pokus“ solche Bagatelldinge nicht zumuten darf. — Weg mit dem vergänglichem Tand! Etwas Bleibendes, etwas, wovon man länger und immer etwas hat, sollte es sein. In die Scheibtruben hinein hat Herr Nikolo-Puz für seine Arbeiter überhaupt nichts gelegt, sondern etwas darauf ließ er machen, ein „schönes Kränzchen“ ringsherum, und zwar in Gestalt eines ungefähr 18 Zentimeter hohen — Bretterausfuges, damit ihr Fassungsraum ein größerer werde. Ist das nicht sinnreich und köstlich? Die Oberbauarbeiter waren vor Ueberraschung darüber so sehr eingenommen, daß sie aus lauter „Entzücken“ über die solcherart neugeformten Scheibtruben dieselben nur anzuschauen, nicht aber auch in die Hand zu nehmen vermochten. ... Voll rührseliger Ergriffenheit war ihr „Dank“ an Herrn Bahnmeister Puz, aber ihre anspruchslose Bescheidenheit erlaubte es ihnen „Leider“ nicht, von der ihnen vermeintlichen „Zuwendung“ Besitz zu ergreifen. Denn das war des „Gokus-pokus“ wirkliches Ziel!

Trich. (Vereinsnotiz.) Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier abzugeben. Jene, welche mit ihren Monatsbeiträgen noch im Rückstand sind, mögen ehestens nachzahlen, damit sie ihrer erworbenen Rechte nicht verlustig werden und in der Zustellung des Fachblattes keine Unterbrechung eintritt.

Oswiecim. (Nachruf.) Der Expofakturleiter des Pelzhauses Oswiecim, Ingenieur Herr Maximilian Wid, wurde in gleicher Eigenschaft nach Oberberg veretzt. Herr Wid war als Vorgesetzter ein jederzeit human und rechtlich denkender Beamter, wofür ihm das gesamte Personal den aufrichtigsten Dank ausspricht. Wir gratulieren den Oberberger Kollegen zu diesem Vorgesetzten und versichern, daß wir Herrn Oberkommissar Wid stets in dankbarer Erinnerung behalten werden.

Trich. (A. L. Staatsbahn.) Schon einmal besuchte sich unser Fachblatt mit der Person des Verkehrs-kontrollors Herrn Vrehmann. Neuerdings sind wir gezwungen, uns mit diesem Herrn zu befassen, und zwar aus folgenden Gründen: Jeder Eisenbahner, der den Dienst eines Zugbegleiters, insbesondere des Zugführers kennt, wird wissen, mit welchen Schwierigkeiten dieselben ihren verantwortungsvollen Dienst versehen müssen. Bei dem geringsten Anstand, den dieser Dienst nur zu oft mit sich bringt, werden sie unarmherzig gestraft. Der Herr Kontrollor ist für das Personal unanbar, hingegen für das Stationspersonal wirklich vaterlich gesinnt. Wenn sich ein Zugführer das geringste zuwenden kommen läßt, wird er vom Herrn Kontrollor als unfähig erklärt und darf diesen Dienst nicht weiter versehen. (Siehe Stere.) Hingegen können andere, die ihm ans Herz gewachsen sind, noch so große Fehler machen, wo sie nach dem Gesetz vor dem Staatsanwalt gehören, und bekommen obenau noch Remunerationen. Was würde wohl geschehen sein, wenn ein Zugführer die Schuld gehabt hätte, als am 20. September 1911 Zug Nr. 16 und 501 zwischen Rozogal und Guardella auf der Strecke bald karaboliert hätten? Und was geschah mit dem jätlich schuldigen Herrn Masini? Oder war nicht er, sondern ein Höherer schuld daran? Das Personal wurde damals mit Remunerationen beteuert, und zwar der Lokomotivführer, Feuermann, der Wächler und Zugführer vom Zug 501. Die ersten drei wurden sogar deforziert. Die oder der Schuldtragende wurden mit dem Mantel der Unarmherzigkeit durch den Herrn Hofrat Galambosch zugedeckt und ihm oder ihnen die Sünden verziehen.

Ein zweiter Fall ereignete sich vor kurzer Zeit in der Station Görg, L. I. Staatsbahn. Dort wurde auf einmal ein Sanitätszug mobilisiert. Es wußte niemand, um was sich eigentlich die ganze Sache dreht. Es wurde einfach befohlen, und vor lauter Befehlen fuhr der Sanitätszug auf die kurrende Strecke, wo eben in der entgegengesetzten Richtung der Personenzug Nr. 11 zu erwarten war. Dieser „Samariterzug“ wurde auf der Strecke angehalten und mußte schleunigst in die Station retrieren. Die Uebung des Sanitätskorps wurde dann auf einem Industriegeleise vorgenommen. Die Anordnung zu dieser Uebung mußte selbstverständlich von Herrn Inspektor, Stationsvorstand Wieser, angeordnet worden sein. Als die Sache aber bald schliefgegangen wäre, soll der strammdeutsche Herr Inspektor Wieser zu den Herren mitwirkenden Beamten gesagt haben: „Meine Herren, ich war nur Zufuhauer.“ Wir sind neugierig, ob dieser Fall ebenso in Nebel ausgehen wird wie der vorhergesagte vom Jahre 1911. Herr Kontrollor, hier können Sie Ihre Unparteilichkeit beweisen. Nun kommen wir zum Kapitel: „Abfertigung von Zügen.“ Diesbezüglich sind schon unzählige Erlässe herausgegeben worden, und weil diese in Vergessenheit gekommen sind, wollen wir nur einige in Erinnerung bringen. Unterrichtsblatt Nr. 2. Beilage zum Amtsblatt 28 ex 1907, Punkt 5: „Der Zugexpedient hat bei der Einfahrt eines jeden, auch eines Lokomotivzuges unbedingt am Platze zu sein, und wird der Hinweis auf Verhinderung durch Abfertigung von Reisenden, Abgabe von Rückmeldungen u. in keinem Falle als sich fähig anerkannt. Bei Ausübung des Dienstes zur Nachtzeit hat der Zugexpedient stets die entsprechenden Signalmittel bei sich zu tragen. Auff. m. p.“ Kurrende Nr. 22 vom 14. Jänner 1909, Zahl 45393/V: „Die Zugexpedition selbst ist wiederholt schleppend und faumfelig und nicht auf die unbedingt erforderliche peinliche Zeitökonomie gerichtet. Diefers werden die Züge der Zugexpedienten nicht am richtigen Platze erwartet und verfrachten bis zum Moment, in welchem sich der Zugexpedient beim Dienstragen einfindet, eine geraume Zeit; bis dann der Zug expediert wird, entsteht naturgemäß Verpätung, die nur durch die Saumfeligkeit des Zugexpedienten hervorgerufen wurde, besonders zur Nachtzeit u. s. w. Ein weiterer Uebelstand besteht in der Beleuchtung von Stationen. Unfer Trich, Opina, Volkadraga, Görg und Abing sind sämtliche Stationen schlecht oder gar nicht beleuchtet. Die Haltepunkte für die Züge in den Stationen sind nicht markiert. Instruktion XX, Artikel 98. Zug 20 und 17 in Rodbrdo, Zug 16 und 13 in Plava, Zug 18 und 15 in Reifenberg, Zug 42 und 43 in Dubovlje, Zug 20 und 11 in Guardella. Weil der Herr Kontrollor mit dem Zugführer nicht verkehren will, muß ihm das eben öffentlich gesagt werden. Zum Schluß müssen wir den Herrn Kontrollor ersuchen, die Herren Assistenten Lukan und Aspiranten Pfeifer auf die beiden zitierten Kurrenden aufmerksam zu machen, damit man nicht nach Ankunft der Züge die ganze Station abfuchen muß, bis man einen Diensthabenden ausfindig macht. Weiters: wenn, wie der Fall bei Zug 22 am 11. August, wo der Zugführer in den Stundenpaß die Bemerkung machte, dem Herrn Lukan dies nicht in den Kram paßt, die Bemerkung einfach ausradirt. Die L. I. Generalinspektion wird befragt, ob sie von dem Fall 20. September 1911 und dem von Görg, L. I. St. V. Kenntnis besitzt. Den Herrn Hofrat Galambosch ersuchen wir, dem Herrn Kontrollor eine entsprechende Belehrung zukommen zu lassen.

Wittau. (Ein gerichteter Verleumder.) Ein gewisser Josef Bachl, Oberbauarbeiter und derzeit Nachwächler, wohnhaft in Körber, besitzt die Unverschämtheit, den Allgemeinen Reichsbund und Gewerkschaftsverein der Eisenbahner der Unfähigkeit zu beschuldigen. Dies tut er offenbar in der Absicht, das Vertrauen der Eisenbahnenbediensteten zu ihrer Organisation zu untergraben, eine Tüchtigkeit, an der nur ein Dummkopf Gefallen finden kann. Dieses Individuum weiß zu berichten, daß die Witwe G. S. infolge Verschuldens des Reichsbundvereines keine Unterstützung erhält, eine Behauptung, die als eine gemeine Lüge bezeichnet werden muß. Das gerade Gegenteil ist wahr, wie wir auf Grund des nachstehenden Dokuments nachzuweisen in der Lage sind:

St. I. Direktion für die Linien der Staatseisenbahngesellschaft. Nr. 10.006 Wien, am 5. September 1913.

112/L
An die Wächtersgattin Frau G. S. in R. Döschau!
In Erledigung Ihrer Eingabe vom 10. April 1913 wird Ihnen eröffnet, daß Ihnen eine fortlaufende Gnadengabe von jährlich 176 Kr., sage Kronen Hundertsiebzigsechsböck, vom 1. Oktober 1913 an bis auf weiteres aus Betriebsmitteln bewilligt wird.

Gleichzeitig werden Ihnen für Ihre Kinder Josef und Erwin gnadeweise zwei Erziehungsbeiträge von 70 Kr., sage Kronen siebenzig, jährlich ab 1. Oktober 1913 bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres zuerkannt. U. s. w.

Für den L. I. Direktor: Unterschrift.

Man kann aus dem Vorstehenden ersehen, mit welchen gemeinen Mitteln gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft der Kampf geführt wird. Besonders verwerflich ist es, wenn Branchengehörige sich zu einer so jämmerlichen Handlungsweise herbeilassen, die es zwar nicht verheerenden, die Ertrugenschaften der Selbsthilfe auch für sich in Anspruch zu nehmen, die jedoch bei jeder Gelegenheit versuchen, zum Schaden der Allgemeinheit zu wirken. Die Kollegen mögen derartigen unlauteren Manipulationen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und solchen Vorfällen das Handwerk gründlichlegen.

Görg. (A. L. Staatsbahn.) Von dort wird uns geschrieben: Der Vorstand des Bahnbetriebsamtes Görg, L. I. Staatsbahn, entpuppt sich immer mehr als deutschnationaler Agitator. Sein agitatorisches Talent bringt es zuwege, aus dem verbissensten Bibis- und Nazdarbratr in kürzester Zeit einen schweißwedelnden Urganman zu machen. Uns würde diese Agitation weniger interessieren, wenn die Herren Heilobrüder sich mehr um ihre dienlichen Angelegenheiten kümmern möchten. Insbesondere den Herren Assistenten Bibio Lukan und Pfeiffer wäre zu empfehlen, den Nachdienst mehr in der Verkehrstanzel als auf dem Divan im Zimmer des Herrn Inspektors zu absolvieren. Die Zugführer der ankommenden Züge brauchen diese Herren nicht immer zu suchen und zu wechen.

In Görg, L. I. Staatsbahn, ist noch ein Platzmeister Johann Windens, der wähllich nicht angeben kann, für welche Dienstleistung er seinen Gehalt bezieht. Seine einzige Beschäftigung ist die Instandhaltung des Zuckerautomaten. Denn das Kartenspiel und das Zigarettenkauchen in der Bahnhofsrestauration kann man unmöglich als dienliche Leistung anerkennen. Wöfe Jungen behaupten, daß Platzmeister Windens nur deshalb in der Station noch weiter geduldet wird, weil er sämtliche Neugierigkeiten dem Herrn Inspektor Wieser zutragen muß. Also Zuträgerdienst. Und während wir überall bemerken, daß sehr gepart und Personal reduziert wird, haben weder die L. I. Direktion in Briefen noch die revidierenden Organe herausgefunden, daß dieser Mann auf diesem Posten vollständig überflüssig ist. Ja es bestehen sogar Gerüchte, daß dieser überflüssige Windens von seinen der Stationsleitung Görg, L. I. Staatsbahn zum Beamten vorgeschlagen wurde. Höher ging es nicht mehr. Wenn dies auf Wahrheit beruht, dann freilich haben wir Herrn Inspektor Wieser richtig beurteilt.

Wien-Hauptzollamt. (Dreißigjähriges Dienstjubiläum.) Am 8. Dezember veranstaltete die Ortsgruppenleitung zu Ehren der Genossen Josef Deuberger, Stationsdiener, und Franz Kallier, Kürsther, anlässlich ihres 30jährigen Dienstjubiläums und ihrer 20jährigen Zugehörigkeit zur Organisation eine seltene Festfeier in Lindners Gasthaus, III, Dianagasse 7. Obmann Genosse Hetschleisch begrüßte die Festgäste und Kollegen im Namen des Komitees und gab bekannt, daß Genosse Kallier infolge eines erlittenen Unfalls leider verhindert sei, an dem Fest persönlich teilzunehmen. Genosse Lindner hielt die Festrede. Der Redner verwies auf die Gefahren und Verantwortlichkeit des Personals bei Ausübung des Dienstes und auf die wenigen Freuden, die ein niedriger Bediensteter innerhalb 30 Jahren zu erhoffen habe. Trotz alledem haben die beiden Jubilare seit dem Bestand der Eisenbahnerorganisation treu und fleißig an dem großen Erlösungswerk mitgearbeitet und gebührt ihnen in dieser Richtung Dank und Anerkennung. Den Jubilaren wurde ein sinnreiches Geschenk als Andenken überreicht. Nicht vergessen dürfen wir der ausgezeichneten Leistungen des Arbeiter-Sängerbundes Landtrake und der humoristischen Vorträge des Genossen Gros. Möge es den beiden Jubilaren beschieden sein, noch viele Jahre mit uns zu arbeiten und zu kämpfen.

Wien. (Wahnerhaltungssektion I.) Wir ersuchen auf diesem Weg den Herrn Vorstand der Bahnerhaltungssektion Wien I, dem Bahnrichter Schmöger aufzutragen, die ihm unterstellten Arbeiter anständig zu behandeln und zwischen organisierten und indifferenteren Arbeitern keinen Unterschied in der Zuweisung von Arbeiten zu machen. Sollte jedoch Schmöger trotz des Auftrages sein gefäßiges Treiben fortsetzen, dann müßten wir allerdings anderweitig gründliche Hilfe suchen.

Triest. (A. L. Staatsbahn.) In der Station Villach lieferte am 17. November d. J. der Assistent Kirchberger bei Zug 717 einen Beweis seiner außergewöhnlichen Bildung. Ein Triester Zugführer hatte, da in Triest die vorgegebene Druckforte ausgegangen war, auf einem Blatt Papier den Bruttoausweis niedergeschrieben und dem Assistenten Kirchberger übergeben. Dem jungen Assistenten war wohl die Norm des provisorischen Bruttogzettels noch unbekannt, viellecht auch unangenehm, denn er rief dem Zugführer zu: „Das ist kein Bruttogzettel, bis Sie mir nicht einen anständigen Bruttogzettel machen, so lange fahren sie mir nicht ab, i“ werde Ihnen schon helfen und zeigen.“

Was der junge Beamte mit dem „helfen und zeigen“ meinte, hängt wie eine Drohung. Nun weiß so ziemlich jeder Eisenbahner, wach geringen Wert ein Bruttogzettel von einem Zug wie Nr. 717 hat, der den ganzen Turmus hindurch die gleiche Garnitur führt. Ob es schädlich und notwendig war, den Zugführer öffentlich in dieser Art anzuzempeln, begreifen wir sehr.

Trich. (Protektionswirtschaft bei der L. I. Staatsbahn.) Wie rigoros unsere vorgelegten Dienststellen bei der Befehung freigewordener Dienstopfen vorgehen, soll nachstehendes beweisen: Auf der Porenzobahn wurde seinerzeit ein Zugführerposten ausgeschrieben, mit dem Bemerkten, daß der Postent die italienische Sprache unbedingt beherrschen muß. Auf diese Ausschreibung hin meldete sich ein Oberkondukt-

teur, der die italienische Sprache ziemlich gut beherrscht und auch von einem Sachverständigen mündlich geprüft wurde. Diese Sprachenprüfung dürfte jedoch nicht nach dem Wunsche der Beteiligten ausgefallen sein, da der Oberkondukteur wegen mangelhafter Kenntnis der italienischen Sprache für den ausgeschriebenen Posten als ungeeignet befunden wurde. Nun wurden kürzlich wiederum Posten für Cervignano ausgeschrieben, wo sowohl von dem Zugsführer als auch den übrigen Bediensteten die volle Kenntnis der italienischen Sprache unbedingt gefordert werden muß. Und was geschah? Auf diesen Posten kam ein Kondukteur Feigl, der weder italienisch noch slowenisch versteht und sprechen kann. Nun wollen wir untersuchen, wie es gerade der Kondukteur Feigl auf diesen Posten kam. Wie uns von verlässlicher Seite mitgeteilt wird, soll Feigl einen Inspektor als Protektor haben. Diesem Protektor hat Feigl schon mehrere Begünstigungen zu verdanken.

Auch der „Eisenbahner“ hatte schon Gelegenheit, über den Kondukteur Feigl und seinen Protektor recht Erbauliches zu berichten. Durch diese neuerliche Protektion werden unsere damaligen Behauptungen nochmals bestätigt.

Eine andere Frage ist, ob es zweckmäßig und im Interesse des Dienstes gelegen ist, einen nur deutsch sprechenden Kondukteur auf diese Strecke dienstlich zu versehen. Für Feigl selbst dürfte die Verfehlung keine besonderen Folgen haben, da er vielleicht dort einen Vorgesetzten finden wird, dem er aus Dankbarkeit die Möbel polieren kann.

Versammlungsberichte

Giefau. Am 7. Dezember erstattete Genosse D o llinger, Personalkommissionsmitglied, in einer gut besuchten Versammlung den Bericht über die Tätigkeit der Personalkommissionen.

Wien XIII. Am 15. Dezember hielten die Vertrauensmänner der Stationsdiener und Portiere der Wiener Stadtbahn eine Sitzung ab, wo die bestehenden Verhältnisse dieser Kategorien sowie die einzuleitenden Schritte zur Verbesserung besprochen wurden. Pflicht der Portiere und Stationsdiener ist es nun, durch Anschluß an den Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein den Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Wolkersdorf. Am 30. November fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher die Genossen W i e n s p e r g e r und W e i z l über die am 8. November in Wien stattgefundenen Besprechungen des Personals Bericht erstatteten.

Gmünd. Die Kohlen- und Heizhausarbeiter in Gmünd hielten am 22. November im Vereinslokal eine massenhaft besuchte Versammlung ab, in welcher das Arbeiterauschussmitglied B ö t s c h über die Forderungen und bisherigen Erregungszustände der Arbeiter referierte. Insbesondere wurde die Frage der Arbeitszeit, des Grundlohnes und der Arbeitsordnung eingehend besprochen und eine diesbezügliche Resolution vorgeschlagen und einstimmig angenommen.

Kriegsdorf. Am 7. Dezember sprach hier in einer gut besuchten Versammlung Genosse B u r g e r t aus Jägerndorf über das Thema: „Die Forderungen des Personals und die Stellungnahme der Bahnverwaltung.“

Ung. a. d. Donau. Eine sehr erregte Versammlung des SINGER-Verkehrspersonales fand am 25. November im großen Saale des Gasthauses Wipplinger statt. Zum Schlusse wurde eine geharnischte Resolution angenommen, worin die Verschieber zum Beitritt zur Organisation auffordern. Schuld an der Erregung des Personals sind die geplanten Verschlechterungen der L. L. St. B.

Aus den Organisationen.

Auffsee. (Generalversammlungsbereich.) Bei der am 8. Dezember 1913 stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: W a g M a u s k o t h, O b m a n n, P a u l P e e r, Stellvertreter; J o h a n n K a n z w a l l n e r, Schriftführer; K a r l A m o n, Stellvertreter; J o h a n n F r e u d e n t h a l e r, Kassier; F r a n z K a s t l, Stellvertreter; F r a n z K o h r e r, Kontrolleur; J o h a n n A n g e r e r, Stellvertreter; G e o r g G a s p e r l, Bibliothekar; J o s e f E g g l m e i e r, Stellvertreter; W i l l i b a l d W u c h e r, Vertrauensmann für Rainitz; J o h a n n H e i z, Vertrauensmann für Witterndorf; M a t t h i a s F e l i n g e r, Vertrauensmann für Klachau; F r a n z S c h r a n z, Vertrauensmann für Station Bad Aussee; H e i n r i c h H i l d b r a n d, Vertrauensmann für die Wächler der Station Bad Aussee; K a r l A m o n, Vertrauensmann für die Bahnerhaltung der Station Bad Aussee. Bei dieser Generalversammlung erstattete Genosse W e i f e r aus U n g ein Referat über „Forderungen der Eisenbahner“. — Zuschriften sind an den O b m a n n W a g M a u s k o t h, Bahnhof Bad Aussee in S t e i e r m a r k, zu richten.

Bodenbach. (Vereinsnotiz.) Die Mitglieder werden ersucht, bis 30. Dezember ihre Mitgliedsbücher an den Kassier behufs Kontrolle und Abstempelung abzugeben. Die restierenden Mitglieder werden aufgefordert, ihren Rückstand zu begleichen, damit sie ihrer bereits erworbenen Rechte nicht verlustig werden und in der Zufassung des Fachblattes keine Unterbrechung eintritt. Weiters wird ersucht, die Versicherungspolizzen von den Kalendern dem Kassier behufs Einsendung an die Zentrale zu übergeben.

Duz. (Vereinsnotiz.) Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnisnahme, daß laut Beschluß der letzten Monatsversammlung das Vereinslokal in das Gasthaus „zur Post“ verlegt wurde und von nun an alle Versammlungen sowie Ausschusssitzungen dort abgehalten werden. Die Monatsversammlungen finden wie bisher jeden ersten Sonntag im Monat um 8 Uhr abends statt, wozu die Mitglieder aufgefordert werden, recht zahlreich zu erscheinen. Ferner fordern wir die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse auf, mit ihren Mitgliedsbeiträgen wie mit den Monatsbeiträgen für die Hinterbliebenenunterstützung nicht im Rückstand zu bleiben, da die Zentrale ein jedes Mitglied, welches mit seinen Monatsbeiträgen drei Monate im Rückstand ist, streichen muß. Wollen dieses die Mitglieder beherzigen und trachten, in der nächsten Monatsversammlung recht zahlreich zu erscheinen, damit man einmal ordentlich zur Aussprache kommen kann. Die nächste Monatsversammlung findet am Sonntag den 4. Jänner 1914 statt.

Eiseners. (Vereinsnotiz.) Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher und Interimskarten behufs Kontrolle und Abstempelung beim Genossen Kassier abzugeben. Die rückständigen Mitglieder werden aufgefordert, umgehend nachzuzahlen, damit der Jahresabschluss rechtzeitig an die Zentrale abgesendet werden kann.

Fehring. (Vereinsnotiz.) An sämtliche Mitglieder richten wir das Ersuchen, bis 30. Dezember l. J. die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle und Abstempelung an die Kassiere abzugeben. Die restierenden Mitglieder werden ersucht, nachzuzahlen, damit sie ihrer bereits erworbenen Rechte nicht verlustig werden und in der Zufassung des Fachblattes keine Unterbrechung eintritt.

Franzsdorf. (Generalversammlungsbereich.) Bei der am 27. November l. J. tagenden Hauptversammlung der Ortsgruppe Franzsdorf wurden folgende Funktionäre neu gewählt: F r a n z R o z m a n n, O b m a n n, J o s e f M e l i n d a, Stellvertreter; F r a n z S u p a n, Schriftführer; F r a n z S t r u m e l j, Kassier; J o h a n n P r o b a t i n, Bibliothekar; F r a n z B e r h o b e und J a c o b D e b e c e r, Stellvertreter; J a c o b T e l b a n n und J o s e f P a b l o v e i c, Revisoren; J o h a n n M i s l, J o h a n n D a r i n, F r a n z G a r i n und F r a n z T r o h a, Ausschüsse. — Alle Zuschriften sind an den O b m a n n F r a n z R o z m a n n, B a h n w ä r t e r, W ä c h t e r h a u s 663, F r a n z s d o r f, zu richten; in Gelbangelegenheiten an den Kassier F r a n z S t r u m e l j, Weichensteller in Franzsdorf Nr. 77, Krain.

Graz I. (Subklassiere.) Infolge dienstlicher Verfehlung des Genossen F r a n z D o k t e r werden unsere Mitglieder in Voitsberg ersucht, ihre Monatsbeiträge an den Subklassier J o h a n n D o r n e r, Magazinsarbeiter in Voitsberg, abzugeben.

Kaaden-Brunnersdorf. Am 7. Dezember 1913 fand in Herrn Feinzmanns Gasthaus in Klösterle die Generalversammlung der Ortsgruppe Kaaden-Brunnersdorf statt. In den Ausschuss wurden folgende Genossen gewählt: A n t o n M e l z e r j u n., O b m a n n; W a l f S a t t l e r, Stellvertreter; G e o r g Z i m m e r m a n n, Kassier; A n t o n Z i m m e r t, Stellvertreter; F i m e l B a r t h, Schriftführer; A n t o n L i e n e r t, Stellvertreter; F r a n z B e e r, J o s e f G r e g o r und J o s e f F e i g l, Vertrauensmänner; G e r m a n n L e n e r t, J o s e f K o l l i n g e r und A n t o n S c h m i e d l, Kassierrevisoren. Ferner wurde beschlossen, am 10. Jänner 1914 in Herrn Feinzmanns Gasthaus in Klösterle einen Vereinsball abzuhalten, und werden alle Genossen hiermit freundlichst eingeladen, denselben zahlreich zu besuchen. Gleichzeitig ergeht an alle Mitglieder das Ersuchen, ihre Monatsbeiträge pünktlich zu zahlen, indem laut Versammlungsbeschluss jenen Mitgliedern, welche mit ihren Beiträgen sechs Wochen im Rückstand sind, der Zeitungsbezug eingestellt und nach drei Monate Rückstand abgemeldet wird und dadurch sämtliche erworbenen Rechte verliert. Dies zur besonderen Kenntnisnahme und Warnung.

Kriegsdorf. (Vereinsnotiz.) Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier respektive Subklassier abzugeben. Die restierenden Mitglieder wollen ihre Rückstände ehestens begleichen, damit sie ihrer bereits erworbenen Rechte nicht verlustig werden. Ebenso sind die Versicherungspolizzen der Kalenderabnehmer behufs Einsendung an die Zentrale abzugeben.

Oberberg. (Zentralbibliothek.) Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Zentralbibliothek eröffnet wurde. Die Bibliothek umfaßt über 1000 Bände, darunter Werke der bedeutendsten Schriftsteller, und wäre nur zu wünschen, wenn die Kollegen die Bibliothek fleißig in Anspruch nehmen würden. Die Bücherausgabe findet jeden Dienstag von 1/8 bis 9 Uhr abends, an Sonntagen von 1/11 bis 12 Uhr mittags statt.

Mürzzuschlag. (Vereinsnotiz.) Laut Beschluß der letzten Versammlung wird jeden ersten Montag im Monat um 8 Uhr abends im Hotel „Erzherzog Johann“ ein Diskussionsabend abgehalten. Die Genossen, insbesondere die Lohnarbeiter des Heizhauses, werden ersucht, diese Abende stets pünktlich und zahlreich zu besuchen.

Prohnik. (Vereinsnotiz.) Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher und Interimskarten behufs Kontrolle und Abstempelung an die Ortsgruppenleitung abzugeben. Neue Mitglieder, die sich mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, werden im eigenen Interesse aufgefordert, nachzuzahlen, damit die Jahresabrechnung rechtzeitig an die Zentrale eingesendet werden kann.

Versammlungsanzeigen.

- In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt:
- Winterberg.** Am 26. Dezember um 1 Uhr nachmittags im Vereinslokal in Schattawa.
- Grubbach.** Am 1. Jänner 1914 um 2 Uhr nachmittags Generalversammlung im Vereinslokal.
- Wien-Konplatzkamt.** Am 2. Jänner um 7 Uhr abends in Lindners Gasthaus, III. Dianagasse 7.
- Gänserndorf.** Am 4. Jänner um 1/8 Uhr abends in Kratochwil's Gasthaus Generalversammlung.
- Tannwald.** Am 4. Jänner Generalversammlung im Hotel „Schwarzer Adler“ in Schumburg.
- Ziebitz.** Am 4. Jänner um 7 Uhr abends in Meiers Gasthaus in Kloben. Mitgliedsbücher behufs Revision mitbringen.
- Rubig.** Am 1. Jänner um 4 Uhr nachmittags öffentliche Eisenbahnerversammlung.
- Tirschnitz.** Am 4. Jänner um 8 Uhr abends im Vereinslokal.
- St. Valentin.** Am 4. Jänner um 1/3 Uhr nachmittags in Hubers Gasthaus Generalversammlung der Lokalorganisation.
- St. Veit a. d. Glan.** Am 4. Jänner um 9 Uhr vormittags in Hafners Gasthaus Bahnrichterversammlung.
- Mährisch-Schönberg.** Am 11. Jänner um 2 Uhr nachmittags im Saale des Arbeiterheims Generalversammlung.
- Budweis.** Am 11. Jänner um 9 Uhr vormittags Generalversammlung in der Protiviner Bierhalle.
- Ober-Gröfz.** Am 6. Jänner um 3 Uhr nachmittags in Zeillers Gasthaus Generalversammlung.

Literatur.

Ug Urbach. Ein Bauernkrieg-Fries von Hermann Graedener. Verlag der Literarischen Anstalt Rütten u. Loening, Frankfurt a. Main. Unsere Gegenwart scheint den Dichtern von heute sehr wenig Stoff zu Geschichten zu bieten. Sie greifen immer wieder in die früheren Jahrhunderte zurück, sobald sie etwas Großes und Bewegtes schildern wollen, das sehen wir bei Singler, bei Erll, bei Hans Hart und anderen, und auch bei einem ganz Neuen und noch Unbekannten, bei Hermann Graedener. Der deutsche Bauernkrieg im Jahre 1525 gibt seinem Roman Boden, Hintergrund und Umwelt, die handelnden Personen selbst aber sind nach Graedeners eigenem Geständnis ungeschichtlich, sie sind „keiner Chronik“ und keinem Historienbuch entnommen, sondern frei erfunden.... Das nimmt dem Buch den historischen Wert, macht es aber als Dichtwerk um so interessanter; denn der Verfasser hat sich in das Leben und Treiben der damaligen Zeit so gründlich hineingeblickt, daß uns die Vorgänge des Romans ungemein leb und frisch erscheinen; wir hören förmlich die Fußschritte der siegenden Bauern, das Getöse der Schlacht, während wir lesen. Besondere Sorgfalt verwendet der Autor auf die Schilderung der Sittenlosigkeit der damaligen Zeit, wir begegnen da manchmal den gewagtesten Szenen, wie sie seit dem Simplicius Simplicissimus von Grimmelshausen nicht mehr da-

gewesen sind. Die Sprache ist mild und ungebärdig, wie gärender Most, allzu viele Wiederholungen ein und desselben Wortes wirken stellenweise ermüdend. Im Ganzen viel Jugend, viel Kraft, viel Talent, dem allen nur die Form fehlt, um als ein Vollkommenes zu wirken. F. W.

„Die Gemeinde“, Monatschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitik, Wien V, Rechte Wienzeile 97. Das 9. Heft ist jeben erschienen und hat folgenden Inhalt: M a g V o g e l, Die Verleumdung der städtischen Schulen; J o s e f S c h r e i b e r, Zur Beleuchtungsfrage in den Provinzgemeinden; M u n d s c h a u: Gemeindefeld, Gemeindebetriebe, Wohnungsweisen, Gesundheitspflege, Arbeiterpolitik, Kommunale Technik, Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Chronik, Briefkasten. — Bezugspreis ganzjährig 3 Kr., halbjährig Kr. 1.60.

Verkehrskarte von Oesterreich-Ungarn mit den Balkanländern. Eine vollständig neu ausgearbeitete und gut lesbare Ausgabe der Verkehrskarte Oesterreich-Ungarns mit den Balkanstaaten ist jeben im Verlag der kartographischen Anstalt von G. Freytag u. Berndt, Wien VII, Schottenfeldgasse 62, erschienen. Außerordentlich klar und deutlich gearbeitet, ermöglicht sie trotz der zahlreichen Stationsnamen eine gute Uebersicht des ganzen Eisenbahnnetzes, bei dem sowohl die ein- und zweigeleisigen als auch jene mit und ohne Sitzgüterverkehr deutlich unterschieden sind. Außer allen im Betrieb stehenden Bahnen sind auch die konzeptionierten Projekte aufgenommen, dann die Postautomobillinien mit Personenbeförderung, ferner die Dampfverbindungen sowohl auf dem Meere als auch auf den Flüssen, Seen, Kanälen u. s. w. Besonders erwähnt sei noch das der Karte beigegebene Verzeichnis aller Stationsnamen und Haltestellen, so daß sich die Karte mit dem Anhang als ein wichtiger beziehungsweise unentbehrlicher Behelf und Wegweiser für jeden Eisenbahner präferiert. Der Preis der Verkehrskarte mit fünf Nebenkarten und Stationsverzeichnis ist Kr. 2.40, auf Leinwand in Taschenformat oder mit Stäben 5 Kr. Freytags neue Wandkarte ist nicht nur ein schöner Wand Schmuck für jedes Büro, sondern für jeden Eisenbahner ein unbedingt notwendiges Hilfsmittel, dessen Anschaffung wir jedermann empfehlen können.

„Jungvolk 1914.“ Vom „Jungvolk“-Monat, den die Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgibt, ist jeben Jahrgang 1914 erschienen. Der Inhalt des reizvoll ausgestatteten Buches ist wieder ungemein reichhaltig; die wichtigsten Gebiete unserer Jugendbildungsarbeit sind durch Beiträge vertreten, bei denen offensichtlich auch auf die Form der Darstellung besondere Sorgfalt verwendet wurde. In „Wesen und Ziele des Sozialismus“ führt ein äußerst populär gehaltener Aufsatz in Vrieten ein, den Wilhelm Kiepschil beigezeichnet hat. Persönlich nahegebracht wird den jungen Lesern das kulturideal des Sozialismus durch Heinrich Schulz' Charakterstudie über Bebel: „Werdet wie er!“ Ein besonderes für die proletarische Jugend wichtiges Kapitel der Zeitgeschichte entrollt Konrad Haenisch in seinem Rückblick auf das Jubiläumsjahr. Die eigentliche Jugendbewegung und ihr weites Arbeitsgebiet behandeln folgende Beiträge: Die freie Jugendbewegung, von Karl Korn; Die Jugend gegen den Alkohol, von W. S o l m a n n; Die weibliche Jugend im Beruf, von Luise Z i e g; Bunte Feste (gegen die Schundliteratur), von Otto Koenig; Warum turnen wir? von E. V i g i n g. Ein hübsch illustrierter Artikel L. Lessens schildert dann eine Wanderung ums Schwäbische Meer, während uns Engelbert Graf Aufsatz „Der Kampf um die Erdpole“ in weitere Fernen führt. Das schöngeistige Gebiet ist durch die Lebens- und Schaffensgeschichte zweier großer deutscher Meister, Gottfried Keller's (von E. H ö r n l e) und Hans Thomas (von Adolf Bruno), vertreten. Auch der unterhaltende Teil ist sorgfältig ausgewählt. An der Spitze steht da Gottfried Keller's wunderwolle Novelle „Dietergen“, deren Nachdruck die Keller'schen Erben ausnahmsweise gestattet haben, und der der bekannte Nürnberger Künstler A. Schiefler reizende Abbildungen und Wagnetten mitgegeben hat. Eine famose Kalendergeschichte ist auch die humoristische Erzählung „Der Teufel von Steinigen“ aus der Feder des jungen Schweizer Schriftstellers R. Kurz, während Jürgen Brand, von dem auch die flotte Silberpredigt in Versen herkommt, in seinem Jugendbekenntnis „Wie Verd' Wullenweber geistig frei wurde“, erste, wohl jedes Jugendherz ergreifende Töne anschlägt. Belebt wird der Inhalt des Buches des weiteren durch eine Fülle von literarisch wertvollen Gedichten und durch zahlreiche Abbildungen und Randzeichnungen hervorragender Illustratoren. Dabei ist der Preis des 160 Seiten starken Bandes wieder so niedrig angelegt, daß unter proletarischer Jugendkalender wohl auch in dieser Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung auf dem Büchermarkt bildet. Jugendauschüsse und Vereine erhalten ihn zum Selbstkostenpreis. Kein Jugendgenosse sollte die Anschaffung dieses dauernd wertvollen Buches unterlassen, und auch als Weihnachtsgeschenk sei der hübsche Band den Eltern unserer Jungen und Mädchen angelegentlich empfohlen.

Eine Spezialität unter den Kaffeegetränken ist Kathreiners Kneipp-Malzkafee.

Kathreiner wird aus bestem Malz hergestellt und hat daher eine auffällige Nährkraft bei vollkommener Unschädlichkeit. Durch das berühmte Kathreiner-Verfahren erhält Kathreiner Geschmack und Aroma des Bohnenkaffees.

Echt überall zu haben in der geschlossenen Originalpackung mit Bild Pfarrer Kneipp.

Einladung an alle Kollegen und Genossen
Eisenbahner zu den am Sonntag
den 21. Dezember 1913 stattfindenden

Zwei Konzerten

im Pracht- und Speisesaal des Eisenbahnerhelms
Wien V, Margaretengürtel 136 u. Bräuhau-gasse 84

Anfang 3 Uhr nachmittags, Ende 11 Uhr nachts

Eigenregie:
vorzügliche Küche, erstklassige Getränke, mässige Preise.

Freier Eintritt. Telefon 10542. Jedermann willkommen.

Beste Fahrgelegenheiten von allen Seiten Wiens.

Stadtbahnhaltestelle Margaretengürtel. Strassenbahnlinien
81, 83 u. 18 führen unmittelbar vor das Heim. Nach 12 Uhr
nachts verkehren Stellwagen alle halbe Stunden in der Rich-
tung Schönbrunn u. der Stadt mit Anschlüssen an die Bezirke.

Café „Eisenbahnerheim“

schönstes und vornehmstes Café Wiens.
Alle bedeutenden Zeitungen des In- und
Auslandes liegen auf. Zwei Soli-Billard

Geöffnet bis 2 Uhr früh. Vorzügliche prompte Bedienung

Rendezvousort aller Eisenbahner und Genossen Wiens

Telephon 10511 Telephon 10511

Bekanntmachung der Administration.

Anlässlich des bevorstehenden Jahreschlusses er-
suchen wir sämtliche P. T. Ortsgruppen- und Zahlstellen-
leitungen, die Abrechnungen und Geldeinsendungen für
die im Monat Dezember einlassierten Beiträge bestimmt
bis längstens 27. Dezember zur Aufgabe zu bringen, so
dass dieselben bis 31. Dezember in der Zentrale noch ein-
laufen und im Bericht für 1913 noch erscheinen können.

Alle nach dem 31. Dezember in der Zentrale für
1913 noch einlangenden Geldbeträge können im Bericht
für dieses Jahr nicht mehr Berücksichtigung finden, ein
Umstand, welcher — wie die Erfahrung der Vorjahre
gelehrt — zur Folge hätte, daß der Rechnungsabschluss
der Zentrale mit jenen der Ortsgruppen nicht überein-
stimmen und zu Reklamationen Veranlassung geben
würde.

Desgleichen eruchen wir auch alle sonstigen, für
November z. B. bis Dezember noch einlassierten Beträge in
vorbezeichneter Weise abzuführen.

Sprechsaal.

Achtung, Mitglieder der Betriebskrankenkasse der k. k. österreichischen Staatsbahnen! Bedienstete und Arbeiter!

Demnächst finden die Wahlen in den Ausschuss der
Betriebskrankenkasse der k. k. österr. Staatsbahnen statt, an
denen sich außer den Mitgliedern der Krankenkasse der Stamm-
linien der k. k. österr. Staatsbahnen auch die Krankenkassen-
mitglieder der verstaatlichten k. k. Nordbahn, k. k. böhmischen
Nordbahn, k. k. Nordwestbahn und k. k. Staatsbahnangehörige
beteiligen.

Wenn auch die Statuten der Betriebskrankenkasse dem
gewählten Ausschuss keinen großen Einfluss auf die Verwaltung
derselben gewähren, so ist es dennoch wichtig, daß Männer
im Ausschuss sitzen, die sich des Vertrauens der Mitglieder
erfreuen, da die vielfachen Interessen der Krankenkassen-
mitglieder, welche im Ausschuss zu vertreten sind, es erfordern,
daß die Gewählten aufrechten, ihrer Pflicht bewusste Männer
sind, welche stets, soweit ihr Einfluß reicht, ihrer Aufgabe
gerecht werden und die Interessen in der Krankenkasse zugunsten der
Mitglieder anbahnen.

Es ist aber andererseits Pflicht der Krankenkassenmit-
glieder, alle Kleinlichen Motive beiseite zu legen und alles auf-
zubieten, daß nur solche Männer gewählt werden, welche die
Gewähr bieten, den an sie gestellten Anforderungen gerecht
zu werden.

In mehreren Vertrauensmännerversammlungen der or-
ganisierten Eisenbahner in Wien wurden nach eingehender
Prüfung folgende Kandidaten vorgeschlagen, und wir eruchen
auch, denselben in eurem eigenen Interesse eure Stimme
zu geben.

Niemand entschlage sich der Wahl! Jeder Bedienstete
und Arbeiter, dem sein eigenes und seiner Familie Wohl am
Herzen liegt, wähle nachstehende Kandidaten:

- Mitglieder:**
- Verkehrs- und kommerzieller Dienst:**
Schuber Josef, Kondukteur, W. A. Wien II.
Madera Karl, Blocksignaldienner, W. A. Wien N. W. B.
Pallat Josef, Magazinsarbeiter, Wien I.
Fattinger Franz, Magazinspartieführer, W. A. Wien
St. E. G.
- Bahnerhaltung:**
Klapper Ferdinand, Kanaleigepedient, W. A. Dion-
Wdt. III.
Gutterer August, Maurer, W. E. S. Wien II.
- Zugsförderung:**
Glabian Rudolf, Lokomotivführer, S. S. Hütteldorf.
Strom Johann, Spengler, S. S. Wien N. B.
- Werkstätte:**
Winter Karl, Werkmann, Werkstätte Wien I.
Mahl Heinrich, Schlosser, Wagonwerkstätte Floridsdorf.
- Ersatzmänner:**
- Verkehrs- und kommerzieller Dienst:**
Batta Jakob, Plakmeister, W. A. Wien N. B.
Rindermann Adolf, Kanaleigepedient, W. A. Dion-
Wdt. V II.
Kubick Franz, Magazinsarbeiter, W. A. Wien I.
Amster Karl, Magazinsarbeiter, W. A. Wien II.
- Bahnerhaltung:**
Schwab Josef, Kanaleigepedient, W. E. S. Wien N. W. B.
Schneider Ferdinand, Maurer, W. E. S. Wien III.
- Zugsförderung:**
Bataf Alois, Lokomotivführer, S. S. Hütteldorf.
Freiwilts Peter, Schlosser, S. S. Hütteldorf.

Werkstätte:
Hüml Johann, Werkmann, Werkstätte Wien I.
Wentisch Rudolf, Schlosser, arbeitsführender, Werkstätte Sim-
mering.

Jedes Mitglied der Betriebskrankenkasse der k. k. österr.
Staatsbahnen muß einen unausgefüllten Stimmzettel er-
halten und hat sämtliche oben angeführten Kandidaten auf den
Stimmzettel zu schreiben. Es ist nämlich wiederholt vorgekom-
men, daß zum Beispiel Bedienstete vom Verkehrsamt in ihren
Stimmzetteln nur die Kandidaten vom Verkehr eingeseht haben.
Das ist nicht richtig; alle oben angeführten Kandidaten, ob
vom Verkehr oder von der Bahnerhaltung z. sind auf die
Stimmzettel zu schreiben.

Zur Erleichterung der Durchführung der Wahl haben
wir Klebezettel drucken lassen, welche von den Vertrauens-
männern der Organisation zeitgerecht zur Verteilung gelangen
werden.

Jeder Bedienstete, welcher seitens seiner Vorgesetzten in
ungünstiger Weise deshalb, weil er frei wählen will, beein-
flusst wird, die von anderer Seite aufgestellten Kandidaten zu
wählen, oder wenn ihm gedroht wird, wenn er frei wählt, soll
sicher, ohne sich in eine lange Debatte mit einem Vorgesetzten
einzulassen, die Aufnahme eines Protokolls verlangen. Dieses
Protokoll ist nur dazu zu unterschreiben, wenn es wahrheits-
gemäß abgefaßt ist. Ueber jede Wahlbeeinflussung respektive
Wahlzwang sollte man sofort unter Angabe von Zeugen z.
wahrheitsgemäß an die Redaktion „Der Eisenbahner“, Wien V,
Bräuhausgasse 84, berichten.

Eisenbahner, Mitglieder der Betriebskrankenkasse der
k. k. österreichischen Staatsbahnen! Kollegen und Genossen!
Wählt nur die oben angeführten Kandidaten, um jede Stimmen-
zerpflüchterung zu vermeiden. Die oben angeführten Kandidaten
sind erprobte Männer, die jederzeit, soweit ihre Macht reicht,
für die Rechte der Mitglieder der Betriebskrankenkasse der k. k.
österreichischen Staatsbahnen eintreten werden.

Die Exekutive der organisierten Eisenbahner
Österreichs.

An die Bahnrichter aller in Wien einmündenden Bahnen!

Es diene zur Kenntnis, daß die Bahnrichter aller in
Wien einmündenden Bahnen jeden ersten Samstag in jedem
Monat im Eisenbahnerheim, Klubzimmer Nr. 8, in Wien V,
Bräuhausgasse 84, zu einer Besprechung über ihre Angelegen-
heiten zu sammenkommen. Es ist im Interesse jedes Bahnrich-
ters gelegen, an diesen Besprechungen teilzunehmen. Je
mehr Kollegen erscheinen, um so eher wird es möglich sein,
erfolgreiche Aktionen durchzuführen. Auch die Genossen und
Kollegen von auswärts sollen nach Möglichkeit an diesen Be-
sprechungen teilnehmen.

Die Vertrauensmänner der organi-
sierten Bahnrichter in Wien.

Öffene Anfragen.

An das k. k. Eisenbahnministerium!

Die Bahnrichter der k. k. Staatsbahndirektion Linz er-
laufen sich die höfliche Anfrage, wieso und warum die Bahn-
richter im Direktionsbezirk Linz die geleisteten Ueberstunden
nicht bezahlt bekommen. Nachdem die Ueberstunden den Bahn-
richtern in den anderen k. k. Direktionen ausbezahlt werden, so
bitten die Unterfertigten, das k. k. Eisenbahnministerium möge
anordnen, daß auch im k. k. Direktionsbezirk Linz den Bahn-
richtern die geleisteten Ueberstunden verrechnet und bezahlt
werden.

An die k. k. Staatsbahndirektion Prag!

Ist einer k. k. Staatsbahndirektion bekannt, daß das
Verschubpersonal in der Station Mladou anstatt der kurzen
Lodentröde lange Rakelots ausgeführt haben, wodurch die Ge-
fahr bedeutend erhöht wird, daß die Verschieber mit den langen
Rakelots irgendwo zwischen den Wagen fangen bleiben und
überfahren werden können. Weiters kommt es in der Station
Mladou vor, daß Verschieber Abfahrsdienst für den Weichen-
kontrollor versehen. Laut Instruktion und Dienstturnus soll
dieser Abfahrsdienst von einem Blocksignaldienner versehen
werden. Um diesbezügliche Abhilfe wird gebeten.

An die k. k. Direktion der Staatseisenbahngesellschaft!

Schon zu wiederholtenmalen haben die Bediensteten
der Station Grubbach um eine Regelung bei Auslösung der
Rasteikohle gebeten. Immer noch kommt es vor, daß wenn die
Bediensteten ein Fuhrwerk ausgenommen und bezahlt haben,
um die bestellte Kohle abzuholen, keine Kohle für die Be-
diensteten vorhanden ist. So waren vor kurzer Zeit durch volle
drei Wochen keine Kohlen am Lagerplatz. Auch ist es unmöglich,
daß circa 300 Bedienstete an den bestimmten Kohlenausgabe-
tagen eintreffen und abgefertigt werden können. Die Be-
diensteten der Station Grubbach bitten deshalb eine k. k. Direk-
tion um sofortige Regelung dieser dringenden Angelegenheit.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“.

An Spenden für das „Eisenbahnerheim“ sind bei uns
aus folgenden Orten in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende De-
zember eingelaufen: Rudolfsheim Kr. 20—, Jaromec 20—,
Leobersdorf 10—, Dr. Citron, Wien XII 20—.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteesitzung am 12. Dezember 1913.
1. Unterstützungen: a) Hinterbliebenenunterstützungs-
fonds 11 Fälle 700 Kr.; b) aus Vereinsmitteln, 60 Fälle;
für 57 Fälle bewilligt 1270 Kr., 3 Fälle abgewiesen. —
2. Der Rechtschuss wird für 50 Fälle bewilligt. — Er-
ledigung verschiedener administrativer Angelegenheiten
sowie des vorliegenden Einlaufes wie auch mehrerer Per-
sonalangelegenheiten.

Briefkasten der Redaktion.

An mehrere Einsender, wegen allzu großen Stoffandrangs
mußten einige Einsendungen zurückgestellt werden. — Mährisch-
Schönberg. Anonyme Zuschriften werden bei uns nicht ver-
öffentlicht. Wenn Sie von dem Sektionsvorstand und seinem
Polizeibund bedrängt werden, dann heißt es Mut zeigen. In
solchen Fällen sucht man die Hilfe der Organisation. Wie es
sich zeigt, haben Sie weder Mut noch Solidaritätsgefühl. —
Affenzeller, Weis. Wir haben uns an die Ortsgruppe Weis
um nähere Daten gewendet. Nach Erhalt dieser Daten werden
wir Ihnen antworten. — Koloman. Darüber kann überhaupt
noch nichts Bestimmtes gesprochen werden. Wenn Leute davon
„viel wissen“, so muß man sie eben reden lassen. — R. S.,

Reichenberg. In diesem Falle hat die Witwe Anspruch auf eine
Ueberzahlung, bestehend aus dem dreimonatigen Gehalt (Lohn-).
Beiträge werden nicht retourniert. (§ 26 des Statuts.) —
Gras, k. k. St. B. Nachdem Herr Schuber nach Mittelteufel
verfetzt ist, dürften Sie den guten Mann für immer los sein.
— Triest-Pala. Die Angelegenheit mit der Zulassung beim
Schneezug vom 15. September ist veraltet. — Strem-
a, b. Donau. Wahlergebnisse der Lokalkommissionen werden dem-
nächst in übersichtlicher Form veröffentlicht. — Z. M. in Ger-
ting. Das betreffende Unterrichtsblatt ist nicht mehr erhältlich.

Für den Inhalt der In-
serte übernimmt die
Redaktion und Admini-
stration keine Ver-
antwortung. o o

Inserate

Für den Inhalt der In-
serte übernimmt die
Redaktion und Admini-
stration keine Ver-
antwortung. o o

Beste und realste Bezugsquelle!
Billige

Bettfedern, Daunen

1 Kilo graue, geschlossene K 2—, bessere
K 2.40, halbweiße K 2.80, weiße K 4—,
bessere K 6—, Gervasiestrich,
schneeweiß K 8—, h. Supima K 9.50,
Tannen, grau K 6—, 7— und 8—,
Tannen, weiß K 10—, Brusttaum K 12—, Kaiserstaum K 14—. Von
5 Kilo an franco.

Fertig gefüllte Betten

aus dickem, weichen, blauen, gelben oder weißen Manting; 1 Zudeck
circa 180 x 200 cm groß, samt 2 Kopfkissen, diese circa 80/60 cm groß,
nebenbei gefüllt mit neuen grauen, daunenartigen Federn, K 15—,
halbweiße K 20—, Tannen K 24—, Tuchen allein K 12—, 11—,
und 10—, Rohwolle allein K 8—, 8.50 und K 4—, Tuchen, circa
180/140 cm groß, K 15—, 18— und 20—, Kopfkissen, circa 90/70 cm
groß, K 4.50, 5— und 6.50, Unterdeck, circa 180/110 cm groß, K 15—,
15— und 18—, verjendet gegen Nachnahme, Verpackung gratis, von
K 10— an franco

Josef Blahut in Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).
Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. — Verlangen Sie die
ausführliche illustrierte Preisliste gratis und franco.

Fleisch! Fleisch! Dankagung.

Verleibe sei dem Ochsenfleisch (Hinteres)
5 Kilo Kr. 5.80, frisches Kalbfleisch vom
E 1/2 5 Kilo Kr. 5.80, Schweinefleisch
5 Kilo Kr. 7— franco per Postnachnahme

Für realste Be-
dienung garantiert
Josef Ritter
Fleischexport, Zator

Schweine (Hinteres) per Kilo Kr. 1.40
Schweinefleisch „ „ „ 1.70
Schweinefleisch, heim. „ „ 1.80
Schweinefleisch, „ „ 2.20
Hinteres, „ „ 100 „ 16.40
Wald, neu „ 100 „ 10—
verjendet jedes Quantum per Nachnahme

Jvana Colnar
Kraibitz (Krain)

Bei Flechtenleiden
aller Art, speziell bei nässenden und
Schuppenflechten unübertrefflich,
Dankausdrücken, Samorhodol-
ausdrücken, selbst in den hartnäckigsten
Fällen, um alle bisher angewandten
Mittel verlagten, verläßt

Wolffher Stauder
Euzema-Balsam
solart Hilfe. — Euzema-Kur ohne jede
Verursachung. — Patentamtlich gesch.
141.365. Preis 5 Kr.
Probeflasche 3 Kr.

Mein nur echt durch die Rothische Apo-
thek, Kaufmann H. 47 (baur. Wg-
g.) Zahlreiche Zeugnisse von
Geheilten, insbesondere von solchen,
die jahrelang alle möglichen Schmei-
turen ohne jeden Erfolg angewandt.

Bitte überzeugen Sie sich!
Statt 18 Kr. nur 6 Kr.
Branntölle, Be-
monteur, amerik.
14. Nr. Gold-
Gerren-Wür mit
3 Harten Nadeln
und Ankerwerk, auf
Steinen laufend,
genau gehend,
samt eig. Rette
und Einl. 6 Jahre
garant. Gegen Nachnahme, über
verwandt Wld. Karmin, Krafau
Dietelgasse 61/2.

Die Bahnbefindeten von Lindau-Stadt und Lindau-Rentn
sprechen hiermit den Herren
Beamten und Bediensteten der Bahnstation Innsbruck
für die Uebernahme und Verpflegung anlässlich der Beerdigung
des Herrn Zugführers W. K. E. ihren herzlichsten Dank aus.

**Auch Sie werden wieder gesund und von
Rheumatismus, Gicht, Ischias**

und deren Folgekrankheiten
sicher und gründlich geheilt
werden durch die natürliche von
Tausenden Aerzten anerkannte
und glänzend begutachtete

„Hévizer Hauskur“
die schon viele Tausende von
den furchtbaren Leiden und
Schmerzen befreit hat.

**Héviz
ist ein Wunder der
Natur, einzig
in seiner Art!**

Hier an dieser Stelle kann Ihnen
nicht alles über diese Wunder
wirkende Kur gesagt werden,
aber wenn Sie uns sofort
eine Karte schreiben, erhalten
Sie vollkommen gratis und
franko unsere Broschüre über
die

„Hévizer Hauskur“
Es handelt sich um das Tuerste,
das Sie besitzen, um Ihre Ge-
sundheit. Zögern Sie nicht, ver-
kürzen Sie Ihre Qualen und
schreiben Sie noch heute um
unsere ausserordentlich inter-
essante lehrreiche Abhandlung,
an das

**Hauptdepot der Hévizer Hauskur
Apotheker Cséby Lajos, Héviz Nr. 10
(Komitat Zala).**



